



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Die mediale Darstellung des politischen Diskurses
der Gedenkjahre 1988 und 2005

Verfasserin

Mag. Barbara Scheffl

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, Jänner 2012	
Studienkennzahl lt. Studienblatt:	A 300
Studienrichtung lt. Studienblatt:	Diplomstudium Politikwissenschaft
Betreuerin / Betreuer:	Privatdoz. Mag. Dr. Karin Liebhart

Ein großer Dank gilt Privatdoz. Mag. Dr. Karin Liebhart, die sich bereit erklärte, meine Diplomarbeit zu betreuen und mir in jeder Phase mit hilfreichen Bemerkungen und Hinweisen zur Seite stand.

Ebenso möchte ich mich bei meinen Eltern bedanken, ohne deren Unterstützung mein Studium in dieser Art und Weise nicht möglich gewesen wäre.

Bildrechte:

Ich habe mich bemüht, sämtliche Inhaber der Bildrechte ausfindig zu machen und ihre Zustimmung zur Verwendung der Bilder in dieser Arbeit eingeholt. Sollte dennoch eine Urheberrechtsverletzung bekannt werden, ersuche ich um Meldung bei mir.

Inhaltsverzeichnis

1.) EINLEITUNG	7
2.) THEORETISCHER UND METHODISCHER RAHMEN	12
2.1.) „WIENER SCHULE DER KRITISCHEN DISKURSANALYSE“ NACH RUTH WODAK....	13
2.2.) KRITISCHE DISKURSANALYSE NACH SIEGFRIED JÄGER	15
2.3.) DREISTUFENMODELL ZUR BILDINTERPRETATION NACH ERWIN PANOFSKY	19
3.) MEDIEN UND POLITIK	23
3.1.) ÖSTERREICHISCHE TAGESZEITUNGEN.....	26
3.1.1.) <i>Boulevardjournalismus</i>	28
3.1.2.) <i>Qualitätsjournalismus</i>	29
4.) ERINNERUNGSKULTUR IN ÖSTERREICH NACH 1945	30
4.1.) BEGRIFFSPROBLEMATIK	30
4.1.1.) <i>Erinnerungskultur</i>	30
4.1.2.) <i>Geschichtspolitik</i>	31
4.1.3.) <i>Vergangenheitsbewältigung</i>	32
4.1.4.) <i>Vergangenheitspolitik</i>	33
4.2.) DIE NATIONALSOZIALISTISCHE VERGANGENHEIT IN DER REPUBLIK ÖSTERREICH	35
4.2.1.) <i>1945 – 1955: Von der Entnazifizierung zur Integration</i>	37
4.2.2.) <i>1955 – 1986: Zwischen Tabuisierung und Skandalisierung</i>	39
4.2.3.) <i>1986 – 2005: Die Erosion der Opferthese</i>	40
5.) DER POLITISCHE DISKURS DES „BEDENKJAHRES“ 1988 IN DER MEDIALEN DARSTELLUNG	44
5.1.) „KRONENZEITUNG“ 1988	46
5.2.) „KURIER“ 1988.....	52
5.3.) „DIE PRESSE“ 1988.....	63

6.) DER POLITISCHE DISKURS DES „GEDANKENJAHRES“ 2005 IN DER MEDIALEN DARSTELLUNG.....	70
6.1.) „KRONENZEITUNG“ 2005	73
6.2.) „KURIER“ 2005	80
6.3.) „DIE PRESSE“ 2005	86
7.) CONCLUSIO	93
8.) QUELLEN/LITERATURVERZEICHNIS.....	96
8.1.) GESETZESBLÄTTER	101
9.) ABBILDUNGSVERZEICHNIS	102
10.) ANHANG	103
10.1.) „KRONENZEITUNG“ 1988: TEXTBEITRÄGE.....	103
10.2.) „KURIER“ 1988: TEXTBEITRÄGE	104
10.3.) „DIE PRESSE“ 1988: TEXTBEITRÄGE.....	106
10.4.) „KRONENZEITUNG“ 2005: TEXTBEITRÄGE.....	109
10.5.) „KURIER“ 2005: TEXTBEITRÄGE.....	111
10.6.) „DIE PRESSE“ 2005: TEXTBEITRÄGE.....	113
ABSTRACT	115
CURRICULUM VITAE.....	117

1.) Einleitung

Ausgehend von der Idee, eine Diplomarbeit über die Entwicklung der Erinnerungskultur Österreichs nach 1945 zu schreiben, entstand nach Sichtung der Forschungsliteratur und Forschungsarbeiten der Gedanke, einen Vergleich zweier in Österreich begangenen Gedenkjahre zum Inhalt dieser Arbeit zu machen. Ausschlaggebend für die Fokussierung auf die Jahre 1988 und 2005 war die Tatsache, dass diese zwei Jahre durch spezielle Jubiläumsfeiern gekennzeichnet waren.

Im Zentrum dieser Arbeit steht die Analyse ausgewählter Printmedien der Jahre 1988 und 2005 anhand deren der politische Diskurs des „offiziellen Österreichs“ und der Umgang der Republik Österreich mit der eigenen nationalsozialistischen Vergangenheit nachgezeichnet werden soll. Meine zentrale Forschungsfrage ist folgende:

Welche Veränderungen des politischen Diskurses des Nationalsozialismus lassen sich in der medialen Berichterstattung der Jahre 1988 und 2005 erkennen?

Außerdem werde ich in meiner Diplomarbeit nachstehende Annahmen überprüfen:

- Die verschiedenen Bezugspunkte der beiden Gedenkjahre führen zu einer unterschiedlichen Schwerpunktsetzung der nationalsozialistischen Thematik im politischen Diskurs.
- Die Ereignisse der Jahre 1986 beziehungsweise 1988 um die Person Kurt Waldheim führten zu einer Veränderung des politischen Diskurses im Gedenkjahr 1988, nämlich zum Eingeständnis einer Mitverantwortung an den nationalsozialistischen Verbrechen während des Zweiten Weltkrieges.
- Das Gedenkjahr 2005 ist von einem eindeutigen Bekenntnis zur Mitverantwortung an nationalsozialistischen Verbrechen gekennzeichnet.

Den Quellenkorpus dieser Diplomarbeit bilden sämtliche Printausgaben der Kalenderjahre 1988 und 2005 folgender drei österreichischen Tageszeitungen:

- „Kronenzeitung“
- „Kurier“
- „Die Presse“

Für die Beantwortung der Fragestellung werden in den genannten Printmedien die Ressorts „Politik“/„Innenpolitik“ und „Chronik“, sämtliche schriftlichen als auch bildlichen Darstellungen zur Analyse herangezogen.

Den Forschungsstand betreffend lässt sich festhalten, dass es eine schier unglaubliche Fülle an Literatur zum Themenkomplex „Gedächtnisforschung/Gedächtnispolitik“ gibt. Im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts setzte eine Forschungs- und Publikationswelle bezüglich dieses Themenfeldes ein. In den 1990er Jahren und zu Beginn des neuen Jahrtausends beschäftigte sich eine große Zahl von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftern im deutschsprachigen Raum mit der Aufarbeitung und dem Umgang der nationalsozialistischen Vergangenheit in der Republik Österreich beziehungsweise in der Bundesrepublik Deutschland. Hier sind vor allem die Arbeiten von Heidemarie Uhl beziehungsweise Ruth Wodak und Rudolf de Cillia zu nennen. Heidemarie Uhl beschäftigt sich in vielen Untersuchungen mit der Frage des „Opfermythos“ und dessen Instrumentalisierung und Veränderung durch die Politik. Ihr Werk „Zwischen Versöhnung und Verstörung“, welches zugleich eine überarbeitete Version ihrer Dissertation ist und zum Inhalt die Analyse des historisch-politischen Diskurses des Gedenkjahres 1988 hat, bildet ebenso die Basis meiner Arbeit, wie die Darstellung von Ruth Wodak und Rudolf de Cillia „Gedenken im „Gedankenjahr“, welche sich genauer mit dem Gedenkjahr 2005 auseinandersetzt. Ruth Wodak setzt sich in vielen ihrer Arbeiten mit der Frage der Konstruktion von Identitäten auseinander und verwendet für ihre Analysen größtenteils die Diskursanalyse, welche auch die methodische Grundlage meiner Diplomarbeit ist.

Grundlegend für die Auseinandersetzung mit der Thematik „Gedächtnispolitik“ sind die Theorien des „kollektiven Gedächtnisses“ von Maurice Halbwachs beziehungsweise des „kommunikativen und kulturellen Gedächtnisses“ von Jan und Aleida Assmann.

In den 1920er Jahren entwickelte Maurice Halbwachs seine Theorie des „kollektiven Gedächtnisses“¹, die besagt, dass das Gedächtnis und die Erinnerung eines jeden Menschen nur durch Sozialisation, Kommunikation und Interaktion in einer Gruppe entstehen. Das Gedächtnis der einzelnen Person wird vom „kollektiven Gedächtnis“ der Gemeinschaft geprägt, indem erinnert wird was kommuniziert wird. Tritt das Individuum aus dieser Gruppe aus oder zerbricht diese, dann kann dieser Verlust im schlimmsten Fall zum Vergessen der gemeinsamen Erinnerung führen.

Jan und Aleida Assmann entwickelten Ende des 20. Jahrhunderts die beiden Begriffe „kommunikatives und kulturelles Gedächtnis“² aus der Theorie des „kollektiven Gedächtnisses“ von Maurice Halbwachs. Diese beiden Konzepte sollen im Folgenden kurz erläutert werden.

Das „kommunikative Gedächtnis“³ beruht auf der Alltagskommunikation innerhalb einer Gesellschaft und hat die historischen Erfahrungen und Erinnerungen dieser zum Inhalt. Durch die mündliche Tradierung der eigenen Vergangenheit ist diese zeitlich auf ca. 80 bis 100 Jahre, was in etwa drei bis vier aufeinander folgenden Generationen entspricht, begrenzt. Das „kommunikative Gedächtnis“ kennt keine inhaltlichen Fixpunkte und sämtliche Mitglieder einer Gesellschaft sind Träger dieses Gedächtnisses, da jede Person etwas zur Erinnerung beitragen kann.

¹ Vgl. Maurice Halbwachs, Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen, Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main ²2006 (Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft; 538) (Lizenzausgabe des Luchterhand Verlags Berlin/Neuwied 1966).

² Vgl.: Jan Assmann, Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen, C.H.Beck Verlag München ⁵2005.

³ Vergleiche im Folgenden: Astrid Erll, Kollektives Gedächtnis und Erinnerungskulturen. Eine Einführung, Metzler Verlag Stuttgart 2005, S. 28 – 29. Jan Assmann, Kollektives Gedächtnis und kulturelle Identität, in: Jan Assmann, Tonio Hölscher (Hg.), Kultur und Gedächtnis, Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main 1988 (Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft; 724), S. 9 – 19, hier S. 10 – 11.

Im Gegensatz dazu ist das „kulturelle Gedächtnis“⁴ von Alltagsferne und keiner zeitlichen Begrenzung gekennzeichnet. Historische Fixpunkte, das heißt besonders einschneidende Erlebnisse der Vergangenheit, werden einerseits durch kulturelle Formen, wie Gedenktage, Feste oder Texte, und andererseits durch ExpertInnen, welche beispielsweise ArchivarInnen oder Gelehrte sind, weitergegeben und interpretiert. Träger dieser Gedächtnisform sind somit nicht die Gesamtheit einer Gesellschaft sondern nur ausgewählte Personen, die für eine Tradierung der Tradition ausgebildet sind. Durch das „kulturelle Gedächtnis“ entwickelt sich eine Tradition beziehungsweise ein gemeinsames Wissen in einer Gesellschaft, welches das Selbstbild und Zusammengehörigkeitsgefühl dieser stützt.

Aufbauend auf diese Ausdifferenzierungen des Gedächtnisbegriffes entwickelten sich unterschiedliche „Gedächtniskonzepte/Erinnerungskonzepte“, die im Folgenden aber nicht weiter ausgeführt werden sollen. Ich möchte lediglich auf die Arbeiten von Pierre Nora⁵, Emil Brix/Ernst Bruckmüller/Hannes Stekl⁶ oder Harald Welzer⁷ verweisen.

Der Vergleich zweier spezieller Gedenkjahre der Republik Österreich hinsichtlich der Veränderung des politischen Diskurses ist politikwissenschaftlich relevant, weil zu zeigen versucht wird, wie sich der Diskurs über die nationalsozialistische Vergangenheit innerhalb eines Zeitraumes von ca. 20 Jahren entwickelt hat. Dies ist von Interesse, da dieser historische Zeitabschnitt für längere Zeit politisch relativ einseitig betrachtet wurde und erst durch die Ereignisse der Jahre 1986/1988 ein Umdenken in der offiziellen Politik erfolgt.

⁴ Vergleiche im Folgenden: Erll, Kollektives Gedächtnis, S. 28 – 29. Assmann, Kollektives Gedächtnis, S. 12 – 16.

⁵ Pierre Nora, *Les lieux de mémoire*, Gallimard Paris 1984/1986/1992 (3 Bände).

⁶ Emil Brix, Ernst Bruckmüller, Hannes Stekl, *Memoria Austriae*, Oldenbourg Verlag 2004/2005 (3 Bände).

⁷ Siehe beispielsweise: Harald Welzer (Hg.), *Das soziale Gedächtnis. Geschichte, Erinnerung, Tradierung*, Hamburger Edition Hamburg 2001.

Inhaltlich gliedert sich die Diplomarbeit wie folgt:

Nach den Erläuterungen betreffend des theoretischen und methodischen Rahmens dieser Diplomarbeit im zweiten Kapitel wird im dritten Kapitel das Verhältnis zwischen Medien und Politik kurz skizziert. In diesem Abschnitt soll der Stellenwert und Bedeutungswandel der Medien, im speziellen der österreichischen Printmedien, dargestellt werden. Gleichzeitig erfolgt eine kurze Charakterisierung und Einordnung in die Medienlandschaft, der in der Analyse verwendeten Printmedien. Durch dieses Kapitel soll das teilweise vorhandene Abhängigkeitsverhältnis zwischen Medien und Politik herausgearbeitet werden.

Im vierten Kapitel soll der Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit in Österreich seit 1945 kurz skizziert werden. Zuvor werde ich aber die unterschiedlichen Überbegriffe dieses Themenfeldes, welche in der Wissenschaft verwendet werden, ebenso erläutern wie die damit einhergehenden Probleme. Die Skizzierung der österreichischen Vergangenheit erscheint mir notwendig, um die verschiedenen Äußerungen und Handlungen österreichischer Politikerinnen und Politiker in den beiden Gedenkjahren besser verstehen und einordnen zu können. Gleichzeitig stellen die Jahre 1986/1988 eine Zäsur in der Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit in Österreich dar, welche für mein Forschungsinteresse nicht unbedeutend ist.

Die Kapitel fünf und sechs stellen den Hauptteil dieser Diplomarbeit dar, da in diesen Abschnitten jeweils die Analysen der ausgewählten Printmedien erfolgen. Hierbei wird einerseits erläutert warum jene drei österreichischen Tageszeitungen ausgewählt wurden, andererseits erfolgt die Analyse und Interpretation ausgewählter Text- beziehungsweise Bildbeispiele.

Den Abschluss dieser Diplomarbeit bildet eine Conclusio, in der noch einmal die wichtigsten Ergebnisse und Erkenntnisse zusammengefasst werden und die eingangs gestellte Forschungsfrage versucht wird zu beantworten.

2.) Theoretischer und methodischer Rahmen

Für die Bearbeitung meiner Fragestellung bilden Diskurstheorie und Diskursanalyse die theoretische und methodische Grundlage. Es wurde dieses theoretische beziehungsweise methodische Konzept gewählt, da ich der Meinung bin, dass sie sich am Besten zur Analyse meines Quellenkorpus und zur Beantwortung meiner Fragestellung eignet. Grundlegende Forschungsarbeiten sind hier das Konzept der Kritischen Diskursanalyse von Siegfried Jäger und Forschungen zu den Themenfeldern „Identitätskonstruktion“ und „Erinnerung“ von Ruth Wodak. Siegfried Jägers „Kritische Diskursanalyse“⁸ ist eine ausführliche Einführung in diese Methode, welche im weiteren Verlauf noch genauer erläutert werden wird, und kann als eines der Standardwerke bezeichnet werden. Ruth Wodak entwickelte zusammen mit anderen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftern eine eigene Variante der Diskursanalyse, die „Wiener Schule der Kritischen Diskursanalyse“, womit sie vor allem die Konstruktion nationaler Identitäten untersucht.⁹

Die Verwendung dieser Theorie und Methode erscheint sinnvoll. Siegfried Jäger folgend, weil man dadurch sowohl aktuelle als auch historische Diskurse problematisieren und diskutieren kann.¹⁰ Außerdem besteht zwischen Politik und Sprache beziehungsweise Kommunikation ein Abhängigkeitsverhältnis, wie Ruth Wodak¹¹ feststellt, welches mittels Diskursanalyse bearbeitet werden kann. Da sich meine Diplomarbeit mit der Veränderung politischer Diskurse durch Analyse unterschiedlichster medialer Texte auseinandersetzt, erscheint die Verwendung dieses theoretischen beziehungsweise methodischen Rahmens sinnvoll.

⁸ Siegfried Jäger, *Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung*, UNRAST Verlag Münster 2009 (5., gegenüber der 2., überarbeiteten und erweiterten (1999), unveränderte Auflage) (Edition DISS; 3).
Siehe auch: Siegfried Jäger, Jens Zimmermann (Hg.), *Lexikon Kritische Diskursanalyse. Eine Werkzeugkiste*, UNRAST Verlag Münster 2010 (Edition DISS; 26).

⁹ Vgl.: Ruth Wodak, Rudolf de Cillia et. al. (Hg.), *Zur diskursiven Konstruktion nationaler Identität*, Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main 1998 (Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft; 1349). Ruth Wodak, Florian Menz et.al. (Hg.), *Die Sprachen der Vergangenheiten. Öffentliches Gedenken in österreichischen und deutschen Medien*, Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main 1994 (Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft; 1133). Rudolf de Cillia, Ruth Wodak (Hg.), *Gedenken im „Gedankenjahr“*. Zur diskursiven Konstruktion österreichischer Identitäten im Jubiläumsjahr 2005, Studienverlag Innsbruck 2009.

¹⁰ Vgl. Jäger/Zimmermann, *Lexikon*, S. 22.

¹¹ Vgl. Ruth Wodak, *Politikwissenschaft und Diskursanalyse: Diskurs in/der Politik*, in: Andrei Markovits (Hg.), *Demokratie. Modus und Telos*, Böhlau Verlag Wien 2001, S. 75 – 99, hier S. 75.

Ruth Wodak betont in ihrem Aufsatz „Politikwissenschaft und Diskursanalyse“, dass mittels transdisziplinären Zugangs sich neue Sichtweisen zu politikwissenschaftlichen Themen ergeben können. Diese Themen können dann durch die Kombination von Diskursanalyse und politikwissenschaftlicher Theorie entsprechend untersucht werden. So kann beispielsweise die diskursanalytische Untersuchung von politischen Aussagen oder Reden zu einem anderen Verständnis des politischen Handelns führen.¹²

Seit den 1970er Jahren hat sich die Diskurstheorie in den verschiedensten geistes- und sozialwissenschaftlichen Disziplinen verbreitet, wobei eine Vielzahl von unterschiedlichen Varianten entstanden ist. Die Ausdifferenzierung dieser Theorie beziehungsweise Methode ist jedoch bis heute nicht abgeschlossen, da sie immer wieder durch neue diskursanalytische Projekte modifiziert wird.¹³ Eine detaillierte Darstellung der verschiedenen Versionen dieses Theorie- und Methodenkonglomerats sprengt den Rahmen dieser Diplomarbeit, daher konzentriere ich mich im weiteren Verlauf der Ausführungen auf zwei wesentliche Formen der Diskursanalyse. Dies ist einerseits die „Wiener Schule der Kritischen Diskursanalyse“, auch „diskurshistorischer Ansatz“ genannt, begründet von Ruth Wodak und andererseits die „Kritische Diskursanalyse“ nach Siegfried Jäger.

2.1.) „Wiener Schule der Kritischen Diskursanalyse“ nach Ruth Wodak

Die „Wiener Schule der Kritischen Diskursanalyse“¹⁴, welche Ruth Wodak mit Kolleginnen und Kollegen in den 1980er Jahren zu entwickeln begonnen hat, ist gekennzeichnet durch eine empirische, problemorientierte und gesellschaftskritische Herangehensweise an den Untersuchungsgegenstand. Ausgangspunkte der Entwicklung dieser Variante der Diskursanalyse bilden eine Untersuchung zum österreichischen Antisemitismus der Nachkriegszeit beziehungsweise zum öffentlichen Gedenken 1988.

¹² Vgl. Wodak, Politikwissenschaft, S. 75 – 76.

¹³ Vgl. Reiner Keller (Hg.), Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, VS Verlag für Sozialwissenschaften Wiesbaden ³2001 bzw. ⁴2010 (2 Bände).

¹⁴ Für einen kurzen Überblick siehe: Martin Reisigl, Projektbericht: Der Wiener Ansatz der Kritischen Diskursanalyse, in: Forum Qualitative Sozialforschung, Volume 8/No. 2 (Mai 2007), <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs0702P75> (Stand: 19.12.2011)

Durch die Analyse sollte der Zusammenhang von Sprache, Diskurs und Geschichte herausgearbeitet werden. In weiterer Folge wurden Fragen betreffend des Zusammenwirkens von Geschichte, Politik und Sprache oder von Diskurs, Politik und Identität bearbeitet. Sämtliche Forschungsarbeiten der „Wiener Diskursanalyse“ sind von Methodenpluralismus gekennzeichnet und zumeist interdisziplinär angelegt, das heißt es treffen Theorien und Methoden der Soziolinguistik auf Theorien und Methoden der Geschichtswissenschaft, Soziologie, Politikwissenschaft oder anderen Disziplinen. Ebenso bildet unterschiedliches Datenmaterial, dies können mediale Produktionen, Gesetzestexte, politische Reden oder schriftliche Texte von Politikerinnen und Politikern ebenso sein wie Gespräche des Alltags, die Grundlagen der Analysen. Martin Reisigl fasst in seinem Projektbericht das Ziel der „Wiener Diskursanalyse“ als Bemühen, „konkrete Beiträge zur Verbesserung der Kommunikationsverhältnisse in bestimmten gesellschaftlichen Institutionen zu leisten“,¹⁵ zusammen.

Ruth Wodak definiert den „diskurshistorischen Ansatz“ 2010 in einem Interview zu ihrem 60. Geburtstag als eine Variante der Kritischen Diskursanalyse die versucht, gesellschaftliche Entwicklung wegen soziopolitischer Ereignisse zu verstehen und zu erklären. Die Kritische Diskursanalyse definiert Wodak allgemein als eine Methode, die komplexe soziale Phänomene zu analysieren und zu erklären versucht.¹⁶

Der „diskurshistorische Ansatz“ versteht Diskurse als „soziale Praxis“, womit gemeint ist, dass jedes Reden oder Schreiben immer schon eine Handlung impliziert und/oder Einstellungen produziert. Diskurse sind jedoch nicht abgeschlossen von einander sondern können einander überlappen, daher spielen die Begriffe Intertextualität und Rekontextualisierung eine große Rolle. Die Intertextualität meint eine gegenseitige Bezugnahme von Texten und unter Rekontextualisierung wird die Veränderung der Bedeutung von Argumenten verstanden.¹⁷

¹⁵ Reisigl, Projektbericht.

¹⁶ Vgl. Ruth Wodak: „Perpetuum rechter Rhetorik“. APA – Interview vom 24.9.2010 von Christian Müller, <http://science.orf.at/stories/1663264/> (Stand: 19.12.2011).

¹⁷ Vgl. Rudolf de Cillia, Ruth Wodak, Theoretische und methodische Grundlagen: Der diskurshistorische Ansatz, in: Rudolf de Cillia, Ruth Wodak (Hg.), Gedenken im „Gedankenjahr“. Zur diskursiven Konstruktion österreichischer Identitäten im Jubiläumsjahr 2005, Studienverlag Innsbruck 2009, S. 13 – 28, hier S. 14 – 15.

Allgemein lässt sich sagen, dass für die Analyse von politischen Diskursen der historische Kontext beziehungsweise Entstehungskontext von Bedeutung ist. Erst durch die Mitberücksichtigung dessen lassen sich die Text- und/oder medialen Produktionen genauer untersuchen und interpretieren.

Im Folgenden wird nun die „Kritische Diskursanalyse“ nach Siegfried Jäger als Methode genauer erläutert.

2.2.) Kritische Diskursanalyse nach Siegfried Jäger

Siegfried Jäger definiert als Ziel der Diskursanalyse die historische und gegenwartsbezogene Analyse beziehungsweise Kritik von einem Diskursstrang oder mehreren miteinander verschränkten Diskurssträngen.¹⁸ In weiterer Folge werden nun die wichtigsten Begriffe dieser Methode definiert und anschließend die einzelnen Analyseschritte erklärt.

Siegfried Jäger definiert zentrale Begriffe wie folgt:¹⁹

- Diskurs: wird als „Fluss von Wissen bzw. sozialen Wissensvorräten durch die Zeit“ definiert²⁰. Dieses Wissen wird als jeweils gültiges Wissen angesehen, welches den Diskurs regelt und durch die Kritische Diskursanalyse hinterfragt werden soll.²¹
- Diskursfragment: bezeichnet einen Textausschnitt oder Text, der ein bestimmtes Thema behandelt. Solche Fragmente haben keinen einheitlichen Charakter, das heißt, solche Diskursfragmente können im ersten Moment als nicht direkt zugehörig zum Thema erscheinen, aber auf Grund der Fragestellung trotzdem wichtig für die Analyse sein.²²

¹⁸ Vgl. Jäger, Kritische Diskursanalyse, S. 171

¹⁹ Für die folgenden Ausführungen siehe Jäger, Kritische Diskursanalyse, S. 159 – 169 und die entsprechenden Begriffe in Jäger/Zimmermann, Lexikon, S. 37 – 47.

²⁰ Jäger/Zimmermann, S. 37.

²¹ Vgl. Jäger, Kritische Diskursanalyse, S. 129.

²² Siehe auch: Jäger/Zimmermann, Lexikon, S. 39 – 40.

- Diskursstrang: mehrere Diskursfragmente eines Themas bilden zusammen einen Diskursstrang und mehrere Diskursstränge den gesamtgesellschaftlichen Diskurs. Solche Diskursstränge können sich miteinander verschränken, das bedeutet, dass sie sich gegenseitig beeinflussen. Außerdem haben sie eine synchrone wie diachrone Dimension. Die synchrone Dimension meint jene Äußerungen, die zu einem bestimmten Zeitpunkt gesagt wurden oder sagbar waren. Die diachrone Ebene meint „thematisch einheitliche Wissensflüsse durch die Zeit.“²³
- Diskursives Ereignis: darunter versteht man ein Ereignis, das in der Regel stattgefunden hat und durch die große mediale Verbreitung zu einem diskursiven Ereignis wird. Ob sich ein diskursives Ereignis herausbildet hängt von der politischen Dominanz und Konjunktur ab, das heißt, ob zu einem bestimmten Zeitpunkt zu einem bestimmten Thema in einer Gesellschaft geredet wird.
- Diskursiver Kontext: ist Voraussetzung für die Analyse und Interpretation des Diskursstrangs. Der Kontext eines solchen Strangs sind einerseits seine eigene Vergangenheit und andererseits seine Verschränkungen mit anderen Diskurssträngen.
- Diskursebene: meint unterschiedliche Orte von denen aus „gesprochen“ wird oder anders gesagt, die unterschiedlichen Ebenen auf welchen Diskursstränge erscheinen. Solche Ebenen sind beispielsweise Medien, Politik oder Alltag und sind nicht völlig strikt von einander abgrenzbar sondern beziehen sich aufeinander oder beeinflussen sich gegenseitig.
- Diskursposition: ist jener spezifische Standort einer Person/eines Mediums, von dem aus die Beteiligung am Diskurs und die Bewertung des Diskurses für die beteiligten Personen erfolgt.

²³ Jäger, Kritische Diskursanalyse, S. 160.

- Gesamtgesellschaftlicher Diskurs: dies ist die Gesamtheit der Diskursstränge in einer Gesellschaft.
- Diskursverschränkung: werden in einem Text unterschiedliche Themen behandelt beziehungsweise zu verschiedenen Themen Bezüge hergestellt spricht man von Diskursverschränkung, da in einem solchen Text dann verschiedene Diskursfragmente enthalten sind.

Nach den Definitionen wichtiger Begriffe der Kritischen Diskursanalyse soll im nächsten Abschnitt der Analyseleitfaden Siegfried Jägers beschrieben werden. Dieser lässt sich in folgende sechs Punkte untergliedern:²⁴

1. Diskursiver Kontext: In der ersten Phase wird der historische und politische Kontext ermittelt, in dem ein spezifisches Diskursfeld behandelt wird.
2. Gewinnung des Materialkorpus: In einem zweiten Schritt erfolgt die Sammlung und systematische Erfassung des gesamten Materials zum Thema. Bei der Medienanalyse werden sämtliche Artikel beim ersten Lesen mit Stichworten versehen, die die wichtigsten Themen (Diskursfragmente) des jeweiligen Artikels kennzeichnen.
3. Strukturanalyse: Dies meint die inhaltliche Erfassung des Diskursstranges, wobei deutlich werden soll, wie häufig Themen beziehungsweise Unterthemen vorkommen. Durch diesen Schritt werden die inhaltlichen und ideologischen Schwerpunkte eines Mediums sichtbar.
4. Feinanalyse eines Diskursfragments: Für diesen Schritt wird ein „typisches“ Diskursfragment ausgewählt, damit eine verallgemeinernde Aussage über einen Diskursstrang getroffen werden kann. Die Feinanalyse selbst wird später noch genauer erläutert.

²⁴ Vgl. Jäger, Kritische Diskursanalyse, S. 190 – 195.

5. Gesamtinterpretation des Diskursstranges: Im vorletzten Schritt werden alle Ergebnisse der Feinanalyse und Strukturanalyse reflektiert und zusammengefasst, um eine Gesamtaussage treffen zu können
6. Synoptische Analyse: Der letzte Punkt ist schließlich eine Zusammenfassung und ein Vergleich der einzelnen Diskursstränge miteinander. Dieser Schritt ist vor allem bei der Analyse von Mediendiskursen von Interesse, um beispielsweise die unterschiedlichen politisch-ideologischen Ausrichtungen von Zeitungen herausarbeiten zu können.

Die Feinanalyse eines Diskursfragments ist nach Siegfried Jäger das Herzstück der Diskursanalyse und wird in fünf Schritte unterteilt:²⁵

1. Institutioneller Rahmen: Im ersten Schritt soll der institutionelle Kontext des Fragmentes herausgearbeitet werden. Dies meint bei Zeitungsartikeln die Bestimmung der Textsorte und eine allgemeine Charakterisierung des Mediums, vor allem betreffend der inhaltlichen und politischen Ausrichtung. Ebenso ist von Interesse, wer die Autorin beziehungsweise der Autor des Textes ist, auf welche Ereignisse durch den Text angespielt wird, ob es einen bestimmten Anlass für das Schreiben des Textes gab
2. Text- >Oberfläche<: Im zweiten Schritt widmet man sich der graphischen Gestaltung des Textes, das heißt, man erfasst die verwendeten Überschriften und Zwischenüberschriften, Photographien und Grafiken. Gleichzeitig konzentriert man sich auf die angesprochenen Themen, fasst die Beiträge inhaltlich zusammen und notiert etwaige Bezüge zu anderen Diskurssträngen.
3. Sprachlich-rhetorische Mittel: In diesem Abschnitt konzentriert man sich auf die verwendeten Argumentationsstrategien, auf die Wortwahl, Redewendungen, etwaige Wortwiederholungen oder Anspielungen.

²⁵ Vgl. Jäger, Kritische Diskursanalyse, S. 175 – 187.

4. Inhaltlich-ideologische Aussagen: Im vorletzten Analyseschritt werden ideologische Einschätzungen, beispielsweise welches Gesellschaftsbild oder politisches Verständnis vermittelt wird, untersucht.
5. Interpretation: Im letzten Schritt erfolgt nun die eigentliche Analyse und Interpretation des Diskursfragments, das heißt, es werden alle festgestellten Fakten in einen Zusammenhang gesetzt und versucht, die „Botschaft“ des Fragments herauszuarbeiten.

Für die Analyse und Interpretation von Bildern gibt es eine Fülle an unterschiedlichen Methoden, die von den unterschiedlichsten wissenschaftlichen Disziplinen entwickelt wurden.²⁶ Im Folgenden soll nun die gewählte Analysemethode nach Erwin Panofsky genauer erläutert werden.

2.3.) Dreistufenmodell zur Bildinterpretation nach Erwin Panofsky

Für die Analyse ausgewählter Bilder in den drei untersuchten österreichischen Tageszeitungen wird die Bildanalyse nach Erwin Panofsky angewendet. Durch die Bildanalyse soll herausgearbeitet werden, welche Bedeutung das Bild für den Text und der Text für das Bild hat, welche Botschaft damit vermittelt werden soll. Erwin Panofsky entwickelte ein dreistufiges Interpretationsschema, welches ursprünglich für die Deutung von Kunstwerken verwendet wurde, und sich mit den Schlagworten „Beschreibung, Kontextualisierung und Interpretation“ charakterisieren lässt. Es lässt sich jedoch auf Fotografien oder bildliche Darstellungen in Printmedien anwenden.

²⁶ Siehe beispielsweise: Hajo Diekmannshenke, „Schlagbilder“. Diskursanalyse politischer Schlüsselbilder, in: Hajo Diekmannshenke, Michael Klemm, Hartmut Stöckl (Hg.), Bildlinguistik. Theorien – Methoden – Fallbeispiele, Erich Schmidt Verlag Berlin 2011 (Philologische Studien und Quellen; 24), S. 161 – 184. Birgit Schwelling (Hg.), Politikwissenschaft als Kulturwissenschaft. Theorien, Methoden, Problemstellungen, VS Verlag für Sozialwissenschaften Wiesbaden 2004. Klaus Sachs-Hombach (Hg.), Bildwissenschaft. Disziplinen, Themen, Methoden, Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main 2005 (Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft; 1741).

Dieses Modell ist in folgende drei aufeinander folgende und von einander abhängige Stufen unterteilt:²⁷

1. Vorikonographische Beschreibung: Die erste Stufe des Modells ist die formale Bildbeschreibung, das heißt, es wird alles Sichtbare, Farben, Gestalten, Gegenstände und ähnliches benannt. Erwin Panofsky unterscheidet in dieser Phase zwischen „Tatsachenbedeutung“ und „ausdruckshaft“. Die „Tatsachenbedeutung“ meint, dass man die wahrgenommenen Formen, Linien oder Farben mit einem natürlichen Gegenstand durch die eigenen Erfahrungen in Verbindung setzen kann. Die Eigenschaften des wahrgenommenen Gegenstandes, beispielsweise das Verhalten zweier Personen beim Begrüßen, werden Panofsky zufolge als „ausdruckshaft“ bezeichnet. Er nennt dies „psychologische Nuancen“, welche nur durch ein „Einfühlen“, eine „gewisse Sensibilität“, erfasst werden können.²⁸ Die Stilgeschichte ist das Kontrollprinzip unserer praktischen Erfahrungen. Damit ist die „Einsicht in die Art und Weise, wie unter wechselnden historischen Bedingungen Gegenstände und Ereignisse durch Formen ausgedrückt werden“²⁹, gemeint.
2. Ikonographische Analyse: Die zweite Stufe ist die Kombination der primären Gegenstände mit Themen, Konzepten und kulturellen Traditionen einer Gesellschaft. Die Beschäftigung mit Bildern oder Anekdoten setzt nun aber die Kenntnis bestimmter Themen voraus, welche vor allem durch literarische Quellen vermittelt wird. Die Typengeschichte ist das Korrektiv der Ikonographischen Phasen, wobei gefragt wird wie Themen oder Vorstellungen während verschiedener historischer Bedingungen durch Gegenstände oder Ereignisse ausgedrückt werden.³⁰ Zum besseren Verständnis führt Erwin Panofsky hier als Beispiel das „Bildnis der Salome mit dem Kopf Johannes' des Täufers“ von Francesco Maffei an. In dieser Phase wird untersucht, ob es

²⁷ Vergleiche für die folgenden Ausführungen: Erwin Panofsky, Einleitung, in: Erwin Panofsky, Studien zur Ikonologie. Humanistische Themen in der Kunst der Renaissance, DuMont Buchverlag Köln 1980 (DuMont – Dokumente), S. 30 – 61, hier S. 30 – 40.

²⁸ Vgl. Panofsky, Studien zur Ikonologie, S. 30.

²⁹ Panofsky, Studien zur Ikonologie, S. 41.

³⁰ Vgl. Panofsky, Studien zur Ikonologie, S. 38.

bereits vor der Arbeit Maffeis eindeutige Bilder zur „Judith/Salome“ Thematik gab, wodurch geklärt werden soll, welche Frauenfigur die abgebildete Frau im Bildnis Maffeis darstellt.

3. Ikonologische Interpretation: Die letzte Stufe des Dreistufenmodells betrifft die eigentliche Bedeutung, den Gehalt des Gegenstandes, dies meint die eigentliche Interpretation des Gesamtzusammenhangs. In diesem Abschnitt werden die formalen Beschreibungen des Sichtbaren mit den damit verbundenen Konzepten und Traditionen zusammengeführt und deren eigentlicher Sinn zu erklären versucht. Diese dritte Phase wird durch die „Einsicht in die Art und Weise (...), wie unter wechselnden historischen Bedingungen die allgemeinen und wesentlichen Tendenzen des menschlichen Geistes durch bestimmte Themen und Vorstellungen ausgedrückt wurden“³¹, kontrolliert. In diesem letzten Abschnitt der Analyse ist die Interdisziplinarität besonders wichtig. So sind bei der Interpretation eines Bildes für eine Kunsthistorikerin beziehungsweise einen Kunsthistoriker nicht nur kunsthistorische Elemente von Interesse sondern auch historische, politische oder religiöse Aspekte jener Epoche, aus der das Bildnis stammt.

³¹ Panofsky, Studien zur Ikonologie, S. 40.

In der folgenden schematischen Darstellung wird die Methode der Bildinterpretation von Erwin Panofsky zusammengefasst:³²

Gegenstand der Interpretation	Akt der Interpretation	Ausrüstung für die Interpretation	Kontrollprinzip der Interpretation
Primäres oder natürliches Sujet – (A) tatsächlich, (B) ausdruckschaft -, das die Welt künstlerischer Motive bildet	Vorikonographische Beschreibung	Praktische Erfahrung	Stilgeschichte
Sekundäres oder konventionales Sujet, das die Welt von Bildern, Anekdoten und Allegorien bildet	Ikonographische Analyse	Kenntnis literarischer Quellen	Typengeschichte
Eigentliche Bedeutung oder Gehalt	Ikonologische Interpretation	Synthetische Intuition, geprägt durch persönliche Psychologie und >Weltanschauung<	Geschichte kultureller Symptome oder >Symbole< allgemein

Abbildung 1: Dreistufiges Interpretationsschema nach Erwin Panofsky

In weiterer Folge soll nun der Zusammenhang von Medien und Politik etwas genauer beleuchtet und die drei verwendeten österreichischen Tageszeitungen kurz charakterisiert werden.

³² Siehe: Erwin Panofsky, Ikonographie & Ikonologie. Bildinterpretation nach dem Dreistufenmodell, DuMont Literatur und Kunst Verlag Köln 2006, S. 57.

3.) Medien und Politik

Im Folgenden soll das Verhältnis zwischen Medien, im speziellen der österreichischen Printmedien, und Politik dargestellt werden. Es soll der Frage nachgegangen werden, welchen Stellenwert Medien für die Politik haben, wie diese von Politikerinnen und Politikern für die politische Inszenierung genutzt werden.

Da es mittlerweile eine Fülle an Literatur zur Thematik Medien und Politik gibt, konzentriere ich mich in meinen Ausführungen vor allem auf die Arbeiten von Christiane Eilders „Massenmedien als Produzent öffentlicher Meinungen“³³ und Winfried Schulz „Politische Kommunikation“.³⁴

Allgemein gesprochen lässt die Analyse der ausgewählten Tageszeitungen Rückschlüsse auf die öffentliche Meinung zu. Unter öffentlicher Meinung wird hierbei das Resultat des öffentlichen Diskurses zwischen gleichberechtigten Bürgerinnen und/oder Bürgern einer Gesellschaft verstanden. Der Diskurs ist deshalb öffentlich, weil theoretisch jeder aus dieser Gesellschaft die Möglichkeit hat an diesem teilzuhaben.

Christine Axer folgend haben Medien jeglicher Art einen hohen Stellenwert in einer Demokratie, da sie entscheiden welche Informationen in welcher Art und Weise an die Gesellschaft weitergegeben werden.³⁵

³³ Christiane Eilders, Massen als Produzent öffentlicher Meinung – Pressekommentare als Manifestation der politischen Akteursrolle, in: Barbara Pfetsch, Silke Adam (Hg.), Massenmedien als politische Akteure. Konzepte und Analysen, VS Verlag für Sozialwissenschaften Wiesbaden 2008, S. 27 – 51.

³⁴ Winfried Schulz, Politische Kommunikation. Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung. VS Verlag für Sozialwissenschaften Wiesbaden 2008 (2. vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage).

³⁵ Vgl. Christine Axer, Die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit. Deutschland und Österreich im Vergleich und im Spiegel der französischen Öffentlichkeit, Böhlau Verlag Köln/Weimar/Wien 2011, S. 16 -19.

Unter Medialisierung versteht Winfried Schulz „Veränderungen, die auf eine Wechselwirkung zwischen dem Wandel der Medien und dem gesellschaftlichen Wandel zurückgeht.“³⁶ Unter Medienwandel ist eine technische oder ökonomische Veränderung gemeint. Schulz unterscheidet vier Prozesse in der Beziehung zwischen Medienwandel und sozialem Wandel, welche er mit den Schlagwörtern Extension, Substitution, Amalgamation und Akkomodation benennt.³⁷

- Extension meint die Erweiterung der Kommunikationsfähigkeiten, das bedeutet zum Beispiel, dass eine Politikerin oder ein Politiker mit einem TV-Auftritt mehr Menschen auf einmal erreichen kann, als über persönliche Kontakte.
- Substitution steht für die Ersetzung politischen Handelns und politischer Institutionen durch Medien. Bei Wahlkämpfen werden beispielsweise Hausbesuche oder Kundgebungen teilweise durch TV-Auftritte oder Mailings ersetzt.
- Amalgamation benennt die Verschränkung von Medien und Politik. Gerade dieser Punkt verdeutlicht die gegenseitige Abhängigkeit. So ist zum Beispiel oftmals die Politik abhängig von Medien wenn es um die Mobilisierung zur politischen Unterstützung geht. Gleichzeitig sind die Medien aber abhängig von der Inszenierung der politischen Realität.
- Akkomodation meint die Anpassung an die Medienlogik wodurch sich politische Handlungsmuster und politische Medieninhalte verändern.

Zwischen Medien und Politik besteht ein Wechselwirkungsverhältnis. Einerseits beeinflussen, filtern, prägen oder modifizieren Medien die Politik und andererseits wissen auch politische Akteurinnen und Akteure die Medien für ihre Zwecke zu nutzen und zu instrumentalisieren.

³⁶ Schulz, Politische Kommunikation, S. 31.

³⁷ Vgl. Schulz, Politische Kommunikation, S. 33 – 37.

Jay Blumler und Dennis Kavanagh teilen das politische Kommunikationssystem in drei Phasen:³⁸

1. Phase von 1945 bis ca. 1960: kann auch parteien- und printdominierte Phase genannt werden, da durch die Parteizeitungen eine durchaus einseitige beziehungsweise nicht objektive Berichterstattung gegeben war.
2. Phase von 1960 bis 1980: auch TV-zentrierte Phase genannt, da sich das Fernsehen als neues dominantes Medium politischer Kommunikation durchsetzt. Durch die Verbreitung von TV-Geräten ändert sich die politische Kommunikation dahingehend, dass ein größeres Publikum erreicht wird und die politische Information besser verbreitete werden kann. In dieser Phase ändert sich sowohl der Kommunikationsstil der politischen Elite als auch die politische Berichterstattung selbst. Eine objektivere Berichterstattung wurde möglich, da die Vermittlung parteipolitischer Themen in den Hintergrund trat.
3. Phase seit 1990: ist gekennzeichnet von einer ständigen Ausdifferenzierung der Möglichkeiten der medialen Berichterstattung und Vermittlung.

Für die Jahre 1988 und 2005 kann bezüglich des Stellenwerts von Printmedien festgehalten werden, dass die Bedeutung der gedruckten Presse zwischen 1988 und 2005 mit Sicherheit deutlich abgenommen hat. Dies lässt sich meiner Meinung nach ganz einfach mit dem Aufkommen und der mittlerweile sehr großen Verbreitung des Internets erklären. Durch das neue Medium hat man theoretisch jederzeit die Möglichkeit sich über politische Inhalte zu informieren. Gleichzeitig können von Seiten der Politik Veränderungen betreffend politischer Inhalte zum Beispiel sofort und unmittelbar an die Außenwelt kommuniziert werden. Es muss nicht die nächste Ausgabe der Tageszeitung erst abgewartet werden. In wieweit sich Printausgabe und

³⁸ Vgl. Fritz Plasser, Peter A. Ulram, Öffentliche Aufmerksamkeit in der Mediendemokratie, in: Fritz Plasser (Hg.), Politische Kommunikation in Österreich. Ein praxisnahes Handbuch, Facultas WUV Verlag Wien 2004 (Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung; 29), S. 37 – 99, hier S. 39 – 42.

Onlineausgabe einer Tageszeitung betreffend der politischen Berichterstattung von einander unterscheiden konnte in meiner Untersuchung nicht erforscht werden, da es nicht von allen Zeitungen ein Archiv der Online-Ausgaben gibt. Jedoch bin ich davon überzeugt, dass die Unterschiede eher marginal sein werden. Damit meine ich, dass neue Information bezüglich eines Themas durchaus sofort in die Onlineausgabe eingearbeitet werden und am nächsten Tag in der Printausgabe vielleicht nicht mehr erwähnt werden, da sie bereits an Aktualität verloren haben könnten. Ein immenser Vorteil der neuen Medien ist meiner Meinung nach die Tatsache, dass sie jederzeit auf jedes politische Ereignis oder Ereignisse anderer Art reagieren können.

Ein entscheidender Unterschied zwischen 1988 und 2005 ist sicherlich, dass 2005 der Bevölkerung weitaus mehr Informationsquellen, vor allem durch das weit verbreitete Internet, neben den untersuchten Printmedien zur Verfügung standen.

3.1.) Österreichische Tageszeitungen

In diesem Abschnitt werden die drei österreichischen Tageszeitungen, welche mein Quellenmaterial bilden, kurz charakterisiert. Neben einer definitorischen Unterscheidung von „Boulevardpresse“ und „Qualitätspresse“ soll ebenso versucht werden deren politische Ausrichtung aufzuzeigen.

Allgemein gesprochen fiel die Wahl auf überregionale österreichische Tageszeitungen als Quellenkorpus um eine möglichst unterschiedliche Darstellung des politischen Diskurses vorzufinden. Außerdem bin ich davon ausgegangen, dass sich die Berichterstattung über die jeweiligen Gedenkjahre in den drei zu untersuchenden Printmedien, aufgrund ihrer verschiedenen Blattlinien, grundsätzlich unterscheiden wird.

Die „Kronenzeitung“ erschien erstmals am 2. Jänner 1900 unter dem Namen „Österreichische Kronen Zeitung“. Ihr Name wurde vom damaligen monatlichen Abonnementpreis abgeleitet. 1959 wurde die „Neue Kronen Zeitung“ von Hans Dichand und Kurt Falk gegründet. 1987 verkaufte Kurt Falk seine Anteile an Dichand und 1988 beteiligte sich die Westdeutsche Allgemeine Zeitung an der „Kronenzeitung“.³⁹ Seit 2000 heißt sie nur noch „Kronenzeitung“⁴⁰ und sieht als ihre Blattlinie „die Vielfalt der Meinungen ihres Herausgebers und der Redakteure“⁴¹ an.

Der „Kurier“ definiert sich selbst als unabhängige, überparteiliche Tageszeitung, die sich als „Instrument der demokratischen Meinungsbildung im Sinne einer umfassenden Informationsfreiheit“ versteht.⁴² Die erste Ausgabe unter dem Namen „Neuer Kurier“ erschien am 18. Oktober 1954. Herausgeber war Ludwig Polsterer, der die Zeitung von den amerikanischen Besatzungstruppen übernahm. Erster Chefredakteur war bis 1958 Hans Dichand, ihm folgte Hugo Portisch nach.

„Die Presse“ wurde nach dem Zweiten Weltkrieg am 26. Jänner 1946 unter dem Namen „Neue Freie Presse“ von Ernst Molden gegründet. Seit 1991 ist sie im Besitz der Styria Medien AG. „Die Presse“ definiert als ihre Blattlinie eine bürgerlich-liberale Auffassung, unabhängig von politischen Parteien. Gleichzeitig tritt sie für „die parlamentarische Demokratie, auf der Grundlage des Mehrparteiensystems und die Rechtsstaatlichkeit ein.“ Sie sieht es als Pflicht an, objektiv über alle Ereignisse von allgemeinem Interesse zu berichten.⁴³

Im Folgenden werden die Begriffe Boulevardjournalismus und Qualitätsjournalismus definiert. Danach erfolgt die Zuordnung von „Kronenzeitung“, „Kurier“ und „Die Presse“ in eine der beiden Kategorien.

³⁹ Vgl. Rudi Renger, Populärer Journalismus. Nachrichten zwischen Fakten und Fiktion, Studienverlag Innsbruck/Wien/München 2000 (Beiträge zur Medien- und Kommunikationsgesellschaft; 7), S. 135.

⁴⁰ Vgl. Josef Seethaler, Österreichische Tageszeitungen – über 100 Jahre alt, Arbeitsberichte der Kommission für historische Pressedokumentation, 2. überarbeitete Version, Wien 2005, S. 3.

⁴¹ Verband Österreichischer Zeitungen, Stichwort: „Kronen Zeitung“, <http://www.voez.at/18m90w118> (Stand: 19.12.2011).

⁴² Vgl. Elisabeth Gardavsky, Wir der KURIER – unser Leitbild, <http://kurier.at/services/diezeitung/2052061-wir-der-kurier-unser-leitbild.php> (Stand: 19.12.2011).

⁴³ Vgl. Blattlinie: <http://diepresse.com/unternehmen/613276/Die-PresseBlattlinie> (Stand: 19.12.2011).

3.1.1.) Boulevardjournalismus

Der Boulevardjournalismus hat seinen Ursprung im 19. Jahrhundert und ist nach Rudi Renger in folgende Kategorien zusammengefasst:⁴⁴

- Populäre Inhalte werden in leicht verständlicher Sprache vermittelt.
- Integration von Massenunterhaltung, Werbung und Journalismus in einer Zeitung.
- Zielgruppe sind vor allem Familien und die ArbeiterInnen.
- Mit Hilfe von Preisrätseln und Fortsetzungsromanen soll die LeserInnen-Blatt-Bindung gestärkt werden.
- Im Vergleich zu anderen Zeitungen sind sie kostengünstiger, wodurch auch ständig die AbnehmerInnenzahl steigt.
- Die Finanzierung der Zeitung erfolgt in erster Linie durch Inseratenschaltungen.
- Hauptziel des Verlages ist wirtschaftlicher Erfolg und Profit, welcher durch eine Massenaufgabe erreicht werden soll.

Allgemein lässt sich sagen, dass in Boulevardmedien der Unterhaltungswert vor dem Informationswert steht. In der Verwendung der Sprache dominiert die Alltagssprache, mit einfachen, kurzen Sätzen. Inhaltlich ist eine Boulevardzeitung weniger an Politik als vielmehr an Gewalt- oder Verbrechensthemen interessiert. Nach Peter Bruck und Günther Stocker lässt sich die Erzählstruktur mit folgenden Schlagwörtern zusammenfassen:⁴⁵

- Familiarisierung
- Simplifizierung
- Personalisierung
- Melodramatisierung
- Visualisierung
- Spektakularisierung
- Sensationalisierung

⁴⁴ Vgl. Renger, Populärer Journalismus, S. 145.

⁴⁵ Vgl. Peter A. Bruck, Günther Stocker, Die ganz normale Vielfältigkeit des Lesens. Zur Rezeption von Boulevardzeitungen, LIT Verlag 2002 (2. überarbeitete Auflage) (Medien & Kommunikation; 23), S. . 28 – 31.

Die „Kronenzeitung“ gilt in Österreich als DAS Boulevardmedium und wird in sämtlichen Boulevardjournalismusdefinitionen als Beispiel angeführt.

3.1.2.) *Qualitätsjournalismus*

Eine einheitliche Definition von Qualitätsjournalismus gibt es nicht, dadurch wird die Begriffsbestimmung durchaus erschwert. Die einfachste Definition von Qualitätszeitung ist jene, dass sie genau das Gegenteil zu einer Boulevardzeitung ist. Sprachlich unterscheidet sich die Qualitätszeitung von der Boulevardzeitung dahingehend, dass sie nicht die Alltagssprache in ihrer Darstellung verwendet sondern eine sozusagen gehobenere Sprache, damit ist gemeint, dass der Fokus in der Berichterstattung nicht auf Gefühlen sondern auf Faktizität liegt. Ebenso wird das Publikum nicht mit einer Bilderflut konfrontiert, sondern es werden zumeist nur Bilder verwendet, die in einem direkten Bezug zur Nachricht stehen. Thematisch liegt der Schwerpunkt in Qualitätsmedien in der politischen Berichterstattung, Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft. Hingegen fehlen gänzlich Berichte über Prominente, Sportberichte sind nur marginal vertreten.

Aus dieser Definition von Qualitätsmedien geht deutlich hervor, dass „Die Presse“ in dieser Sparte einzuordnen ist. Der „Kurier“ stellt meiner Meinung nach ein Zwischenmedium dar, er ist für mich nicht eindeutig in eine der beiden Kategorien einzuordnen.

In weiterer Folge wird nun der Umgang Österreichs mit der nationalsozialistischen Vergangenheit seit 1945 kurz skizziert. Außerdem wird versucht, die Begriffsproblematik im Themenfeld „Gedächtnispolitik“ zu beschreiben.

4.) Erinnerungskultur in Österreich nach 1945

Im Folgenden wird der Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit in Österreich nach 1945 zwecks eines besseren Verständnisses der Gedenkveranstaltungen der Jahre 1988 und 2005 skizziert. Zuvor jedoch soll noch auf die Begriffsproblematik näher eingegangen werden.

4.1.) Begriffsproblematik

Seit dem Ende des 20. Jahrhunderts ist ein Anstieg an Forschungsarbeiten zur Thematik „Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit“ zu erkennen, wobei hier mit unterschiedlichen Begrifflichkeiten gearbeitet wird und diese sehr inflationär und oftmals auch synonym verwendet werden. Ich möchte einige der Bezeichnungen im Folgenden erläutern wodurch deren unterschiedliche Bedeutung sichtbar werden soll und hoffentlich auch klar wird, warum ich den Begriff „Erinnerungskultur“ als Oberbegriff für dieses Kapitel gewählt habe.

4.1.1.) Erinnerungskultur

Dieses Konzept prägt die wissenschaftliche Forschung seit den 1990er Jahren und wird von Christoph Cornelißen als Oberbegriff für „alle denkbaren Formen der bewussten Erinnerung an historische Ereignisse, Persönlichkeiten und Prozesse“⁴⁶ definiert. Träger dieser Erinnerungskultur sind neben einzelnen Personen und sozialen Gruppen auch Staaten oder Nationen. Für Cornelißen sind in diesem Konzept sämtliche Formen der Aneignung des Wissens über die Vergangenheit gleichwertig und gleichrangig. Aus

⁴⁶ Christoph Cornelißen, Was heißt Erinnerungskultur? Begriff – Methoden – Perspektiven, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, Friedrich Verlag 2003/10 (54. Jahrgang), S. 548 – 563, hier S. 555.

diesem Grund werden sowohl Texte, Bilder, Darstellungen als auch Denkmäler, Feste oder Riten als Quellen zur Erforschung der Erinnerung herangezogen.⁴⁷

4.1.2.) *Geschichtspolitik*

Claus Leggewie und Erik Meyer definieren in ihrer Darstellung über die Entstehung des „Holocaust-Mahnmals“ in Berlin Geschichtspolitik als „jedes politische Handeln, das sich deutend auf die (vor allem jüngere) Geschichte eines politischen Gemeinwesens bezieht und dazu verbindliche Entscheidungen trifft“.⁴⁸

Für Petra Bock und Edgar Wolfrum ist das vordergründige Interesse der Geschichtspolitik die „öffentliche Konstruktion von Geschichts- und Identitätsbildern“. Nicht die justizielle Aufarbeitung steht im Fokus dieses Verständnisses, sondern wie über die eigene gemeinsame Vergangenheit versucht wird eine Identität zu konstruieren.⁴⁹

Günther Sandner hingegen verwendet Geschichtspolitik als eine Art Überbegriff über Vergangenheitspolitik, für ihn stehen diese zwei Begriffe in einem hierarchischen Verhältnis zueinander. Kurz gesagt meint die Geschichtspolitik nach Sandner die politische Instrumentalisierung von Geschichte und deren Bedeutung.⁵⁰

Jens Kroh verweist in seiner Darstellung über Transnationale Erinnerung auf die Unterscheidung zwischen symbolischer und materieller Geschichtspolitik.⁵¹ Die symbolische Geschichtspolitik, die auch kurz als politisch-instrumentelle Dimension

⁴⁷ Vgl. Cornelißen, Was heißt Erinnerungskultur?, S. 555. Siehe auch: Christoph Cornelißen, Erinnerungskulturen, Version: 1.0 in: Docupedia-Zeitgeschichte, 11.2.2010, S. 1 -2, <http://docupedia.de/zg/Erinnerungskulturen> (Stand: 19.12.2011).

⁴⁸ Claus Leggewie, Erik Meyer, „Ein Ort, an den man gerne geht“. Das Holocaust-Mahnmal und die deutsche Geschichtspolitik nach 1989, Carl Hanser Verlag München/Wien 2005, S. 14 – 15.

⁴⁹ Vgl. Petra Bock, Edgar Wolfrum, Einleitung, in: Petra Bock, Edgar Wolfrum (Hg.), Umkämpfte Vergangenheit. Geschichtsbilder, Erinnerung und Vergangenheitspolitik im internationalen Vergleich, Vandenhoeck & Ruprecht Göttingen 1999, S. 7 – 14, hier S. 8

⁵⁰ Vgl. Günther Sandner, Hegemonie und Erinnerung: Zur Konzeption von Geschichts- und Vergangenheitspolitik, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP), Facultas WUV Verlag Wien 2001/1 (30. Jahrgang), S. 5 – 17, hier S. 7.

⁵¹ Vgl. Jens Kroh, Transnationale Erinnerung. Der Holocaust im Fokus geschichtspolitischer Initiativen, Campus Verlag Frankfurt am Main 2006, S. 47 – 48.

bezeichnet wird, meint einerseits, dass politische Akteurinnen und Akteure durch ihre Selbstdarstellung ihre eigene Perspektive auf ein historisches Ereignis spiegeln und andererseits, dass durch die mediale Verbreitung dieser Inszenierung der politischen Person die Wichtigkeit unterstrichen wird. Eine solche Inszenierung kann die Kranzniederlegung bei einer Gedenkveranstaltung ebenso sein wie die politische Rede über die eigene Vergangenheit. Die materielle Geschichtspolitik, auch politisch-administrative Dimension genannt, ist gekennzeichnet vom Zusammenarbeiten unterschiedlicher Akteurinnen und Akteure, die nicht alle nur aus dem politischen Bereich stammen müssen, und meint zumeist die administrativen Beratungen oder Verhandlungen. So fallen in diesen Bereich der Geschichtspolitik beispielsweise Abstimmungen im Parlament betreffend die Errichtung von Denkmälern und Abhaltung von Gedenkveranstaltungen.

4.1.3.) Vergangenheitsbewältigung

Claus Leggewie und Erik Meyer zufolge meint Vergangenheitsbewältigung die Aufarbeitung und Deutung von Untaten und/oder Verbrechen der Vergangenheit der Gesellschaft beim Übergang in ein demokratisches System.⁵² Diese Definition steht meiner Meinung nach in einer engen Verbindung mit dem Begriff der Vergangenheitspolitik von Norbert Frei.

Günther Sandner unterscheidet in seinem Aufsatz „Hegemonie und Erinnerung“ drei verschiedene Ebenen. Einerseits ist die Rede von der unbewältigten Vergangenheit, die sich explizit auf die Zeit des Nationalsozialismus bezieht, und einen „Prozess der kollektiven Verdrängung und Verleugnung beschreibt“ und andererseits ist damit eine kritische Auseinandersetzung und Aufarbeitung der eigenen Geschichte gemeint. Diese positive Variante der Bedeutung hat zum Ziel eine moralische Reflexion der Geschehnisse und die Entwicklung eines Demokratiebewusstseins in einer Gesellschaft. Schlussendlich, als dritte Version, sieht Sandner Vergangenheitsbewältigung als einen Kampf um kulturelle Hegemonie, welche darüber entscheidet was wie erinnert wird.⁵³

⁵² Vgl. Leggewie, Meyer, Ort, S. 15 – 16.

⁵³ Vgl. Sandner, Hegemonie, S. 6 und 14.

Walter Manoschek und Thomas Geldmacher verstehen in ihrem Handbuchbeitrag zur „Vergangenheitspolitik“ unter Vergangenheitsbewältigung „den ethisch-moralischen Umgang einer Gesellschaft mit historisch belasteter Vergangenheit“ oder anders gesagt, die gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzung mit einem totalitären politischen System.⁵⁴

4.1.4.) *Vergangenheitspolitik*

Diese Bezeichnung prägte Norbert Frei in seinen Untersuchungen zu den Anfängen der Bundesrepublik Deutschland und deren nationalsozialistischer Vergangenheit. Frei fasst diesen Begriff relativ eng, da er ihn auf einen zeitlich begrenzten Prozess der Amnestierungs- und Integrationspolitik der Bundesrepublik Deutschland gegenüber ehemaligen Nationalsozialistinnen und Nationalsozialisten anwendet. Er bezeichnet diese Phase als einen politischen Prozess mit hoher gesellschaftlicher Akzeptanz.⁵⁵ Den Begriff der Vergangenheitsbewältigung lehnt Frei ab, da er der Ansicht ist, dass dieser auf sämtliche politische Handlungen, die in Reaktion auf den Nationalsozialismus entstanden sind, bezogen wird.

Petra Bock und Edgar Wolfrum verstehen Vergangenheitspolitik ähnlich wie Frei als eine politische Dimension der Aufarbeitung jedoch konzentrieren sie diese auf sämtliche diktatorischen Vergangenheiten und nicht nur auf den Nationalsozialismus. Für Bock und Wolfrum gehören neben den Elementen „Bestrafung“ und „Disqualifikation“ auch die „Restitution“ zur Vergangenheitspolitik. Ihr Hauptaugenmerk liegt auf der Frage, wie mit den zurückgebliebenen Personen und materiellen Einrichtungen nach dem Systemwechsel umgegangen werden soll. Im Zentrum dieser Definition stehen somit politische, justizielle und legislative Maßnahmen.⁵⁶

⁵⁴ Walter Manoschek, Thomas Geldmacher, Vergangenheitspolitik, in: Herbert Dachs, Peter Gerlich, Herbert Gottweis et. al. (Hg.), Politik in Österreich. Das Handbuch, MANZ'sche Verlagsbuchhandlung Wien 2006, S. 577 – 593, hier S. 577.

⁵⁵ Vgl. Norbert Frei, Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, C.H.Beck Verlag München²1996, S. 13 – 17.

⁵⁶ Vgl. Bock, Wolfrum, Einleitung, S. 7 – 8.

Ruth Wodak und Hannes Heer interpretieren die Definition von Vergangenheitspolitik von Petra Bock und Edgar Wolfrum dahingehend, dass das Ziel dieser die „Sinnkonstruktion nationaler Vergangenheit“, ein Brückenschlag von der Vergangenheit in die Gegenwart mit verbindenden Elementen ist. Dieser Konstruktionsprozess ist nicht ein einmaliges friedliches Ereignis sondern verändert sich permanent und ist von Konflikten gekennzeichnet.⁵⁷

Siegfried Mattl versteht in seiner Analyse der 1930er Jahre in Österreich unter Vergangenheitspolitik die „Anerkennung von Schuld“ und die „freiwillige Übernahme von Verantwortung für vergangene Untaten“.⁵⁸

Die Definition von Günther Sandner ist ähnlich jener von Petra Bock und Edgar Wolfrum, jedoch ist für ihn nicht nur der politische und justizielle Umgang mit der diktatorischen Vergangenheit einer demokratischen Gesellschaft von Bedeutung sondern ebenso deren kultureller Umgang.⁵⁹

Walter Manoschek und Thomas Geldmacher verstehen Vergangenheitspolitik als einen Sammelbegriff, der sämtliche Tätigkeiten, welche demokratische Systeme und Gesellschaften zur Auseinandersetzung mit der nicht-demokratischen Vergangenheit des Vorgängersystems betreiben, bezeichnet. Demnach erfolgt immer eine Deutung und Interpretation der eigenen Vergangenheit unter der aktuell gegebenen politischen Situation.⁶⁰ Walter Manoschek und Thomas Geldmacher orientieren sich in ihrer Definition von Vergangenheitspolitik an den Ausführungen von Petra Bock und Edgar Wolfrum, die bereits erläutert wurden.

⁵⁷ Vgl. Hannes Heer, Ruth Wodak, Kollektives Gedächtnis. Vergangenheitspolitik. Nationales Narrativ, in: Hannes Heer, Walter Manoschek, Alexander Pollak, Ruth Wodak (Hg.), *Wie Geschichte gemacht wird. Zur Konstruktion von Erinnerungen an Wehrmacht und Zweiten Weltkrieg*, Czernin Verlag Wien 2003, S. 12 – 23, hier S. 19.

⁵⁸ Siegfried Mattl, Vergangenheitspolitik und Geschichtsrevisionismus – Februaraufstand 1934, Dollfuß-Mord und Austrofaschismus, in: Florian Wenninger, Paul Dvořak, Katharina Kuffner (Hg.), *Geschichte macht Herrschaft. Zur Politik mit dem Vergangenen*, Braumüller Wien 2007 (Studien zur politischen Wirklichkeit; 19), S. 215 – 226, hier S. 215.

⁵⁹ Vgl. Sandner, *Hegemonie*, S. 7.

⁶⁰ Vgl. Manoschek/Geldmacher, *Vergangenheitspolitik*, S. 577.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Erinnerung an die Vergangenheit, die Aufarbeitung und der Umgang mit dieser wichtige politische und gesellschaftliche Funktionen haben. Sie sind Teil der Herausbildung einer gemeinsamen Geschichte und eines Zusammengehörigkeitsgefühls. Gleichzeitig zeigen die unterschiedlichen Begriffsdefinitionen, dass sich alle Bezeichnungen in manchen Punkten ähnlich sind und/oder überschneiden, was möglicherweise auch der Grund für deren inflationäre beziehungsweise synonyme Verwendung ist. Außerdem wurde dadurch deutlich, dass es wichtig ist, vorab sich darüber im Klaren zu sein, welchen Aspekt man behandeln will und danach auch die Begriffsbezeichnung auswählt.

Nach dieser kurzen Darstellung der Begriffsproblematik wird nun in weiterer Folge die Situation der Republik Österreich nach 1945 betreffend der nationalsozialistischen Vergangenheit in geraffter Form skizziert.

4.2.) Die nationalsozialistische Vergangenheit in der Republik Österreich

Für das Themenfeld „Gedächtnispolitik in Österreich“ ist es mittlerweile fast unmöglich einen Überblick über die gesamte Forschungsliteratur zu erhalten, da dieses Themengebiet seit spätestens Anfang der 1990er Jahre einen bis heute anhaltenden Boom erlebt. Aus diesem Grund sind die Basis meiner weiteren Ausführungen nun vor allem der Handbuchbeitrag „Vergangenheitspolitik“ von Walter Manoschek und Thomas Geldmacher⁶¹, die Dissertationen von Siegfried Göllner⁶² beziehungsweise Christine Axer⁶³.

Die zeitliche Gliederung wurde aus dem Handbuchartikel von Walter Manoschek und Thomas Geldmacher übernommen und leicht modifiziert.

⁶¹ Vgl. Manoschek/Geldmacher, Vergangenheitspolitik, S. 577 – 593.

⁶² Siegfried Göllner, Die politischen Diskurse zu „Entnazifizierung“, „Causa Waldheim“ und „EU-Sanktionen“. Opfernarrative und Geschichtsbilder in Nationalratsdebatten, Kovač Verlag Hamburg 2009.

⁶³ Christine Axer, Die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit. Deutschland und Österreich im Vergleich und im Spiegel der französischen Öffentlichkeit, Böhlau Verlag Köln/Weimar/Wien 2011.

Seit der „Unabhängigkeitserklärung“ vom 27. April 1945 ist der Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit elementarer Bestandteil der österreichischen Politik. Konzentrierte sich nach dem Zweiten Weltkrieg die österreichische Politik völlig auf die Opferrolle Österreichs so erfolgten ab Mitte der 1980er Jahre ein Umdenken und die Neubewertung der eigenen nationalsozialistischen Vergangenheit.

Die Grundlage für die Meistererzählung des „Opfermythos“ bildete die Moskauer Deklaration vom 1. November 1943. In diesem Dokument der alliierten Außenminister der Sowjetunion, Großbritanniens und der USA wurde Österreichs Rolle während der Zeit des Nationalsozialismus beurteilt. So heißt es dort zwar, dass Österreich, das erste freie Land war, welches der hitlerschen Aggressionspolitik zum Opfer fiel und der „Anschluss“ für „null und nichtig“ erklärt wird, jedoch wird gleichzeitig betont, dass Österreich auch eine Verantwortung für die Beteiligung auf nationalsozialistischer Seite am Zweiten Weltkrieg trägt.⁶⁴ Auf diese Deklaration wird in der „Unabhängigkeitserklärung“ auch explizit wörtlich Bezug genommen wobei versucht wird sich als kollektives Opfer darzustellen wenn es dort heißt, dass das österreichische Volk in einen Eroberungskrieg geführt wurde „den kein Österreicher jemals gewollt hat jemals vorauszusehen oder gutzuheißen imstand [...] war.“⁶⁵ Heidemarie Uhl zufolge wurden die Jahre der nationalsozialistischen Herrschaft als Fremdherrschaft gesehen, in der der Staat Österreich nicht bestand, da er 1938 gewaltsam besetzt wurde, und erst 1945 mit Beteiligung des österreichischen Widerstandes wieder befreit wurde.⁶⁶ Von Seiten der österreichischen Regierungen als auch der Bevölkerung wurde auf die „Opferthese“ bis in die Mitte der 1980er Jahre Bezug genommen.

Dieser „Opfermythos“ bildete außerdem die Grundlage für die Entstehung einer österreichischen Identität, welche in bewusster Abgrenzung gegenüber Deutschland erfolgte. Es wurde sozusagen der „österreichische Patriotismus“ und das „Kleinstaatsdasein“ betont, ein Österreichbild mit Konzentration auf die Barockkultur, die Musikalität und Volkstümlichkeit der Bevölkerung gezeichnet.⁶⁷

⁶⁴ Vgl. Manoschek/Geldmacher, Vergangenheitspolitik, S. 578 bzw. Göllner, Diskurse, S. 21 und Axer, Aufarbeitung, S. 177 – 178.

⁶⁵ Proklamation über die Selbständigkeit Österreichs, Nr. 1, in: Staatsgesetzblatt für die Republik Österreich, Jg. 1945, 1. Stück, 1. Mai 1945, S. 1 – 2, hier S. 1.

⁶⁶ Vgl. Heidemarie Uhl, Das „erste Opfer“. Der österreichische Opfermythos und seine Transformationen in der Zweiten Republik, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP), Facultas WUV Verlag Wien 2001/1 (30. Jahrgang), S. 19 – 34, hier S. 21.

⁶⁷ Vgl. Göllner, Diskurse, S. 20.

4.2.1.) 1945 – 1955: Von der Entnazifizierung zur Integration

Die erste Phase ist gekennzeichnet von einer harten, aber gleichzeitig sehr kurzen Periode der Entnazifizierung die schlussendlich in eine großzügige Amnestierungspolitik beziehungsweise Integration von ehemals nationalsozialistisch gesinnten Personen in die Gesellschaft mündet.

Grundlegend für die Entnazifizierung waren das Verbotsgesetz vom 8. Mai 1945 und das Kriegsverbrechergesetz vom 26. Juni 1945, welche beide Verfassungsgesetze sind. Durch das Verbotsgesetz wurden die NSDAP sowie sämtliche nationalsozialistischen Organisationen und Einrichtungen aufgelöst und deren Wiedererrichtung beziehungsweise Wiederbetätigung verboten. Außerdem wurde die Registrierungspflicht beschlossen, wonach sämtliche Personen, die ihren ordentlichen Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt in der Republik Österreich hatten und während der Zeit von 1. Juli 1933 bis 27. April 1945 Mitglied der NSDAP waren oder einem ihrer Wehrverbände angehörten sowie alle Parteianwärter, sich in Listen registrieren lassen mussten. Gleichzeitig fanden sich im Verbotsgesetz Bestimmung betreffend „Illegaler“, damit sind Personen gemeint, die bereits vor dem „Anschluss“ Mitglied der NSDAP waren und dadurch als schwer belastet galten, und der Errichtung beziehungsweise Tätigkeitsbestimmung der Volksgerichte, die für die Verurteilung strafbarer Handlungen nach dem Verbotsgesetz zuständig waren.⁶⁸ Strafrechtliche Konsequenzen waren einerseits der Entzug politischer Rechte, Berufsverbote und andererseits finanzielle Sühneleistungen. Da ein Grossteil der Bevölkerung von diesem Gesetz betroffen war erfolgten relativ rasch einige Novellierungen dessen. Ab 1947 wurde zwischen „Belasteten“, womit Funktionäre des Regimes und aktive NationalsozialistInnen gemeint waren, und „Minderbelasteten“, welche das aktive Wahlrecht wieder erhielten, unterschieden.⁶⁹

⁶⁸ Vgl. Verfassungsgesetz vom 8. Mai 1945 über das Verbot der NSDAP (Verbotsgesetz), Nr. 18, in: Staatsgesetzblatt für die Republik Österreich, Jg. 1945, 4. Stück, 6. Juni 1945, S. 19 – 22.

⁶⁹ Vgl. Bundesverfassungsgesetz vom 6. Februar 1947 über die Behandlung von Nationalsozialisten (Nationalsozialistengesetz), Nr. 25, in: Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich, Jg. 1947, 8. Stück, 17. Februar 1947.

Das Kriegsverbrechergesetz, wie der Name schon sagt, enthält Bestimmungen betreffend der strafrechtlichen Ahnung von Kriegsverbrechen beziehungsweise definiert die verschiedenen strafbaren Delikte.⁷⁰

Mit der einsetzenden Amnestierungspolitik 1948 begann die Phase der Integration und des Werbens aller politischen Parteien um ein neues Wählerpotential, da die große Zahl der „Minderbelasteten“, welche bei der Nationalratswahl 1949 wieder wählen durften, mehrheitsentscheidend sein konnte. Die Folge war ein regelhafter Wettlauf um Wählerstimmen und Parteimitgliedschaften der „Ehemaligen“.

Da im Selbstverständnis des offiziellen Österreichs Mitschuld und/oder Mitverantwortung an den nationalsozialistischen Verbrechen keine Rolle spielte und davon ausgegangen wurde, dass der Staat Österreich nicht existierte, sahen sich die politischen Eliten auch nicht für Entschädigungsleistungen verpflichtet.

Das 1947 beschlossene Opferfürsorgegesetz unterscheidet zwischen „aktiven“, jene Personen, die aktiven Widerstand geleistet haben, und „passiven“ Opfern des Nationalsozialismus, jene Personen, die wegen ihrer Abstammung, Religion, Nationalität oder aus politischen Gründen verfolgt wurden. Aktive Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer erhielten eine Amtsbescheinigung, die zu Rentenzahlungen und verschiedenen Begünstigungen berechtigte, der andere Personenkreis von Opfern erhielt lediglich einen Opferausweis.⁷¹ Diese unterschiedliche Anspruchsberechtigung sollte bis 1949 aufrecht bleiben.

⁷⁰ Vgl. Verfassungsgesetz vom 26. Juni 1945 über Kriegsverbrechen und andere nationalsozialistische Untaten (Kriegsverbrechergesetz), Nr. 32, in: Staatsgesetzblatt für die Republik Österreich, Jg. 1945, 10. Stück, 28. Juni 1945, S. 55 – 57.

⁷¹ Vgl. Bundesgesetz vom 4. Juli 1947 über die Fürsorge für die Opfer des Kampfes um ein freies, demokratisches Österreich und die Opfer politischer Verfolgung (Opferfürsorgegesetz), Nr. 183, in: Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich, Jg. 1947, 39. Stück, 1. September 1947, S. 821 – 826.

4.2.2.) 1955 – 1986: Zwischen Tabuisierung und Skandalisierung

Dieser relativ lange Zeitabschnitt ist gekennzeichnet von einer Bekräftigung der „Opferthese“ und jeglicher Zurückweisung von Schuld und Verantwortung an nationalsozialistischen Verbrechen. So wurde der Nationalsozialismus als ein Teil der deutschen und nicht der österreichischen Geschichte diskutiert.

Der 15. Mai 1955 und die Unterzeichnung des Staatsvertrages gelten als einer der identitätsstiftenden Faktoren Österreichs. Die Mehrheit der österreichischen Bevölkerung verbindet mit diesem Datum den mittlerweile legendären Satz „Österreich ist frei!“ von Leopold Figl, nachdem der Staatsvertrag unterzeichnet worden war. Mit der Befreiung von jeglicher alliierter Kontrolle wurde das österreichische Selbstbildnis vom „ersten Opfer“ weiter gestärkt und die Integration der „Ehemaligen“ weiter betrieben. Im Dezember 1955 wurde schließlich die Auflösung der Volksgerichte beschlossen und 1957 folgte eine Generalamnestie, wodurch die Bestimmungen des Nationalsozialistengesetzes gänzlich aufgehoben oder abgeändert wurden.⁷² Diese Maßnahmen kamen einem Abschluss der Entnazifizierung gleich.

Die Periode von 1955 bis Anfang der 1970er Jahre kann auch als Phase der Tabuisierung oder Verdrängung bezeichnet werden. In dieser Zeit rückten andere politische und gesellschaftliche Themen ins Interesse der Öffentlichkeit beziehungsweise Bevölkerung, teilweise ist auch die Rede vom „Schlussstrich ziehen“.

Die 1970er Jahre können als Phase der politischen Konflikte in der Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit beschrieben werden, in diesen Zeitabschnitt fallen auch die so genannten „Kreisky-Wiesenthal-Affäre“ und die „Kreisky-Peter-Wiesenthal-Affäre“. Dieser Konflikt fand jedoch nicht zwischen der Österreichischen Volkspartei und der Sozialdemokratischen Partei Österreichs statt, sondern wurde von zivilgesellschaftlichen Gruppen, Einzelpersonen wie Simon

⁷² Vgl. Bundesverfassungsgesetz vom 14. März 1957, womit Bestimmungen des Nationalsozialistengesetzes, BGBl. Nr. 25/1947, abgeändert oder aufgehoben werden (NS-Amnestie 1957), Nr. 82, in: Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich, Jg. 1957, 24. Stück, 29. März 1957, S. 607 – 616.

Wiesenthal und vor allem ausländischen Medien getragen. Erst die Diskussion um Kurt Waldheim war der Anlassgrund für eine neue gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzung um die nationalsozialistische Vergangenheit.

4.2.3.) 1986 – 2005: Die Erosion der Opferthese

Mit der so genannten „Affäre Waldheim“ begann in der breiten Öffentlichkeit und Politik eine Diskussion und Neubewertung der nationalsozialistischen Vergangenheit. Die Folge dieser differenzierten Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus führte schließlich zur Erodierung der Opferthese und zum Bekenntnis zur Mitverantwortung an nationalsozialistischen Verbrechen. Die Periode des Nationalsozialismus beziehungsweise des Zweiten Weltkrieges wird seitdem als ein Teil der eigenen, österreichischen Geschichte gesehen und nicht mehr als ausschließlicher Bestandteil der deutschen Vergangenheit.

Die beiden Erklärungen vom damaligen Bundeskanzler Franz Vranitzky 1991 im Nationalrat und 1993 in Jerusalem können als erstes offizielles Bekenntnis der Republik Österreich zur Mitverantwortung und Mitschuld an nationalsozialistischen Verbrechen verstanden werden. Die Folge davon waren verschiedene gesetzliche Änderungen betreffend des Staatsbürgerschaftsgesetzes und Opferfürsorgegesetzes. So konnten einerseits vertriebene Personen wieder die österreichische Staatsbürgerschaft beantragen ohne ihre aktuelle Staatsbürgerschaft aufgeben zu müssen⁷³ und andererseits wurden die bisher ignorierten Opfergruppen „Sinti und Roma“ oder „Kärntner Slowenen“ anerkannt.

⁷³ Vgl. Bundesgesetz, mit dem das Staatsbürgerschaftsgesetz 1985 geändert wird (StbG-Novelle 1993), Nr. 521, in: Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich, Jg. 1993, 190. Stück, 30. Juli 1993.

Die Anerkennung einer moralischen Mitverantwortung hatte die Errichtung des Nationalfonds für die Opfer des Nationalsozialismus 1995⁷⁴, des „Versöhnungsfonds“ zur Entschädigung von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern 2000⁷⁵ und des Allgemeinen Entschädigungsfonds für Opfer des Nationalsozialismus 2001⁷⁶ zur Folge. Der Nationalfonds leistet eine symbolische Zahlung, eine Geste, an Opfer des Nationalsozialismus.⁷⁷ Der Versöhnungsfonds leistete freiwillige Zahlungen an Opfer der nationalsozialistischen Zwangsarbeit und hat mit 31. Dezember 2005 seine Arbeit beendet.⁷⁸ Der Allgemeine Entschädigungsfonds unterscheidet sich vom Nationalfonds dahingehend, dass nun sowohl überlebende Opfer des Nationalsozialismus antragsberechtigt sind als auch deren Erbinnen und Erben.⁷⁹ Zur Auszahlung aus dem Allgemeinen Entschädigungsfonds war die so genannte „Rechtssicherheit“, die erst nach Abweisung der letzten Sammelklage in den USA gegeben war, Voraussetzung. Auf diese Problematik wird in der Analyse der Zeitungsausschnitte noch genauer eingegangen werden.

1998 wurde von der damaligen Bundesregierung eine Historikerkommission eingesetzt. Diese sollte den Vermögensentzug auf dem Gebiet der Republik Österreich während der NS-Zeit und die Rückstellungs- und Entschädigungsleistungen der Republik Österreich seit 1945 untersuchen. 2003 beendete die Kommission ihre Tätigkeit mit der Übergabe eines Abschlussberichtes. Die Ergebnisse wurden in einer 49-bändigen Dokumentation veröffentlicht.⁸⁰

⁷⁴ Vgl. Bundesgesetz über den Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus, Nr. 432, in: Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich, Jg. 1995, 136. Stück, 30. Juni 1995, S. 6257 – 6259.

⁷⁵ Vgl. Bundesgesetz über den Fonds für freiwillige Leistungen der Republik Österreich an ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeiter des nationalsozialistischen Regimes (Versöhnungsfonds-Gesetz), Nr. 74, in: Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich, Jg. 2000, Teil 1, 8. August 2000.

⁷⁶ Vgl. Bundesgesetz über die Errichtung eines Allgemeinen Entschädigungsfonds für Opfer des Nationalsozialismus und über die Restitutionsmaßnahmen (Entschädigungsfondsgesetz) sowie zur Änderung des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes und Opferfürsorgegesetzes, Nr. 12, in: Bundesgesetzblatt der Republik Österreich, Jg. 2001, Teil 1, 28. Februar 2001.

⁷⁷ Für weitere Informationen siehe: Homepage des Nationalfonds und Allgemeinen Entschädigungsfonds, <http://de.nationalfonds.org/sites/dynamicad99.html?rub=60> (Stand: 19.12.2011).

⁷⁸ Für weitere Informationen siehe: Homepage des Versöhnungsfonds: <http://www.versoennungsfonds.at/> (Stand: 19.12.2011).

⁷⁹ Für weitere Informationen siehe: Homepage des Nationalfonds und Allgemeinen Entschädigungsfonds, <http://de.nationalfonds.org/sites/dynamic87bb.html?rub=61> (Stand: 19.12.2011.).

⁸⁰ Für genauere Informationen siehe: Homepage der Historikerkommission: http://www.historikerkommission.gv.at/deutsch_home.html (Stand: 19.12.2011).

Im „Gedankenjahr“ 2005 wurde das „Anerkennungsgesetz“ beschlossen womit auch eine Novellierung des Opferfürsorgegesetzes erfolgte, wodurch nun auch Homosexuelle, Opfer medizinischer Versuche und verfolgte Personen mit geistiger oder körperlicher Beeinträchtigung als anerkannte anspruchsberechtigte Opfer gelten.⁸¹ Während der Diskussion bezüglich der Aufhebung von Urteilen gegen Deserteure und andere Opfer der nationalsozialistischen Militärjustiz kam es zu heftigen Auseinandersetzungen, die in der so genannten „Affäre Kampl“, welche in der Analyse der Zeitungsausschnitte genauer behandelt wird, gipfelten.

Neben dem „Anerkennungspaket“ wurde gleichzeitig ein Gesetz über Entschädigungszahlungen für die so genannten „Trümmerfrauen“ erlassen.⁸² Diesem Gesetz stimmte die Opposition jedoch nicht zu, da ihrer Ansicht nach dieser Beschluss eine Gleichsetzung der Opfer des Krieges und der Opfer des Nationalsozialismus wäre. Oder anders formuliert, da dieses Gesetz zum gleichen Zeitpunkt beschlossen wurde wie das „Anerkennungsgesetz“ entsteht mitunter der Eindruck, als würde das eine Gesetz ohne das andere Gesetz keine Zustimmung finden, als wäre für die Entschädigung von Opfern des Nationalsozialismus die Entschädigung von Kriegsoffizieren Bedingung. Auch auf diese Situation wird in der Analyse der medialen Berichterstattung noch eingegangen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das offizielle Österreich ebenso wie die Bevölkerung über einen langen Zeitraum hinweg die eigene nationalsozialistische Vergangenheit sehr einseitig interpretiert hat. Erst im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts setzte ein Umdenkprozess ein, der vielleicht auch mit einem Generationenwechsel, dem „Wegsterben“ der Kriegsgeneration und einem Aufbruch in der wissenschaftlichen Forschung zum Themenfeld „Gedächtnispolitik und Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit“ erklärbar ist.

⁸¹ Vgl. Bundesgesetz, mit dem ein Bundesgesetz über die Anerkennung der Leistungen im österreichischen Widerstand sowie zur abschließenden Beseitigung nationalsozialistischer Unrechtsakte erlassen, das Opferfürsorgegesetz geändert und ein Bundesgesetz, mit dem aus Anlass des 60. Jahrestages der Befreiung Österreichs von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft eine einmalige Zuwendung (Befreiungs-Erinnerungszuwendung) für Widerstandskämpfer und Opfer der politischen Verfolgung sowie deren Hinterbliebene geschaffen wird (Anerkennungsgesetz 2005), Nr. 86, in: Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich, Jg. 2005, Teil 1, 10. August 2005.

⁸² Vgl. Bundesgesetz, mit dem eine einmalige Zuwendung für Frauen als Anerkennung für ihre besonderen Leistungen beim Wiederaufbau der Republik Österreich geschaffen wird, Nr. 89, in: Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich, Jg. 2005, Teil 1, 10. August 2005.

In weiterer Folge versuche ich nun den politischen Diskurs des Jahres 1988 in der medialen Darstellung anhand von drei ausgewählten überregionalen österreichischen Tageszeitungen darzustellen.

5.) Der politische Diskurs des „Bedenkjahres“ 1988 in der medialen Darstellung

In diesem Abschnitt soll nun anhand der Analyse dreier überregionaler österreichischen Tageszeitungen der politische Diskurs des Gedenkjahres 1988 nachgezeichnet werden. Hierzu wird jeweils die mediale Darstellung in der „Kronenzeitung“, im „Kurier“ und der „Presse“ während des gesamten Kalenderjahres 1988 untersucht. Es werden sowohl Textausschnitte als auch abgedruckte Bilder interpretiert.

Das Etikett „Bedenkjahr“ meint einerseits ein Gedenken der Opfer des Nationalsozialismus andererseits ein gleichzeitiges Nachdenken über den Umgang mit der eigenen nationalsozialistischen Vergangenheit als Republik Österreich beziehungsweise als Gesellschaft.

Allgemein lässt sich sagen, dass das Gedenkjahr 1988⁸³ geprägt war von der Auseinandersetzung mit der „Affäre Waldheim“ und das Gedenken beziehungsweise die Erinnerung an das Jahr 1938, welches den Bezugspunkt des Gedenkjahres darstellte, relativ stark in den Hintergrund der medialen Berichterstattung trat. Dies lässt den Schluss zu, dass auch in der politischen beziehungsweise gesellschaftlichen Diskussion die Causa Waldheim mehr Raum einnahm als eine kritische Auseinandersetzung mit dem Jahr 1938. Ein weiteres Indiz für eine sehr selektive Interpretation der Zeit des Nationalsozialismus wird meines Erachtens auch in der Diskussion um die Errichtung eines Mahnmals gegen Krieg und Faschismus am Albertinaplatz in Wien beziehungsweise die Reaktionen auf die Aufführung des Dramas „Heldenplatz“ von Thomas Bernhard im Burgtheater.

Das Jahr 1938, insbesondere der März 1938 stellen einen negativen Referenzpunkt dar. Die Geschehnisse der Märztage sind keine, an welche sich die politische Elite und/oder die Bevölkerung der Republik Österreich gerne zurückerinnern. Trotzdem oder vielleicht gerade deswegen wurde von der Stadt Wien eine Ausstellung initiiert, welche

⁸³ Für eine detaillierte historische Darstellung und Analyse des Gedenkjahres 1988 siehe: Heidemarie Uhl, Zwischen Versöhnung und Verstörung. Eine Kontroverse um Österreichs historische Identität fünfzig Jahre nach dem „Anschluß“, Böhlau Verlag Wien/Köln/Weimar 1992 (Böhlau Zeitgeschichtliche Bibliothek; 17).

sich explizit mit der Situation der Stadt Wien im Jahr 1938 beschäftigt.⁸⁴ Ebenso erwähnenswert ist die Ausstellung „Zeitgeist wider den Zeitgeist“, welche das Institut für Museologie an der Hochschule für angewandte Kunst zusammen mit dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung und dem Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport gestaltete und sich der Geschichte des Nationalsozialismus allgemein und im speziellen in Österreich widmet.⁸⁵

Die „Affäre Waldheim“, die eigentlich mit der Kandidatur Kurt Waldheims bei der Bundespräsidentenwahl 1986 begann, ist gekennzeichnet von der Diskussion über die Kriegsvergangenheit Waldheims und sein Umgang damit. Das öffentliche Aufsehen um die nationalsozialistische Vergangenheit des angehenden Staatsoberhauptes hatte zur Folge, dass eine international besetzte Historikerkommission⁸⁶ eingesetzt wurde und diese sich detailliert mit der Problematik befasste. Den Anstoß zur Einsetzung dieser gab Kurt Waldheim selbst, als er die Bundesregierung bat, eine solche zu installieren, damit seine nationalsozialistische Vergangenheit objektiv untersucht werden würde. So wurde am 4. Juli 1987 eine internationale Historikerkommission mit der Frage, ob ein schuldhaftes Verhalten an Kriegsverbrechen nachweisbar ist, beauftragt.⁸⁷ Auf eine detaillierte Schilderung der Ereignisse in diesem Zusammenhang wird verzichtet.⁸⁸ Lediglich wo es zum Verständnis der Berichterstattung relevant erscheint wird genauer darauf eingegangen.

Ich beginne mit der Analyse der Beiträge in der „Kronenzeitung“, darauf folgt jene des „Kuriere“ und schließe dieses Kapitel mit der Auswertung der Darstellung in der „Presse“. Die Ergebnisse dieses Abschnittes werden in einem späteren Kapitel zum Vergleich mit den Ergebnissen der Analyse des Jahres 2005 herangezogen.

⁸⁴ Vgl. Ausstellungskatalog „Wien 1938“, herausgegeben vom Historischen Museum der Stadt Wien, Österreichischer Bundesverlag Wien 1988.

⁸⁵ Vgl. Ausstellungskatalog „Zeitgeist wider den Zeitgeist“, herausgegeben von Hochschule für angewandte Kunst in Wien, Wien 1987.

⁸⁶ Hier wird keine geschlechtsneutrale Bezeichnung verwendet, da sämtliche Mitglieder dieser Kommission Männer waren.

⁸⁷ Vgl. Wodak/Menz et. al., Sprachen, S. 39 – 40.

⁸⁸ Für eine detaillierte Darstellung siehe: Göllner, Diskurse. Siehe auch: Barbara Tóth, Hubertus Czernin (Hg.), 1986. Das Jahr, das Österreich veränderte, Czernin Verlag Wien 2006. Wodak/Menz et. al., Sprachen.

5.1.) „Kronenzeitung“ 1988

Im Untersuchungszeitraum, welcher sich vom 1. Jänner 1988 bis zum 31. Dezember 1988 erstreckt, wurden insgesamt 52 Textbeiträge⁸⁹ hauptsächlich im Ressort „Politik“ gefunden, die für die Analyse von Relevanz sind. Bildliche Darstellungen, damit sind Fotografien gemeint, die direkt in Verbindung mit dem entsprechenden Textbeitrag stehen, waren hingegen nur marginal vertreten, nämlich genau acht Stück. Das folgende Diagramm lässt deutlich erkennen, dass der Monat Februar mit 27 gezählten Beiträgen den Höhepunkt der Berichterstattung bildet. Die Gründe hierfür werden später noch erläutert. Der erste relevante Artikel ist in der Ausgabe vom 2. Jänner 1988 zu finden und der letzte Beitrag ist vom 13. November 1988.

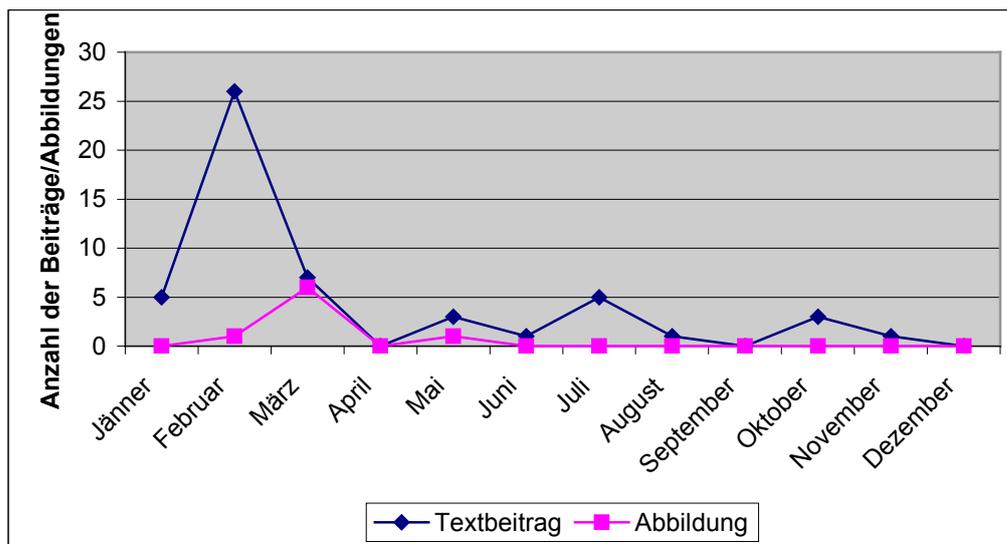


Abbildung 2: Datenmaterial „Kronenzeitung“ 1988

Die mediale Berichterstattung der ersten beiden Monate des Jahres 1988 ist gekennzeichnet von der Causa Waldheim und der Historikerkommission. Gleich der erste Artikel „Übt mehr Toleranz und glaubt an Österreich!“ von Dieter Kindermann am 2. Jänner 1988 nimmt Bezug auf das Gedenkjahr, indem über die Neujahrsansprachen

⁸⁹ Eine Auflistung sämtlicher Textbeiträge findet sich im Anhang.

von Bundespräsident Waldheim und Bundeskanzler Vranitzky, welche beide das Jahr 1938 direkt ansprechen, berichtet wird. Interessant ist, dass keiner von beiden auf Opfer- und/oder Täterrolle verweist sondern beide sich für mehr Toleranz und einem „nie wieder“ aussprechen. In den Neujahrsansprachen 1988 spielt die Frage nach einer Beteiligung und/oder Verantwortung an nationalsozialistischen Verbrechen keine Rolle. Dies steht ganz im Gegensatz zur Ansprache Kurt Waldheims beim Neujahrs-Empfang für das Diplomatische Corps. In dieser Rede spricht der Bundespräsident explizit die Mitschuld von Teilen der österreichischen Bevölkerung an. Gleichzeitig verweist er jedoch darauf, dass die internationale Staatengemeinschaft ebenso eine Mitverantwortung trägt, weil sie „einem kleinen Land gegen die Aggression einer übermächtigen Diktatur nicht beigestanden ist.“⁹⁰ Diese Formulierung lässt den Eindruck entstehen, dass Waldheim sich zwar zu einer Mitverantwortung Österreichs bekennt, da dies im ausgehenden 20. Jahrhundert nicht mehr zu leugnen ist, aber gleichzeitig der Verweis auf das kleine Land vermuten lässt, dass Österreich überhaupt keine andere Wahl hatte und von einem übermächtigen Gegner überrollt wurde.

Sämtliche weiteren Artikel, welche sich mit der Thematik Nationalsozialismus befassen, stehen in Verbindung mit den Anschuldigungen gegen Waldheim, er sei ein Kriegsverbrecher, und der internationalen Historikerkommission. Im Zentrum steht vor allem die Diskussion über angeblich neue Dokumente, die eine Kriegsschuld Waldheims beweisen sollen. Die sehr populistische Darstellung der Ereignisse in diesen Tagen lässt deutlich erkennen, dass die „Kronenzeitung in dieser politischen Debatte auf Seiten des Bundespräsidenten steht und durchaus das Verhalten der SPÖ kritisierte. Ein Beispiel hierfür ist der Artikel „Sozialisten wollen Bundespräsident Waldheim weiter schmoren lassen!“ von Peter Gnam vom 6. Februar 1988, in welchem berichtet wird, dass sich die SPÖ für ein Weiterarbeiten der Historikerkommission ausspricht, damit sämtliche Fragen beantwortet werden. Der gewählte Titel suggeriert meiner Meinung nach bereits die eher negativ gesinnte Haltung gegenüber der SPÖ (Sozialistische Partei Österreichs) in diesem Moment.⁹¹

⁹⁰ N.N., Waldheim: Keiner hat uns vor Hitlers Aggression geschützt, in: Kronenzeitung, 13.1.1988, S. 2. Siehe zum Vergleich: Dieter Kindermann, Übt mehr Toleranz und glaubt an Österreich!, in: Kronenzeitung, 2.1.1988, S. 2 – 3.

⁹¹ Vgl. Peter Gnam, Sozialisten wollen Bundespräsident Waldheim weiter schmoren lassen!, in: Kronenzeitung, 6.2.1988, S. 3.

Nachdem am 8. Februar 1988 der Endbericht der Historikerkommission dem Bundespräsidenten beziehungsweise der Bundesregierung übergeben wurde, folgte eine nationale wie internationale Debatte bezüglich der Beurteilung der Ergebnisse. Die Kommission stellte fest, dass Waldheim kein persönliches schuldhaftes Verhalten nachzuweisen war, er aber dennoch gleichzeitig eine moralische Verantwortung teilweise trage.⁹² Die nationalen Reaktionen auf diesen Endbericht machen deutlich wie sensibel die Frage der Mitschuld beziehungsweise Mitverantwortung an nationalsozialistischen Verbrechen ist. Die Österreichische Volkspartei (ÖVP) reagierte auf das Ergebnis etwas verstimmt, da nach Ansicht der Partei die Historikerkommission ihr Mandat überschritten hatte, weil sie von einer Mitwisserschaft Waldheims sprach. Die ÖVP stellte sich konsequent hinter den Bundespräsidenten wo hingegen von Seiten der SPÖ durchaus Kritik an der Person Waldheim zu hören war. Deutlich werden in dieser Diskussion die teilweise unterschiedlichen Interpretationen. Sprach sich namentlich Bundeskanzler Vranitzky für eine kritische Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit aus, verwehrte sich Vizekanzler Mock gegen jeden Vorwurf von Kollektivschuld.⁹³ Diese unterschiedliche Haltung lässt sich meiner Meinung nach jedoch parteipolitisch begründen. Meiner Ansicht nach wurde von Seiten der ÖVP deshalb so vehement Kritik am Endbericht der Historikerkommission geübt, da der Bundespräsident als Kandidat der Österreichischen Volkspartei in den Bundespräsidentenwahlkampf ging und sie ihn daher nicht öffentlich kritisieren konnten oder wollten, da dadurch Waldheim für alle anderen politischen Parteien noch angreifbarer werden würde als er durch den Bericht bereits war. Nicht unerwähnt darf bleiben, dass der ehemalige ÖVP-Außenminister Karl Gruber den Bericht dahingehend kommentierte, dass auf Grund der Zusammensetzung kein anderes Ergebnis zu erwarten war da jüdische Mitglieder der Kommission von Anbeginn an gegen Waldheim gewesen sein sollen. Dies ist eine Reaktion mit Äußerungen, die durchaus als antisemitisch bezeichnet werden können, welche von allen politischen Seiten verurteilt wurde.⁹⁴

⁹² Für eine detaillierte Erläuterung siehe beispielsweise Wodak/Menz et. al., *Sprachen*, S. 41 – 42.

⁹³ Vgl. Peter Gnam, Die Historikerkommission entdeckte keine persönliche Schuld Waldheims, in: *Kronenzeitung*, 9.2.1988, S. 3. Peter Gnam, Das angeblich belastende Dokument erst im Jahr 1949 (!) fabriziert, in: *Kronenzeitung*, 10.2.1988, S. 3. Peter Gnam, Wieviel die Historiker kassierten, in: *Kronenzeitung*, 11.2.1988, S. 3.

⁹⁴ Vgl. N.N., Neuer Wirbel im Fall Waldheim, in: *Kronenzeitung*, 13.2.1988, S. 2.

In der SPÖ forderte man zwar öffentlich nicht direkt den Rücktritt des Bundespräsidenten aber betonte dennoch, dass Waldheim selbst wissen müsse, was er nun tue. Diese Darstellung legt die Vermutung nahe, dass die SPÖ den Rücktritt des Bundespräsidenten erhoffte oder vielleicht sogar erwartete.⁹⁵

Bundespräsident Waldheim selbst reagierte mit einer TV-Ansprache am 15. Februar 1988 auf den Endbericht der internationalen Historikerkommission.⁹⁶ In dieser betont er zu Beginn, dass das österreichische Volk ihn freiwillig gewählt habe, was dahingehend interpretiert werden könne, dass er mit dieser Aussage ein Gemeinsamkeitsgefühl herzustellen versuchte, wodurch dann sämtliche Angriffe gegen ihn als Person auch als Angriff gegen die Bevölkerung Österreichs umgedeutet werden könnten. Gleichzeitig verteidigte er sich, dass die Geschehnisse bereits eine sehr lange Zeit zurückliegen und er sich dadurch nicht mehr an alles erinnern konnte, was ihm seiner Meinung nach von Seiten der Kommission negativ ausgelegt wurde. Dies hatte zur Folge, dass er Teile des Berichts für falsch empfand. Schlussendlich äußerte er sich auch zum Thema „Rücktritt“. Diesen lehnte er ab, da er der Ansicht war, dass ein Staatsoberhaupt nicht auf Druck von außen zurücktreten sollte und außerdem Wahlergebnisse nicht nachträglich korrigiert werden sollten.

Es kann festgehalten werden, dass die Causa Waldheim und die unterschiedlichen Reaktionen von SPÖ und ÖVP zu einer Verstimmung innerhalb der Koalition und sogar zu einer Diskussion bezüglich einer Absage der geplanten „Märzgedenken“ führten. Es entstand ein Streit darüber, ob der Bundespräsident beim offiziellen Staatsakt am 11. März in der Hofburg eine Rede halten sollte oder nicht. ÖVP-Wirtschaftssprecher Robert Graf trat sogar für eine Absage der Gedenkfeiern ein, da er der Ansicht war, dass diese „kein einigendes, sondern ein trennendes Element“ wären.⁹⁷ Dies ist meiner Meinung nach sehr bezeichnend, da das „Märzgedenken“ eigentlich den Opfern des Nationalsozialismus galt und keine parteipolitische Intention haben sollte.

⁹⁵ Vgl. Dieter Kindermann, Vranitzky drohte jetzt mit seinem Rücktritt, in: Kronenzeitung, 15.2.1988, S. 2 – 3.

⁹⁶ Der Wortlaut dieser Rede abgedruckt und analysiert in: Wodak/Menz et. al., Sprachen, S. 47 – 51. Siehe außerdem: Dieter Kindermann, Waldheim: Endlich Schritte gegen seine Verleumder, in: Kronenzeitung, 16.2.1988, S. 2 – 3.

⁹⁷ Dieter Kindermann, Volksentscheid: Waldheim jetzt am Zug!, in: Kronenzeitung, 22.2.1988, S. 2 – 3, hier S. 3.

Schlussendlich wurde ein Kompromiss gefunden wonach beim Staatsakt in der Hofburg nur Bundeskanzler und Vizekanzler eine Rede hielten und der Bundespräsident eine TV-Ansprache hielt.⁹⁸ Alle drei Repräsentanten der Republik Österreich betonten die Wichtigkeit der Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit. Die „Kronenzeitung“ lässt in ihrer Berichterstattung den Eindruck entstehen, dass es in diesen Tagen ein deutliches Bekenntnis zur Mitverantwortung und Mittäterschaft gab.⁹⁹ Dies steht in einem Gegensatz zur Darstellung am Beginn des Jahres 1988 in der Zeitung.

Neben der Causa Waldheim widmete die „Kronenzeitung“ auch der Diskussion um die Errichtung des Mahnmals gegen Krieg und Faschismus am Albertinaplatz größere Aufmerksamkeit. In ihrer Berichterstattung geht deutlich hervor, dass sie sich, wie ihrer Meinung nach, auch die Bevölkerung gegen die Errichtung aussprach. Bei der politischen Diskussion in Wien entsteht der Eindruck, als ginge es überhaupt nicht um die Errichtung eines Denkmals, sondern es stünde eine parteipolitische Auseinandersetzung im Vordergrund.¹⁰⁰

Der letzte relevante Artikel für die Analyse ist vom 27. Oktober 1988. Darin wird auf die Ansprache des Bundespräsidenten anlässlich des Nationalfeiertages Bezug genommen, worin Waldheim betonte, dass ein Vertrauen in die Politik wichtig ist. Vranitzky hingegen betonte die Wichtigkeit der Neutralität.¹⁰¹

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass durch die Berichterstattung in der „Kronenzeitung“ der Eindruck entsteht, dass sämtliche Anschuldigungen gegen Waldheim falsch waren und dieser selbst keinen Fehler gemacht hatte. Gleichzeitig werden die jüdischen Organisationen, Israel und teilweise auch die Vereinigten Staaten von Amerika in ein negatives Licht gerückt, wodurch die LeserInnenschaft dieser Tageszeitung durchaus glauben könnte, dass dies ein „Rachefeldzug“ bestimmter Nationen gegen die Republik Österreich und seine Bevölkerung ist. Eine

⁹⁸ Vgl. Dieter Kindermann, Waldheim redet nicht bei Staatsakt, hält aber eine Fernseh-Ansprache!, in: Kronenzeitung, 26. Februar 1988, S. 3.

⁹⁹ Vgl. Peter Gnam, „Lawine des Leidens losgetreten“, in: Kronenzeitung, 11.3.1988, S. 3. Siehe auch: N.N., Das Gedenken Österreichs an den März 1938, in: Kronenzeitung, 12.3.1988, S. 3.

¹⁰⁰ Vgl. Peter Strasser, Albertinaplatz: Hrdlichka-Denkmal stört letzte Ruhe der Bombenopfer, in: Kronenzeitung, 8.5.1988, S. 13.

¹⁰¹ Vgl. N.N., Waldheim-Appell: Habt mehr Vertrauen in unsere Republik, in: Kronenzeitung, 27.10.1988, S. 2.

Vorgehensweise, die jegliche objektive und seriöse Darstellung von Sachinhalten vermissen lässt. Meiner Ansicht nach wird dadurch versucht eine Art Feindbild aufzubauen und gleichzeitig eine kritische Analyse der eigenen Vergangenheit, vor allem den Zeitabschnitt betreffend des Nationalsozialismus, ablehnt. Gleichzeitig lässt sich festhalten, dass die „Kronenzeitung“ sehr einseitig berichtete und vor allem entlastende Faktoren für Waldheim suchte und unterstrich.¹⁰² Man kann sagen, dass die mediale Darstellung in dieser Tageszeitung bewusst versuchte das Zielpublikum in eine bestimmte Richtung zu führen, nämlich, dass sämtliche Vorwürfe gegen den Bundespräsidenten haltlos und falsch waren und dieser völlig unschuldig sei.

Allgemein lässt sich festhalten, dass die „Kronenzeitung“ in ihrer gesamten Berichterstattung sehr populistisch agierte. Die Nachzeichnung des politischen Diskurses durch die Konzentration auf die Causa Waldheim deshalb relativ schwierig ist. Interessant ist auch, dass die relevante Berichterstattung mit dem Nationalfeiertag endet, d.h. ich keine wesentlichen Darstellungen zum Gedenken an die Pogrome im November gefunden habe. Ebenso wird im Gedenkjahr 1988 dem Tag der Staatsvertragsunterzeichnung kein großer Raum gegeben. Daraus lässt sich schließen, dass im Gedenkjahr 1988 das „Märzgedenken“ sozusagen der Höhepunkt war und von den Ereignissen der Causa Waldheim in den ersten beiden Monaten des Jahres eingerahmt wurde.

Von einer Bildanalyse einer oder mehrerer abgedruckter Fotografien musste aufgrund der schlechten Bildqualität des Quellenmaterials (Ausdrucke von Mikrofilmen) abgesehen werden.

Im Folgenden soll nun die Berichterstattung im „Kurier“ in gleicher Weise, wie sie für die „Kronenzeitung“ dargestellt wurde, erfolgen.

¹⁰² Vgl. Wodak/Menz et. al., Sprachen, S. 67.

5.2.) „Kurier“ 1988

Für den Untersuchungszeitraum, der sich ebenfalls vom 1. Jänner 1988 bis zum 31. Dezember 1988 erstreckt, wurden insgesamt 85 relevante Textbeiträge¹⁰³ und 41 Abbildungen hauptsächlich im Ressort „Politik“ gefunden. Das folgende Diagramm zeigt die Verteilung in der Jahresübersicht. Wie bei der „Kronenzeitung“ stammt auch hier der erste untersuchte Artikel vom 2. Jänner 1988, der letzte analysierte Artikel hingegen stammt vom 13. November 1988. Im Gegensatz zur „Kronenzeitung“ wird im „Kurier“ über das Gedenken betreffend der Pogrome im November 1938 berichtet.

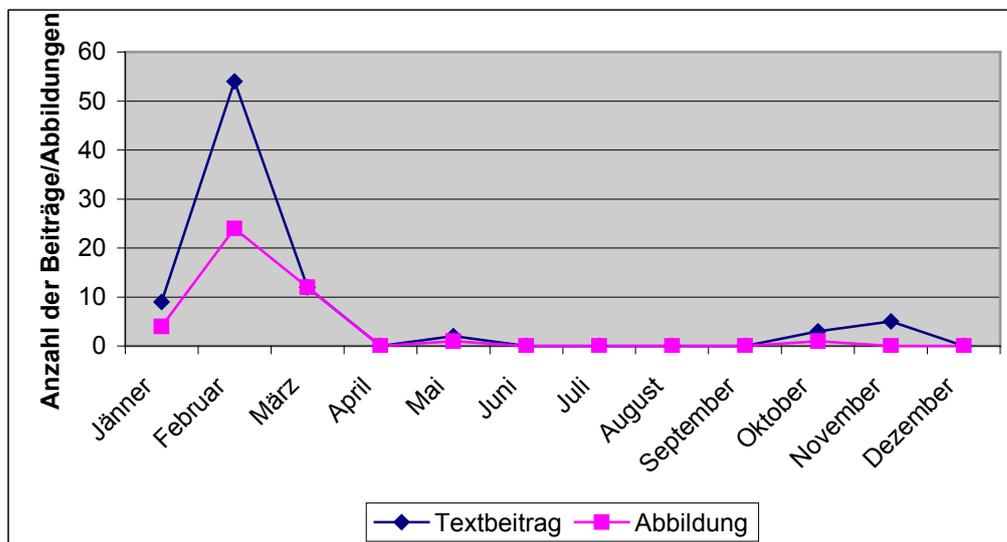


Abbildung 3: Datenmaterial „Kurier“ 1988

Wie in der „Kronenzeitung“ dominiert auch im „Kurier“ während der ersten zwei Monate die Berichterstattung die Causa Waldheim sowie die internationale Historikerkommission. Im Artikel vom 2. Jänner 1988 über die Neujahrsansprache von Bundespräsident Waldheim wird die Wichtigkeit der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit betont und gleichzeitig von Waldheim darauf verwiesen, dass Österreich

¹⁰³ Eine Auflistung sämtlicher Textbeiträge findet sich im Anhang.

1938 isoliert war und dieses Land mit dem heutigen Österreich nicht vergleichbar ist.¹⁰⁴ Diese Darstellung erweckt den Eindruck einer völligen Abkehr vom „Opfermythos“ und Hinwendung zum Bekenntnis der Mitverantwortung. Ähnliche Schlüsse lässt der Artikel vom 7. Jänner zu. Darin bekräftigt Waldheim die These der Mitverantwortung aber unterstreicht auch, dass man nicht mit dem heutigen Wissen das Verhalten der Menschen im Jahr 1938 beurteilen darf. Es wird deutlich, dass die Analyse und Interpretation der nationalsozialistischen Vergangenheit wichtig für Gegenwart und Zukunft einer Gesellschaft ist, damit sich die Ereignisse nicht mehr wiederholen können.¹⁰⁵

Bereits im Jänner findet sich ein Artikel, der die Schwierigkeiten des „Märzgedenkens“ versucht zu erläutern. So wird sichtbar, dass von Seiten der Grünen und Linken Sozialisten eine Rede des Bundespräsidenten abgelehnt wird. Die Gründe hierfür sind nicht erkennbar, jedoch nehme ich an, dass dies mit der Causa Waldheim und der bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgeschlossenen Historikerkommission zu tun haben. Gleichzeitig wird aber auch deutlich, dass die SPÖ durchaus bemüht ist eine Lösung zu finden, die alle Beteiligten zufrieden stellt. So wird vorgeschlagen statt einer Bundesversammlung eine Nationalrats- und eine Bundesratssitzung abzuhalten an denen der Bundespräsident als Zuhörer teilnimmt. Diese Idee lehnte jedoch die ÖVP ab. Konsens herrschte jedoch über die „Enthüllung einer Gedenktafel für die parlamentarischen Opfer des Faschismus“ und die „Ehrengabe für Verfolgte und Opfer des Nazi-Regimes“.¹⁰⁶

In der Darstellung der Causa Waldheim wird meiner Meinung nach objektiv versucht das Wesentliche auf den Punkt zu bringen. So sind auch Berichte über die Krise in der Koalition wegen des Endberichts der Historikerkommission zu lesen. Die unterschiedlichen politischen Interpretationen beziehungsweise Kommentierungen des Berichts zeigen die Schwierigkeiten im Umgang mit der eigenen Vergangenheit. Interessant ist, dass im „Kurier“ eindeutig dargestellt wird, dass in der Österreichischen Volkspartei selbst keine Einigkeit darüber herrschte, wie mit den Ergebnissen des

¹⁰⁴ Vgl. N.N., „Verbrechen der Nazis führten in den Abgrund“, in: Kurier, 2.1.1988, S. 2.

¹⁰⁵ Vg. Margarita Mörth, Die Vergangenheit ehrlich bewältigen!, in: Kurier, 7.1.1988, S. 2.

¹⁰⁶ Vgl. N.N. Parteien: Hochspannung wegen März-Gedenkfeiern, in: Kurier, 13.1.1988, S. 2 und N.N., Einigung über Ehrengabe für die Opfer der NS-Zeit, in: Kurier, 28.1.1988, S. 2.

Berichtes umzugehen ist. Besonders deutlich wird dies meiner Meinung nach in den Äußerungen vom damaligen Generalsekretär der ÖVP Helmut Kukacka, der unter anderem feststellte, dass die „moralische Autorität des Bundespräsidenten [durch den Bericht] ramponiert [ist und] er diese Position selbst wiederherstellen [muss].“¹⁰⁷ Bezeichnend sind auch die Argumente aus Salzburg, wo einerseits der stellvertretende Stadtparteiobmann von Salzburg Fritz Rücker mit der Begründung, dass die Erklärungsbeziehungweise Interpretationsversuche des Bundespräsidenten betreffend des Endberichtes der Historikerkommission untragbar seien, zurücktrat. Gleichzeitig sah der damalige Landespartei sekretär Franz Schausberger die Gefahr von politischen Parallelen mit der Ersten Republik sollten sich die Parteien der Koalitionsregierung nicht zu einem gemeinsamen Konsens durchringen können. Schausberger trat auch dafür ein, die Feierlichkeiten zum „Märzgedenken“ abzusagen und über eine Kandidatur eines gemeinsamen überparteilichen Kandidaten bei der nächsten Bundespräsidentenwahl nachzudenken.¹⁰⁸ Dem gegenübergestellt die Feststellung von Vizekanzler Mock, dass Österreich nicht dem „Druck von außen“ nachgeben dürfe und den damit einhergehenden Betonungen, dass die Historikerkommission ihr eigentliches Mandat überschritten habe. Ähnlich argumentierte auch der Bundespräsident selbst, dass ein Staatsoberhaupt nicht auf Druck von außen zurücktreten dürfe. Diese indirekte Gleichsetzung mit den Ereignissen 1938 unterstreicht die ambivalente Haltung im Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit.¹⁰⁹

Einerseits wird im politischen Diskurs eindeutig eine Wandlung im Verständnis betreffend der österreichischen Verantwortung im Nationalsozialismus erkennbar, andererseits aber verharren Teile der politischen Elite in einer Vorstellung, die den „Opfermythos“ weiterhin bevorzugt. Besonders eindrücklich wird dies in den Äußerungen des ehemaligen ÖVP-Außenministers Karl Gruber, der die Objektivität der Historikerkommission aufgrund der Beteiligung von Personen jüdischer Abstammung in Frage stellt. Es folgte nationale Empörung aus allen politischen Lagern. So stellte der Bundespräsident fest, dass er sich damit nicht identifiziere.¹¹⁰ Aber im gleichen Atemzug versuchten Teile der ÖVP die Aussagen Grubers zu relativieren, indem

¹⁰⁷ N.N., Waldheims Vergessen: Protokoll des Gesprächs mit der Kommission, in: Kurier, 11.2.1988, S. 3.

¹⁰⁸ Vgl. N.N., Salzburger Volkspartei: Protest gegen die Waldheim-Parteilinie, in: Kurier, 19.2.1988, S. 2.

¹⁰⁹ Vgl. N.N. Mock: „Nicht wie '38 Druck nachgeben“, in: Kurier, 12.2.1988, S. 2.

¹¹⁰ Vgl. Hans Rauscher, Der Bundespräsident zur Frage: Wie soll es weitergehen?, in: Kurier 14.2.1988, S. 3.

beispielsweise Mock feststellte, dass diese „sicher missverständlich“ seien.¹¹¹ Meiner Meinung nach ist die Verteidigung der Person Gruber vor allem im Gedenkjahr 1988 unhaltbar, da der Eindruck entstehen könnte, dass ein latenter Antisemitismus völlig in Ordnung wäre. Dies steht aber im Widerspruch zum Bekenntnis einer Mitverantwortung an den nationalsozialistischen Verbrechen. Es lässt sich zusammenfassen, dass die Causa Waldheim durchaus das innenpolitische Klima belastete, vor allem dadurch, dass von Seiten der SPÖ eigentlich der Rücktritt des Bundespräsidenten erwartet wurde und von Seiten der ÖVP, insbesondere in der Person des Vizekanzlers, der nicht müde wurde Waldheim zu verteidigen, kritische Stimmen gegenüber Waldheim verurteilt wurden.

In der Berichterstattung des „Kuriers“ wird auch deutlich die Haltung der SPÖ zur Causa Waldheim dargestellt. Wie bereits gesagt, wird dieser zwar nie offiziell zum Rücktritt aufgefordert jedoch lassen einige Äußerungen von SPÖ-Politikern beziehungsweise Artikel im „Kurier“ darauf schließen, dass die SPÖ es lieber gesehen hätte, wenn Waldheim persönliche Konsequenzen aus der Situation gezogen hätte. So kritisierte Bundeskanzlers Vranitzky das zögerliche Verhalten Waldheims nach Veröffentlichung des Historikerkommissionsberichts beziehungsweise, dass sich Vranitzky entschuldigen musste und nicht der Bundespräsident selbst sich für die antisemitischen Äußerungen des ehemaligen ÖVP-Außenministers Karl Gruber entschuldigte. Es wird sehr deutlich, dass Vranitzky absolut nicht konform mit dem Verhalten Waldheims geht und auch kein Verständnis dafür hat. Den Höhepunkt bildete die Rücktrittsdrohung des Bundeskanzlers falls die Causa Waldheim weiterhin das bestimmende politische Thema bleiben sollte und er, Vranitzky, sich ständig dazu äußern müsse. Vielmehr erwartete er von Waldheim eine eindeutige Positionierung seiner Person, damit die Diskussion um seine Person endlich ein Ende finden könne.¹¹²

Auch die Debatte über die Abhaltung eines Staatsaktes zum „Märzgedenken“ und einer Ansprache des Bundespräsidenten machen deutlich, dass die Beurteilung der nationalsozialistischen Vergangenheit der politischen Eliten different ist. So könnte man die Fürsprache für eine Absage der offiziellen Gedenkveranstaltung von Teilen der

¹¹¹ Vgl. Hans Rauscher, Der Bundespräsident zur Frage: Wie soll es weitergehen?, in: Kurier 14.2.1988, S. 3. Siehe auch: Conrad Seidl, Empörung über Grubers Schelte für Historiker, in: Kurier 13.2.1988, S. 2.

¹¹² Vgl. N.N., „Bundespräsident muß sich Vorwürfen stellen“, in: Kurier 15.2.1988, S. 2.

ÖVP mit dem Argument, dass diese keine einende Wirkung hätte, dahingehend interpretieren, dass es keinen Konsens über die nationalsozialistische Vergangenheit zwischen den Regierungsparteien gibt und daher eine kritische Auseinandersetzung beziehungsweise ein angemessenes Gedenken nicht möglich sei. Einig hingegen sind sich sowohl SPÖ als auch ÖVP in der Ablehnung einer Kollektivschuld der gesamten österreichischen Bevölkerung an den nationalsozialistischen Verbrechen.

Andererseits wurde die offizielle Begehung der Gedenkfeiern vor allem von Seiten der SPÖ, aber auch von ÖAAB-Obmann Robert Lichal als eine Chance gesehen, der Weltöffentlichkeit zu demonstrieren, dass das Land Österreich und dessen Bevölkerung aus der eigenen Geschichte gelernt hätte und verantwortungsvoll mit seiner Vergangenheit umgehe.¹¹³ Die Vorstellung, aus der eigenen Geschichte gelernt zu haben, sehe ich etwas ambivalent, da ich der Ansicht bin, dass, wenn dem wirklich so ist, die Beurteilung des Endberichtes der Historikerkommission und die politische Auseinandersetzung darüber etwas anders verlaufe wäre. Ich will damit jedoch keines Falls sagen, dass die politischen Eliten des Landes jegliche Verantwortung an nationalsozialistischen Verbrechen ablehnen sondern lediglich betonen, dass ein Lernen aus der Geschichte, meiner Meinung nach mehr bedeutet als nur ein Bekenntnis zur Mitverantwortung. Lehren aus der Vergangenheit ziehen heißt auch Opfer entsprechend zu entschädigen beziehungsweise sich zu entschuldigen. Solche Entschädigungsleistungen sind im Laufe der Jahre der Aufarbeitung der österreichischen nationalsozialistischen Vergangenheit später dann erfolgt.

In der TV-Ansprache des Bundespräsidenten zum Gedenken am 11. März 1988 stand der Wunsch nach Versöhnung im Zentrum. So bekannte sich Waldheim, ebenso wie Vranitzky in seiner Rede, zur These der Mittäterschaft der österreichischen Bevölkerung und, obwohl Waldheim explizit die Kollektivschuldthese ablehnte, entschuldigte er sich gleichzeitig in seiner Funktion als Staatsoberhaupt für nationalsozialistische Verbrechen, die von Mitgliedern der österreichischen Bevölkerung verübt worden waren.¹¹⁴ Die Reden von Vranitzky und Mock beim Staatsakt in der Hofburg spiegeln die schwierige politische Situation des Jahres 1988

¹¹³ Vgl. beispielsweise: N.N., Bei Gedenkfeiern doch noch Kompromiß möglich, in: Kurier, 25.2.1988, S. 2.

¹¹⁴ Vgl. N.N., Waldheim: Für moralische Erneuerung, in: Kurier 11.3.1988, S. 2.

wieder. Betonte Mock in seinen Äußerungen wie wichtig es wäre den Blick in Richtung Zukunft zu richten und sich nicht mehr primär auf die Vergangenheit zu konzentrieren, sprach sich Vranitzky für eine politische Streitkultur, die eine differenzierte Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Auffassungen zulasse, aus.¹¹⁵ Die Äußerungen im Rahmen des „Märzgedenkens“ zeigen deutlich, dass die politische Elite scheinbar nicht unbedingt wusste, wie sie tatsächlich mit der eigenen nationalsozialistischen Vergangenheit umgehen sollte. Einerseits wird die Mitschuld beziehungsweise Mitverantwortung der österreichischen Bevölkerung betont, im gleichen Atemzug aber wird ein Kollektivschuldvorwurf vehement abgelehnt.

Den letzten großen Themenblock bildet das Gedenken an das Novemberpogrom 1938. Die Berichterstattung hier zeigt deutlich, dass zumindest bei der Interpretation des Pogroms eine eindeutige konsensuale Haltung der Bundesregierung erkennbar ist. Vranitzky betonte, dass die Ereignisse nicht als ein einzelner Moment wahrgenommen werden dürften, sondern als vorläufiger Höhepunkt der nationalsozialistischen Politik.¹¹⁶ Es herrschte Einigkeit darüber, dass eine solche Politik sich niemals mehr wiederholen dürfe und dass sowohl die Bevölkerung als auch die politische Elite einen Beitrag hierfür leisten müsse. Der Bundeskanzler unterstrich in seiner Erklärung auch, dass man nicht mit heutigem Wissen auf die damalige Zeit zurückblicken solle sondern vielmehr in Zukunft für Toleranz und Respekt gegenüber anderen Menschen eintreten solle. Bundespräsident Waldheim verwies in seinen Äußerungen dediziert auf die Beteiligung von Österreicherinnen und Österreichern an den nationalsozialistischen Verbrechen.¹¹⁷

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass der „Kurier“ allgemein versucht eine objektive Berichterstattung zu liefern. Es ist weder eine „Pro-Waldheim“- noch eine „Contra-Waldheim“- Haltung in der Darstellung der Cause Waldheim wirklich erkennbar. Gleichzeitig ist es möglich durch die umfangreichen Ausführungen den politischen Diskurs einigermaßen nachzuzeichnen. So wird versucht, durch eine große Anzahl von direkten Zitaten aus Äußerungen der unterschiedlichsten Politikerinnen und

¹¹⁵ Vgl. N.N., Unterschiedliches Politikverständnis, in: Kurier 12.3.1988, S. 2.

¹¹⁶ Vgl. N.N., Vranitzky warnt vor „geniertem Wegsehen“, in: Kurier, 1.11.1988, S. 2 und N.N., Vranitzky: Verneigen wir uns vor den Opfern, in: Kurier, 9.11.1988, S. 2.

¹¹⁷ Vgl. N.N. Waldheim: Über den Pogrom dürfen wir nicht schweigen, in: Kurier 9.11.1988, S. 1.

Politiker zu verdeutlichen, dass es zwar einen Grundkonsens betreffend der nationalsozialistischen Vergangenheit gab, aber gleichzeitig einige Auffassungsunterschiede betreffend der Verantwortung der österreichischen Bevölkerung. Es lässt sich nicht verleugnen, dass zeitweise die Reaktionen der Österreichischen Volkspartei darauf schließen lassen, dass Österreich und seine Bevölkerung vielmehr ein Opfer als ein Täter war. Hingegen bekannte sich die SPÖ, vor allem in der Person des Bundeskanzlers, dezidiert zu einer Mitverantwortung und Mitschuld. Dies zeigt deutlich, dass es grundsätzlich einen politischen Grundkonsens über die Periode des Nationalsozialismus zwischen den beiden Großparteien gab, gleichzeitig Detailfragen jedoch differenziert betrachtet und interpretiert wurden.

Die Bildinterpretation gestaltet sich ähnlich schwierig wie mit dem Datenmaterial der „Kronenzeitung, da fast ausschließlich Portraitfotos verwendet wurden. Des Weiteren finden sich auch einige Fotos der Mitglieder der Historikerkommission bei Pressekonferenzen beziehungsweise Akteneinsichten. Aufgrund des Fehlens einer größeren Auswahlmöglichkeit aussagekräftiger Bilder und der Tatsache, dass die Causa Waldheim im ersten Drittel des Jahres 1988 ein beherrschendes innenpolitisches Thema war, habe ich mich dazu entschlossen, folgende zwei Fotos miteinander zu vergleichen. Sie stehen in unmittelbarem Zusammenhang, da beide aus der Zeit der Causa Waldheim stammen und jeweils Bundespräsident Waldheim mit Bundeskanzler Vranitzky beziehungsweise Vizekanzler Mock zeigen.

Das erste Foto stammt aus der Sonntagsausgabe des „Kuriers“ vom 14. Februar 1988 und zeigt Bundespräsident Waldheim mit Vizekanzler Mock. Es wurde im Artikel „Mock: „Zusätzliche Aufgaben für den Bundespräsidenten“¹¹⁸ von Hans Rauscher verwendet. Der Beitrag steht im Zusammenhang mit der Causa Waldheim und erörtert die Frage betreffend ein neues Amtsverständnis des Bundespräsidenten. Die Fotografie ist links unten, unterhalb zweier Textspalten, im Artikel platziert. Eine formale Beschreibung des Bildausschnittes ist etwas schwierig, da es sich um eine Schwarzweiß-Kopie handelt. Jedoch sind zwei ältere Herren erkennbar, die in einem

¹¹⁸ Vgl. Hans Rauscher, Mock: „Zusätzliche Aufgaben für den Bundespräsidenten“, in: Kurier, 14.2.1988, S. 2.

Raum stehend vor einer Wand fotografiert wurden. Beide Herren schauen direkt in die Kamera.



Abbildung 4: „Kurier“ 14. Februar 1988: Bundespräsident Waldheim mit Vizekanzler Mock¹¹⁹

Setzt man dieses Bild nun in einen Kontext, lässt sich sagen, dass die zwei Herren, der Bundespräsident der Republik Österreich, Waldheim, und der Vizekanzler der Republik Österreich, Mock, sind, welche beide einen Bezug zur Österreichischen Volkspartei haben. Der Bundespräsident wurde als Kandidat der ÖVP für die Bundespräsidentenwahl vorgeschlagen und der Vizekanzler war gleichzeitig auch der Bundesparteiobmann der ÖVP. Ob dieses Bild im Rahmen der Causa Waldheim entstanden ist oder nicht, wurde nicht festgestellt.

Versucht man dieses Bild nun zu interpretieren, so lässt sich sagen, dass sowohl Mock als auch Waldheim freundlich schauen und ein Lächeln auf den Lippen haben. Es wird dadurch der Eindruck vermittelt, dass sich die beiden Herren gut miteinander verstehen und keine politischen Gegner sind, was sich vor allem meiner Meinung nach dadurch erklären lässt, dass das Lächeln – soweit man dies von einer Fotografie überhaupt beurteilen kann – ehrlich und nicht aufgesetzt wirkt. Meiner Ansicht nach wurde gerade dieses Bildnis für diesen Artikel ausgewählt, weil es das positive Verhältnis zwischen den beiden Protagonisten unterstreichen soll. Im Artikel selbst wird beschrieben was Mock unter einem neuen Amtsverständnis für den Bundespräsidenten versteht, nämlich die Ausweitung seiner Aufgaben. Mock meint damit einen stärkeren Austausch zwischen Bundespräsident und Bundesregierung betreffend tagespolitischer Ereignisse. Nachdem im Artikel der Vizekanzler die Aufgaben des Bundespräsidenten positiv

¹¹⁹ Hans Rauscher, Mock: „Zusätzliche Aufgaben für den Bundespräsidenten“, in: Kurier, 14.2.1988, S. 2.

darstellt liegt die Vermutung nahe, dass das Foto deren gutes Verhältnis zueinander betonen soll. Möglicherweise soll das Bildnis auch noch verstärkt deutlich machen, dass die ÖVP hinter dem Bundespräsidenten steht, nachdem in Folge der Veröffentlichung des Endberichtes der Historikerkommission der Bundespräsident durchaus öffentlich kritisiert wurde. Von Beginn an jedoch verteidigte der Vizekanzler seinen Parteikollegen auf das schärfste, auch gegen interne Kritik. Es ist durchaus möglich, dass dieses freundliche Nebeneinanderstehen der beiden Herren auch suggerieren soll, dass sie einander unterstützen und auch Kritik an ihrer Person nicht entzweien kann.

Das zweite Foto, welches zur Analyse herangezogen wurde, stammt aus der Montagsausgabe des „Kuriers“ vom 15. Februar 1988. Es wurde im Artikel „Bundespräsident muß sich Vorwürfen stellen“¹²⁰ verwendet. Wer Autor oder Autorin dieses Artikels ist wurde nicht festgestellt. Der Beitrag thematisiert die Rücktrittsdrohung Vranitzkys im Zuge der Causa Waldheim. Der Artikel ist der Haupttext dieser Seite und das Bilddokument befindet sich eingefügt im oberen rechten Drittel der Textpassage. Da dies wiederum eine Schwarzweiß-Kopie ist, gestaltet sich die formale Beschreibung schwierig. Es sind zwei Herren sichtbar, wovon jedoch der eine deutlich älter als der andere ist. Die Männer sitzen einander an einem Tisch gegenüber. In diesem Raum steht neben dem Tisch ein unbenützter Stuhl sowie eine Uhr auf einem kleinen Tisch. Dieser befindet sich in einer Zimmerecke. Keiner der beiden schaut direkt in die Kamera, sie blicken einander an. Der jüngere Mann hält die Arme angehoben, der ältere sie hingen auf der Sessellehne aufliegen hat.

¹²⁰ Vgl. N.N., „Bundespräsident muß sich Vorwürfen stellen“, in: Kurier 15. Februar 1988, S. 2.



Abbildung 5: „Kurier“ 15. Februar 1988: Treffen Bundespräsident Waldheim mit Bundeskanzler Vranitzky¹²¹

Die beiden Herren auf dem Bild sind Bundespräsident Waldheim und Bundeskanzler Vranitzky, die sich scheinbar in den Räumlichkeiten der Hofburg an einem Tisch gegenüber sitzen und in ein Gespräch vertieft sind. Dass es sich um Räumlichkeiten der Hofburg handelt ist aufgrund der Sitzmöbel feststellbar. Es ist möglich, dass das Bildnis von einem tatsächlichen Treffen der beiden Herren während der Causa Waldheim stammt. Dies konnte jedoch nicht eruiert werden.

Interpretiert man die Fotografie so ist offensichtlich, dass die beiden Herren im Moment der Aufnahme angespannt sich gegenüber saßen. Der Bundespräsident, soweit dies feststellbar ist, vernimmt mit ernster Mine gerade die Worte des Bundeskanzlers. Dieser wiederum argumentiert offensichtlich mit den Händen. Es ist möglich, dass in diesem Gespräch Vranitzky Waldheim gegenüber seine Position in der Causa Waldheim erläutert. Daher liegt auch die Vermutung nahe, dass dieses Bild verwendet wurde um die Distanz zwischen beiden aufzuzeigen. In den Äußerungen der Tage zuvor ist deutlich erkennbar, dass Bundespräsident und Bundeskanzler den Bericht der Historikerkommission unterschiedlich interpretieren und bewerten. Da in diesem Ausschnitt die Mimik des Bundespräsidenten ernst wirkt, kann man daraus schließen, dass dieser entweder sehr interessiert und angestrengt zuhörte oder eben etwas hörte,

¹²¹ N.N., „Bundespräsident muß sich Vorwürfen stellen“, in: Kurier, 15.2.1988, S. 2.

worin er anderer Meinung war. Durch die Bildunterschrift wird die Frage aufgeworfen, ob das Verhältnis zwischen Bundeskanzler und Bundespräsident weiterhin unverändert ist oder ob sich dieses durch die Geschehnisse der Tage zuvor verändert hat.

Es wurden diese zwei Bilder ausgewählt, weil sie meiner Meinung nach die problematische Situation im ersten Drittel des Jahres 1988 zwischen Bundesregierung und Bundespräsidenten vergegenwärtigen. Einerseits eine offensichtlich gute Beziehung zu einander andererseits ein Verhältnis, das von Auffassungsunterschieden gekennzeichnet ist.

Im nächsten Abschnitt soll in gleicher Weise wie bisher das Datenmaterial für „Die Presse“ untersucht werden.

5.3.) „Die Presse“ 1988

Die letzte untersuchte Zeitung für das Gedenkjahr 1988 ist die Qualitätszeitung „Die Presse“. Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich ebenfalls vom 1. Jänner 1988 bis zum 31. Dezember 1988 und es wurden insgesamt 97 relevante Textbeiträge¹²², primär aus dem Ressort „Innenpolitik“, und 11 Fotografien in die Untersuchung miteinbezogen. Das folgende Diagramm soll das Text-Bild-Verhältnis grafisch veranschaulichen. Wie bereits durch die Auswertung von „Kronenzeitung“ und „Kurier“ festgestellt wurde, finden sich die meisten Dokumente im ersten Drittel des Jahres 1988. Dies gilt ebenso für „Die Presse“. Ein entscheidender Unterschied ist aber die Tatsache, dass der Monat Juli sozusagen einen Ausreißer darstellt. Die Erklärung hierfür ist, dass in dieser Tageszeitung der Berichterstattung über die Diskussion betreffend der Errichtung des Mahnmals für Krieg und Faschismus ein breiterer Raum gegeben wurde als in den anderen zwei Tageszeitungen. Wie bei den beiden anderen Zeitungen stammen die ersten relevanten Artikel vom Wochenende 2./3. Jänner 1988. Der letzte untersuchte Artikel wurde am 10. November 1988 veröffentlicht und weist eine Parallele zur Berichterstattung des „Kuriers“ auf, welcher ebenso das Gedenken des Novemberpogroms zum Inhalt hat.

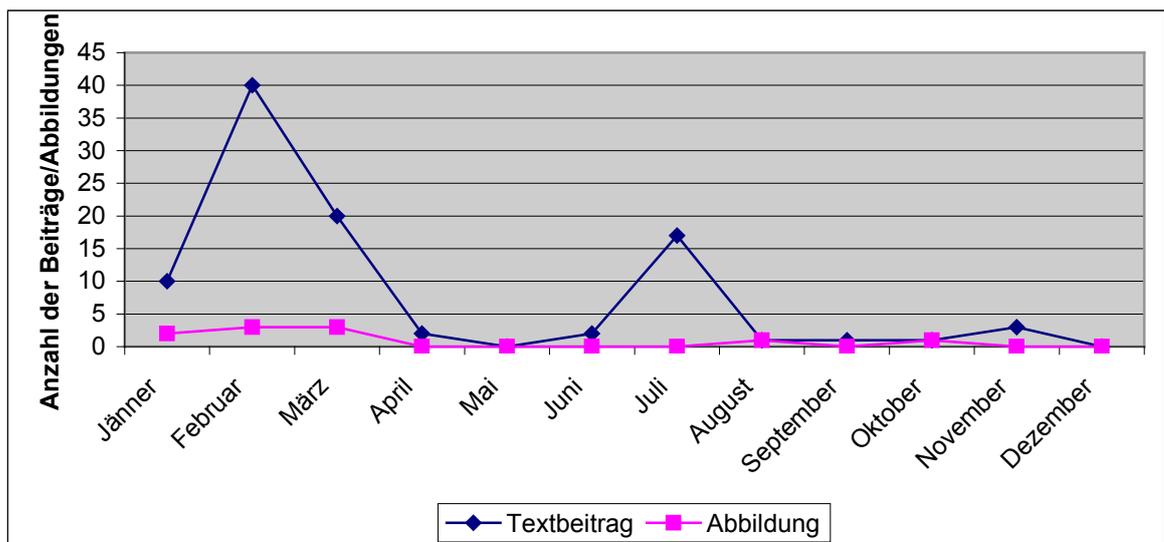


Abbildung 6: Datenmaterial „Die Presse“ 1988

¹²² Eine Auflistung sämtlicher Textbeiträge findet sich im Anhang.

Die behandelten Themenbereiche sind die gleichen wie in „Kronenzeitung“ und „Kurier“, aber wie bereits gesagt, wird der Diskussion um die Denkmalserrichtung mehr Platz eingeräumt. Allgemein lässt sich sagen, dass „Die Presse“ auch versucht einen möglichst breiten Überblick über wissenschaftliche Tagungen oder Symposien, welche sie auch analysiert und kommentiert, zu geben.

Die ersten beiden Monate dominiert auch in der „Presse“ die Causa Waldheim, aber auch das „Märzgedenken“ spielt keine unbedeutende Rolle. Bereits der erste Artikel vom 2./3. Jänner 1988 nimmt Bezug auf die Probleme rund um das geplante „Märzgedenken“, verweist auf die Uneinigkeit betreffend der Frage, ob der Bundespräsident eine Rede halten soll oder nicht.¹²³ In dieser Ausgabe wird aber auch über die Neujahrsansprache des Bundespräsidenten und des Bundeskanzlers berichtet, wobei deren Aussagen dahingehend zusammengefasst werden, dass beide Politiker mehr Toleranz von der österreichischen Bevölkerung einforderten. Außerdem wurde darauf verwiesen, dass Vranitzky für eine kritische Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit eintrat und Waldheim die Bevölkerung aufforderte, an der Entwicklung einer gemeinsamen Geschichte mitzuhelfen. „Die Presse“ berichtete ebenfalls über den Neujahrsempfang des Bundespräsidenten für das Diplomatische Corps und der Rede Waldheims, worin er eine Mitverantwortung der österreichischen Bevölkerung an den Verbrechen des Nationalsozialismus eingestand aber eben auch gleichzeitig eine Mitschuld der internationalen Staaten ansprach. Hier unternimmt Waldheim den Versuch, wie bereits bei der Analyse der „Kronenzeitung“ angesprochen, eine Verbindung zwischen Opfer- und Täterthese herzustellen, d.h. eine völlige Abkehr von der Vorstellung, Österreich ist ein Opfer gewesen und daher nicht verantwortlich für die Ereignisse. Man kann lediglich davon sprechen, dass es zu einem Aufbrechen der unkritischen Bewertung der österreichischen Vergangenheit während des Nationalsozialismus kommt.¹²⁴

In der Berichterstattung der „Presse“ über die Diskussion der Abhaltung des „Märzgedenkens“ wird deutlich, dass es bereits zu Beginn der Planung unterschiedliche Auffassungen betreffend der Gestaltung von den im Nationalrat

¹²³ Vgl. Andreas Unterberger, März-Gedenken wirft schon lange Schatten. Verwaltungsreigen nicht ohne Probleme, in: Die Presse, 2./3. Jänner 1988, S. 1 und S. 4.

¹²⁴ Vgl. N.N., Waldheim: Die Welt trug 1938 Mitverantwortung, in: Die Presse, 13.1.1988, S. 1.

vertretenen Parteien gab.¹²⁵ Die Kompromisslösung war die Begehung eines Staatsaktes in der Hofburg, wo Bundespräsident, Bundeskanzler, Vizekanzler, Erster Nationalratspräsident und der Vorsitzende des Bundesrates jeweils Reden halten sollten. Diese Idee führte nach Veröffentlichung des Endberichtes der Historikerkommission, wie bereits gesagt, zu einer neuerlichen Diskussion, die bis zur Forderung einer Absage der Gedenkveranstaltung reichte. Erhard Busek, Chef der Wiener ÖVP, war einer der vehementesten Verfechter der Absage des „Märzgedenkens“. Seiner Ansicht nach sollte diese Veranstaltung abgesagt werden, weil er einerseits das Verhalten der SPÖ, die mit der ÖVP über den Rücktritt des Bundespräsidenten und Neuwahlen verhandeln wollte, kritisierte. Andererseits war er davon überzeugt, dass die Veranstaltung von manchen für Protest- und/oder Demonstrationzwecken genützt werden würde, und das gemeinsame Gedenken dadurch in den Hintergrund treten würde.¹²⁶

In der Berichterstattung über die politische Diskussion nach der Veröffentlichung des Endberichtes der Historikerkommission wird deutlich, wie unterschiedlich dieser interpretiert wurde und welche Konsequenzen die politischen Parteien forderten. Vizekanzler Mock wurde nicht müde zu betonen, dass die Kommission über ihr Mandat hinaus gearbeitet hatte und dies nicht akzeptiert werde. Einzig relevant war für ihn und weite Teile der Österreichischen Volkspartei, dass keine persönliche Schuld Waldheims nachgewiesen werden konnte. Außerdem lehnte Mock die Frage der moralischen Mitschuld ab, da er der Ansicht war, dass bei einer positiven Beantwortung der Frage die gesamte Kriegsgeneration, mit Ausnahme den aktiven Widerstand leistenden Personen, einer Kollektivschuld beschuldigt werden würde. Die SPÖ hingegen forderte den Bundespräsidenten auf, Konsequenzen aus dem Endbericht zu ziehen. Dies kann als eine indirekte Rücktrittsforderung interpretiert werden.¹²⁷ In weiterer Folge wird deutlich, dass die Causa Waldheim die Koalitionsregierung durchaus belastete, da man sich nicht auf eine gemeinsame Interpretation des Berichts einigen konnte. Die Diskussion stellte primär ein parteipolitisches Hick-Hack dar und weniger eine kritische Auseinandersetzung mit den Ergebnissen des Berichts und der nationalsozialistischen

¹²⁵ Vgl. N.N., März-Gedenken nun fix Staatsakt mit Waldheim, in: Die Presse, 23./24. 1.1988, S. 1.

¹²⁶ Vgl., N.N., Busek für Absage der März-Gedenken. „Können uns Verlogenheit nicht leisten“, in: Die Presse, 24.2.1988, S. 4.

¹²⁷ Vgl. unter anderem: N.N., Historikerbericht löst schwere Koalitionskrise aus, Waldheim wollte Regierung zur Ablehnung bewegen, in: Die Presse, 10.2.1988, S. 1 und S. 4.

Vergangenheit. Die Bemerkungen Heinz Fischers sind meiner Meinung nach von Bedeutung. Einerseits versuchte er eine Lösung für den Konflikt zu finden und andererseits betonte er, dass es sowohl auf Seiten der SPÖ wie auch auf Seiten der ÖVP keine geschlossene Meinung zur Causa gibt. Gleichzeitig betonte er, dass es wichtig sei, sich mit der nationalsozialistischen Vergangenheit auseinanderzusetzen und diesen Zeitabschnitt kritisch zu bewerten.¹²⁸

Der politische Diskurs während der Causa Waldheim kann meiner Meinung nach wie folgt zusammengefasst werden. Es herrschte zwar Grundkonsens darüber, dass die nationalsozialistischen Verbrechen sich nie wieder wiederholen dürften aber was die Verantwortung der österreichischen Bevölkerung betraf, so war man sich uneinig. Der Bundespräsident legte auf der einen Seite ein Bekenntnis für Mitschuld, Mitverantwortung Österreichs ab, aber im gleichen Moment versuchte er dennoch teilweise auf die „Opferrolle“ Österreichs zu rekurrieren. Anders hingegen die Meinung des Bundeskanzlers und der SPÖ. Hier gab es ein klares Bekenntnis zur Verantwortung an nationalsozialistischen Verbrechen ohne dies im nächsten Atemzug gleich wieder zu revidieren. Vranitzky betonte immer wieder, dass eine kritische Aufarbeitung für die Zukunft des Landes wichtig sei. Er verwies jedoch auch darauf, dass man nicht einfach aus heutiger Sicht, mit heutigem Wissen das Handeln der österreichischen Bevölkerung während der Zeit des Nationalsozialismus bewerten darf. ÖVP und SPÖ waren sich dahingehend einig, dass niemand wissen könne wie er selbst reagiert hätte, hätte er die Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft miterlebt.

Das „Märzgedenken“ war gekennzeichnet von der TV-Ansprache des Bundespräsidenten und dem offiziellen Staatsakt in der Hofburg. Waldheim bekannte sich in seiner TV-Ansprache zur Mitverantwortung, wiederholte aber gleichzeitig seine Bemerkung bezüglich der internationalen Staatengemeinschaft und der unterlassenen Hilfe ihrerseits. In dieser Feststellung ist wieder die Verbindung zwischen Opfer- und Täterthese erkennbar. Der Bundespräsident entschuldigte sich offiziell als Staatsoberhaupt bei den Opfern nationalsozialistischer Verbrechen.¹²⁹ Diese Entschuldigung ist meiner Meinung nach differenziert zu betrachten. Für mich stellt

¹²⁸ Vgl. N.N., Fischer: Suche nach einem „dritten Weg“, in: Die Presse, 12.2.1988, S. 1 und S. 4.

¹²⁹ Vgl. N.N., Waldheim will versöhnen. Entschuldigung und Mahnung, in: Die Presse, 11.3.1988, S. 1.

sich die Frage, ob eine solche Entschuldigung ehrlich gemeint sein kann, wenn man versucht, sich trotz Mitschuldbekennnis auch als Opfer darzustellen. Oder war dieser Akt eine Art Pflicht zwecks Beruhigung des politischen Auslandes nach der Causa Waldheim? Meiner Meinung nach werden hier auch die Schwierigkeiten mit dem Umgang der eigenen nationalsozialistischen Vergangenheit deutlich, da es für mein Dafürhalten allgemein problematisch ist, sich für begangene Verbrechen zu entschuldigen, wenn man sich gleichzeitig auch als Opfer dieser Verbrechen sieht.

Bundeskanzler und Vizekanzler betonten in ihren Ansprachen zum „Märzgedenken“, dass der Grundkonsens, dass sich die nationalsozialistischen Verbrechen nie wieder wiederholen dürfen, trotz politischer Diskussionen über die Vergangenheit nicht in Frage gestellt wurde. Beide unterstrichen wie wichtig ein Bekenntnis zur Republik Österreich sei und Vranitzky verwies noch einmal darauf, dass eine ständige Auseinandersetzung mit der österreichischen Vergangenheit nötig ist.¹³⁰

In der „Presse“ wurde auch besonderes Augenmerk auf die Debatte im Zuge der Errichtung des Mahnmals für Krieg und Faschismus am Wiener Albertinaplatz gelegt. Wenn man die Diskussion genauer liest wird deutlich, dass es sich eigentlich um einen parteipolitischen Streit zwischen ÖVP und SPÖ beziehungsweise zwischen dem Wiener Bürgermeister Zilk und Wissenschaftsminister Tuppy handelt. Es entbrannte vor allem ein Streit um den Standort. Bevorzugte die SPÖ den Albertinaplatz, jene Stelle, wo bis 1945 der Philipphof, der während der alliierten Bombenangriffe auf Wien getroffen wurde und ca. 300 Menschen in den Trümmern starben, stand, so sprach sich die ÖVP für den Standort Morzinplatz oder Schwarzenbergplatz aus.¹³¹ Die Errichtung des Denkmals an sich wurde nicht in Frage gestellt oder abgelehnt. Bürgermeister Zilk argumentierte in einer Presseerklärung, dass die Errichtung vor allem im Gedenkjahr 1988 eine Bringschuld sei.¹³²

¹³⁰ Vgl. N.N., Offizielles „Anschluß“-Gedenken verlief würdig. Vranitzky: „Grundkonsens heute außer Frage“, in: Die Presse, 12./13.3.1988, S. 1. und S. 4.

¹³¹ Vgl. beispielsweise: N.N., Streit um Hrdlicka-Denkmal. Keller tritt gegen Tuppy an, in: Die Presse, 9./10. Juli 1988, S. 4.

¹³² Vgl. N.N., Zilk: Hrdlicka-Denkmal kommt vor die Albertina, in: Die Presse, 27. 7. 1988, S. 1.

Vizekanzler Mock ließ bereits im Juli 1988 das Gedenkjahr einmal kurz Revue passieren und merkte an, dass trotz der Differenz betreffend der Causa Waldheim und des „Märzgedenkens“ deutlich wurde, dass sich die Republik Österreich zu ihrer Verantwortung bekennt und aus ihrer eigenen Geschichte auch gelernt hat.¹³³

Die Äußerungen von Bundespräsident und Bundeskanzler betreffend den Nationalfeiertag zeigen deutlich, dass die Neutralität Österreichs ein bestimmendes Element der österreichischen Politik und Gesellschaft ist, über dessen Bedeutung politischer Konsens herrscht. Beide Repräsentanten betonten, dass die Neutralität eine „unverzichtbare Grundlage“ der österreichischen Politik beziehungsweise „Ausdruck des staatlichen Selbstverständnisses“ sei.¹³⁴

Das Gedenken an das Novemberpogrom 1938 bildete den Abschluss des Gedenkjahres und ist gleichzeitig der letzte Themenblock meines Datenmaterials. Bundeskanzler Vranitzky unterstrich vor allem die Bedeutung der Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit für das heutige Österreich. Damit forderte er Toleranz gegenüber anders denkenden oder anders aussehenden Personen. Außerdem betonte Vranitzky, dass man das Pogrom nicht als ein Einzelereignis sehen darf, sondern dass es bereits davor eine antisemitische Grundhaltung gab. In ähnlicher Weise äußerte sich auch der Bundespräsident, der gegen ein Vergessen der nationalsozialistischen Zeit eintrat. Gleichzeitig bemerkte er auch, dass Österreich zwar ein Opfer „militärischer Aggression“ gewesen ist, aber es auch Personen innerhalb der österreichischen Bevölkerung gab, die sich aktiv an der nationalsozialistischen Politik beteiligten.¹³⁵ Vizekanzler Mock warnte vor einer Verharmlosung der Ereignisse.¹³⁶

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass auch in der Darstellungsweise der „Presse“ die unterschiedlichen Interpretationsansätze der eigenen nationalsozialistischen Vergangenheit vor allem während der Causa Waldheim aufgezeigt wurden. Außerdem wurde deutlich, dass in der Rücktrittsfrage des Bundespräsidenten selbst innerhalb der ÖVP nicht völlige Einigkeit herrschte, und dass Teile beider Parteien versuchten eine für alle annehmbare Lösung zu finden.

¹³³ Vgl. N.N., Mock zum „Bedenkjahr“: „Das Land zeigte Reife“, in: Die Presse, 28.7.1988, S. 4.

¹³⁴ Vgl. N.N., Waldheim strikt gegen Rütteln an Neutralität, in: Die Presse, 27.10.1988, S. 1.

¹³⁵ Vgl. N.N., Waldheim zu Judenpogrom: „Nicht darüber schweigen!“, in: Die Presse, 9.11.1988, S. 1.

¹³⁶ Vgl. N.N., Pogromgedenken: Lehren für das heutige Österreich, in: Die Presse, 10.11.1988, S. 5.

Betreffend der Bildanalyse verhält es sich leider ähnlich wie bereits bei der Analyse der „Kronenzeitung“ beschrieben. Auch das Quellenmaterial der „Presse“ sind Schwarzweiß-Kopien von Mikrofilmen, die eine seriöse Bildanalyse eigentlich unmöglich machen, da die Qualität der Fotos im Vergleich zur Lesbarkeit der Textpassagen nicht die Beste ist. So wurde beispielsweise dem Artikel betreffend der Neutralitätsbekundungen am Nationalfeiertag ein Foto angefügt, welches die Kranzniederlegung des Bundespräsidenten im Weiheraum im Äußeren Burgtor zeigt. Ein Bild, welches sich jedes Jahr wiederholt und dadurch auch erkennbar ist, wenn die Bildqualität schlecht ist. Ähnlich verhält es sich mit der Abbildung im Artikel über den Neujahrsempfang des Diplomatischen Corps. Das Bild ist hauptsächlich schwarz und es lässt sich nur erahnen, dass der Bundespräsident gerade eine Rede hält und ihm diplomatische Vertreter gegenüber stehen.

Aus diesen Gründen ist es mir leider nicht möglich eine adäquate Bildanalyse mit dem vorhandenen Bildmaterial der „Presse“ durchzuführen.

Im anschließenden Kapitel soll nun die gleiche Vorgehensweise auf das Gedenkjahr 2005 angewendet werden und in weiterer Folge als Conclusio die Ergebnisse der Jahre 1988 und 2005 miteinander verglichen werden.

6.) Der politische Diskurs des „Gedankenjahres“ 2005 in der medialen Darstellung

Dieses Kapitel ist vom Aufbau und der Struktur ident mit dem vorangegangenen Kapitel. Es werden „Kronenzeitung“, „Kurier“ und „Die Presse“ analysiert, damit der politische Diskurs des Gedenkjahres 2005 nachgezeichnet werden kann. Wieder sollen sowohl Textbeiträge als auch Bilder analysiert und interpretiert werden.

Das Jahr 2005 war für die Republik Österreich ein wichtiges Jubiläumsjahr mit einer Vielzahl an Jahrestagen, wovon nur einige genannt werden sollen:

- 60 Jahre Gründung Republik Österreich
- 50 Jahre Staatsvertragsunterzeichnung
- 50 Jahre Neutralitätsgesetz
- 50 Jahre Mitgliedschaft Vereinte Nationen
- 50 Jahre Wiedereröffnung Staatsoper und Burgtheater
- 10 Jahre EU-Beitritt

Das Etikett „Gedankenjahr“ meint in erster Linie die positive Darstellung der österreichischen Vergangenheit seit 1945, wobei das Hauptaugenmerk in der Planung und Gestaltung dieses Jubiläumsjahres auf das 50. Jubiläum der Unterzeichnung des Staatsvertrages ausgerichtet war.¹³⁷ Der Begriff steht auch völlig im Gegensatz zum Etikett von 1988, welches im ersten Moment eher traurige oder bedrückende Assoziationen mit sich bringt. Ebenso wurde für das Jahr 2005 nicht der Begriff „Jubeljahr“ verwendet. Eine mögliche Erklärung hierfür ist meiner Meinung, dass diese

¹³⁷ Für die Analyse wesentlicher Aspekte siehe: Rudolf de Cillia, Ruth Wodak (Hg.), Gedenken im „Gedankenjahr“. Zur diskursiven Konstruktion österreichischer Identitäten im Jubiläumsjahr 2005, Studienverlag Innsbruck 2009.

Bezeichnung alle nationalsozialistischen österreichischen Verbrechen ausblendet und gleichzeitig sich die Opfer jener Zeit verhöhnt vorkommen könnten.

Wer den Begriff „Gedankenjahr“ erfand ist strittig. Einerseits wird Bundeskanzler Schüssel als Erfinder dieses Schlagwortes genannt, da er dieses bei der Programmpräsentation im November 2004 mehrfach verwendete. Andererseits reklamiert aber auch die Historikerin und Journalistin Helene Maimann den Begriff für sich. Sie behauptet, dass sie das Wort in einem Gespräch mit Wolfgang Lorenz, dem späteren Hauptverantwortlichen des ORF-Programmschwerpunktes, im Oktober 2004 erfunden hat. Wer diese Bezeichnung jetzt nun wirklich zuerst verwendet hat, wird sich vermutlich nicht mehr klären lassen können.¹³⁸

Jedenfalls konzentrierte sich die Bundesregierung in ihrem offiziellen Gedenken auf drei wesentliche Jahrestage. Im Mittelpunkt standen die Jahre 1945, 1955 und 1995 oder anders gesagt, der 60. Jahrestag der Gründung der Zweiten Republik, der 50. Jahrestag der Unterzeichnung des Staatsvertrages und der 10. Jahrestag des Beitritts zur Europäischen Union. Aus Anlass dieses Gedenkjahres wurden vom Bundespressedienst ein so genanntes Lesebuch¹³⁹ und zwei Broschüren¹⁴⁰ herausgegeben, die genau auf diese drei Daten direkt Bezug nehmen.

Im Gegensatz zum „Bedenkjahr 1988“ gibt es für das „Gedankenjahr 2005“ auf den ersten Blick keinen so eindeutigen Referenzpunkt. Von Seiten der Bundesregierung wurde das Jahr 1955 mit der Staatsvertragsunterzeichnung gewählt. An diesen Akt sollte 2005 am Originalschauplatz in einem großen Rahmen erinnert und gedacht werden. Warum von offizieller Seite dieser Bezugspunkt ausgewählt wurde, ist meiner Meinung nach sehr einfach zu erklären. Das Jahr 1955 ist in jeder Gesellschaftsschicht der österreichischen Bevölkerung positiv konotiert, ganz im Gegensatz zum Kriegsende 1945 beispielsweise. 1955 wird von der Bevölkerung Österreichs als ein

¹³⁸ Vgl. Barbara Tóth, Streit ums Copyright, in: Der Standard, 19.1.2005, S. 7.

¹³⁹ Bundespressedienst (Hg.), Österreich 2005. Das Lesebuch zum Jubiläumsjahr mit Programmübersicht, Residenz Verlag im Niederösterreichischen Pressehaus 2004.

¹⁴⁰ Helmut Wohnout, Hans Haider (Hg.), Österreich 2005 – ein Gedankenjahr. 1995, 1955, 1945, Bundeskanzleramt Bundespressedienst Wien 2005. Helmut Wohnout, Hans Haider (Hg.), 2005 – Ein Gedankenjahr. Gedanken, Termine, Bücher, 1945 – 1955 – 1995 – 2005, Bundeskanzleramt Bundespressedienst Wien 2006.

„Jubiläum“ verstanden, es ist das Jahr, in welchem Österreich seine vollständige Souveränität erlangte. Oftmals wird das Jahr 1955 als Jahr der endgültigen Befreiung interpretiert, nachdem in diesem Jahr die Alliierten Österreich verließen. Meiner Meinung nach ist die Bezeichnung „Befreiung“ etwas irreführend, da dies den Eindruck erwecken kann, dass die Republik Österreich nach Ende des Zweiten Weltkrieges und der Befreiung vom Nationalsozialismus ein zweites Mal besetzt wurde und noch einmal befreit werden musste. Dies suggeriert in einer gewissen Art eine Gleichsetzung der Zeit der Nationalsozialismus und der so genannten Besatzungszeit der Alliierten. Eine solche Gleichsetzung ist in meinen Augen schlichtweg falsch, weil nach 1945 einerseits die demokratische Republik Österreich wieder existierte und andererseits wieder eine Bundesregierung installiert und später durch freie Wahlen 1949 legitimiert wurde.

Obwohl es eigentlich eine Vielzahl anderer Referenzmöglichkeiten gegeben hat setzte sich im offiziellen Gedenken eindeutig das Jahr 1995 als Anknüpfungspunkt durch. Dies wird auch durch die beiden großen so genannten Staatsvertragsausstellungen im Wiener Belvedere und auf der Schallaburg in Niederösterreich deutlich.

Dieses Gedenkjahr, mit unzähligen Gründen für eine Feier ist auch gekennzeichnet von einem Skandal betreffend der Verharmlosung der nationalsozialistischen Vergangenheit, die so genannte „Affäre Kampl“ oder „Kampl – Gudenus – Affäre“. Diese Bundesräte zeichneten sich dadurch aus, dass Siegfried Kampl, der kurz vor der Periode des Vorsitzenden des Bundesrates stand, sich gegen die Rehabilitierung von Wehrmachtsdeserteuren aussprach und diese als „Kameradenmörder“ bezeichnete.¹⁴¹ John Gudenus leistet sich gleich einige unpassende Äußerungen betreffend der Existenz von Gaskammern in Konzentrationslagern. Diese „Affären“ werden später genauer beleuchtet.

Ebenfalls im Zentrum der Tagespolitik stand der Abschluss von Gerichtsprozessen in den USA, wodurch die Auszahlung von Entschädigungszahlungen aus dem Entschädigungsfonds möglich wurde. Auch hierauf wird noch näher eingegangen.

¹⁴¹ Vgl. Stenographisches Protokoll: 720. Sitzung des Bundesrates der Republik Österreich: Donnerstag 14. April 2005, S. 124 – 125, http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/BR/BRSITZ/BRSITZ_00720/fname_044485.pdf (Stand: 19.12.2011)

6.1.) „Kronenzeitung“ 2005

Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich, wie für das Jahr 1988, über das gesamte Kalenderjahr 2005, das heißt vom 1. Jänner 2005 bis zum 31. Dezember 2005. Insgesamt wurden 52 Textbeiträge¹⁴² und 34 Bildbeiträge hauptsächlich im Ressort „Politik“ recherchiert. In der Sonntagsausgabe vom 9. Jänner 2005 bildete die „Krone-Bunt“ eine Art Sonderbeilage mit dem Titel „Jubiläumsjahr 2005 – 60 Jahre Zweite Republik, 50 Jahre Staatsvertrag, 10 Jahre EU-Beitritt“, die sich mit dem Jubiläumsjahr im Speziellen beschäftigte.¹⁴³ Da dies aber primär historische Darstellungen beziehungsweise Hinweise auf Ausstellungen waren, wurde diese Beilage von der Untersuchung ausgeklammert.

Daraus ergab sich dann, dass der erste relevante Textbeitrag vom 15. Jänner 2005 und der letzte vom 10. Dezember 2005 stammt. Das nachfolgende Diagramm zeigt wieder die Verteilung der Berichterstattung und es wird deutlich, dass der Höhepunkt im Mai war, was wiederum mit der Feststellung zusammengeht, dass das Gedenken des offiziellen Österreichs seinen Höhepunkt mit den Feierlichkeiten zur Erinnerung an die Unterzeichnung des Staatsvertrages findet.

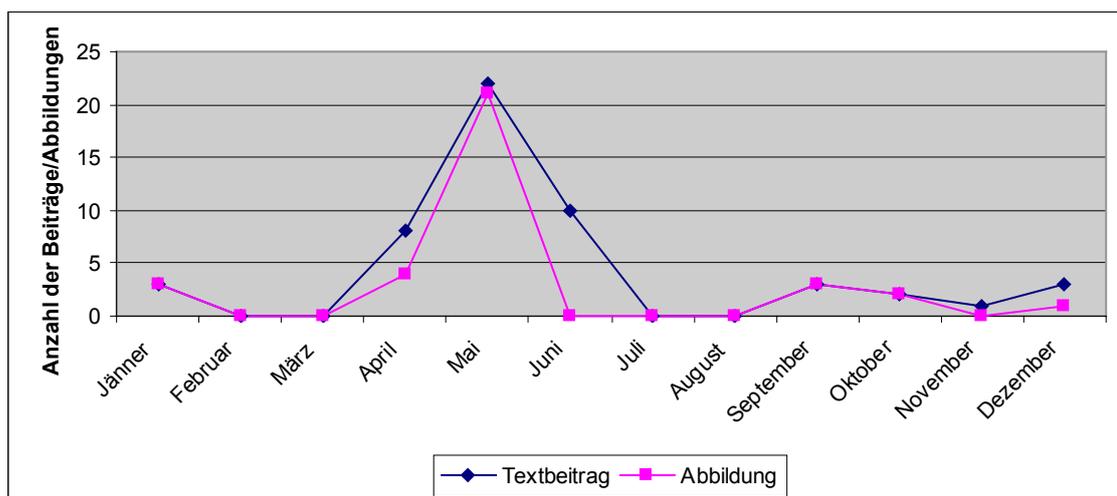


Abbildung 7: „Kronenzeitung“ 2005

¹⁴² Eine Auflistung sämtlicher Textbeiträge findet sich im Anhang.

¹⁴³ Für die Analyse der Darstellung des Staatsvertragsjubiläums in Printmedien im speziellen siehe: Bibiana Kernegger, Der österreichische National-Mythos Staatsvertrag – das kollektive Gedächtnis in ‚Krone‘, ‚Presse‘ und ‚Standard‘ und die Spur der Medien, Diplomarbeit Universität Wien 2009.

Im Artikel vom 15. Jänner 2005 wurde über die Auftaktveranstaltung zum Jubiläumsjahr im Parlament berichtet. Diese, von Nationalrat und Bundesrat gemeinsam veranstaltete, Sitzung war jedoch von der Tsunami – Flutkatastrophe in Südostasien überschattet, wodurch die Jubiläumsveranstaltung eigentlich gleich wieder zu einer Gedenkveranstaltung, zumindest für einen Augenblick, wurde. Bundeskanzler Schüssel betonte, dass die Staatsmaxime sei, keine Kriege mehr zu führen und Nationalratspräsident Khol beschrieb eine Erfolgsgeschichte Österreichs, der zufolge heute jeder und jede den Staat Österreich will.¹⁴⁴ Dies ist eine Anspielung auf das Buch von Hellmut Andics „Der Staat, den keiner wollte“, welches als Sujet für die Erste Republik oftmals verwendet wird. In diesem sehr kurzen Beitrag zur Auftaktveranstaltung geht jedoch nicht hervor, dass beispielsweise die Flutkatastrophe zum Anlass genommen wurde, diese Katastrophe in gewisser Weise mit den nationalsozialistischen Verbrechen zu vergleichen. So verglich Bundeskanzler Schüssel in seiner Rede die Auswirkungen des Krieges mit den Auswirkungen der Flut. Nach Ruth Wodak und Rudolf de Cillia bedeutet eine solche Naturalisierung, dass versucht wird, die historischen Ereignisse als „naturegegeben“ darzustellen, für die Menschen keine Verantwortung tragen können.¹⁴⁵ Es wird also gleich durch den ersten untersuchten Artikel deutlich, dass die Berichterstattung in der „Kronenzeitung“ eine sehr selektive ist.

Vereinzelt finden sich in der „Kronenzeitung“ Berichte über abgehaltene wissenschaftliche Tagungen oder Symposien, so beispielsweise der Bericht über das Symposium „Widerstand in Österreich 1938 – 1945“ wo in einem Nebensatz erwähnt wird, dass Bundespräsident Fischer die demonstrative Aufhebung von Urteilen der NS-Sondergerichte forderte.¹⁴⁶ Eine Forderung, die noch eine größere Diskussion auslösen wird, jedoch dazu später mehr.

Dem 60. Jahrestag der Gründung der Zweiten Republik widmete die „Kronenzeitung“ relativ wenig Platz. Am 27. April war das Titelbild eine zeitgenössische Fotografie mit Karl Renner, vermutlich vor dem Parlament, den Hut schwingend um die wahrscheinlich wartende Bevölkerung zu begrüßen. In der

¹⁴⁴ Vgl. Dieter Kindermann, Österreich, ein Staat, den jetzt alle wollen, in: Kronenzeitung, 15.1.2005, S. 2.

¹⁴⁵ Vgl. de Cillia/Wodak, Gedenken, S. 39 – 40.

¹⁴⁶ Vgl. Dieter Kindermann, Die Tollkühnheit, sich gegen das NS-Mordregime zu stellen, in: Kronenzeitung, 20.1.2005, S. 4.

Berichterstattung wurde lediglich auf einen TV-Auftritt des Bundespräsidenten in der „Zeit im Bild 1“ verwiesen. Hierbei dankte er einerseits den Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfern und andererseits auch den am Wiederaufbau des Landes Österreich Beteiligten.¹⁴⁷ Die Republikfeierlichkeiten wurden jedoch von einem ersten Skandal überschattet. Bundesrat John Gudenus hatte in einer ORF-Sendung die Existenz von Gaskammern relativiert. Bundespräsident Fischer reagierte beim Festakt zum „Republikgeburtstag“ mit dem Hinweis, dass die Verfolgung von Andersdenken während des Nationalsozialismus und nicht in der Zweiten Republik stattfand. Noch deutlicher formulierte es der Bundeskanzler, der überhaupt feststellte, dass jemand, der den Holocaust leugne nicht in demokratische Gremien passt.¹⁴⁸ Diese scharfe Reaktion des Bundeskanzlers ist meiner Meinung nach dahingehend interpretierbar, als eine grundsätzliche Verurteilung von Revisionismus beziehungsweise Leugnen nationalsozialistischer Verbrechen, da dies dem politischen Grundkonsens der politischen Eliten der Zweiten Republik widerspricht. Ähnlich deutlich verurteilte Nationalratspräsident Khol bei der jährlichen Gedenksitzung zum „Tag gegen Gewalt und Rassismus“ das Verhalten der Bundesräte Kampl und Gudenus. Ein solches Verhalten widerspreche dem Grundkonsens der politischen Eliten. Sowohl Schüssel als auch Khol verweisen darauf, dass solche Personen, die nicht für ein „Nie Wieder“ eintreten, eigentlich keinen Platz im Hohen Haus haben sollten.¹⁴⁹

Im Zuge der Berichterstattung um das Staatsvertragsjubiläum erwähnt Dieter Kindermann die beschlossene symbolische Geste für Widerstandskämpfer und Trümmerfrauen in einem Atemzug.¹⁵⁰ Es entsteht der Eindruck einer Gleichsetzung der verschiedenen Opfer. In ähnlicher Weise kann man die real geführte politische Debatte zu diesem Gesetzesbeschluss interpretieren, darauf habe ich bereits an anderer Stelle verwiesen. Die Ausgabe vom 17. Mai 2005 beinhaltet fünf Seiten Berichte über die Feierlichkeiten, jedoch finden sich dort wenig politisch relevante Inhalte sondern werden primär Gesellschaftsthemen angesprochen. Dies erstaunt doch sehr, da davon

¹⁴⁷ Vgl. N.N. Viele starben im Kampf für Österreichs Unabhängigkeit, in: Kronenzeitung, 27.4.2005, S. 1 bzw. S. 4.

¹⁴⁸ Vgl. N.N. Die Wiedergeburt Österreichs: Bei Festakt Empörung über Bundesrat, in: Kronenzeitung, 28.4.2005, S. 3.

¹⁴⁹ Vgl. Dieter Kindermann, Gedenken an Opfer des Holocaust. Absage an Gewalt und Rassismus, in: Kronenzeitung, 5.5.2005, :S 2 – 3.

¹⁵⁰ Vgl. Dieter Kindermann, Die Trümmerfrauen, in: Kronenzeitung, 13.5.2005, S. 2.

auszugehen ist, dass bei den Ansprachen der anwesenden Politikerinnen und Politiker auch Verweise auf die Situation, die zur Staatsvertragsunterzeichnung führte oder Folgen dieser Unterzeichnung gemacht worden sind. Eben eine kurze Skizzierung der Ereignisse, wie es bei solchen Veranstaltungen üblich ist. Es wird lediglich kurz erwähnt, dass Bundeskanzler Schüssel erwähnte, dass die Signatarstaaten Österreich die „Freiheit“ gaben und die Republik Österreich diese wiederum nutzte, indem sie eine große Zahl von Flüchtlingen im Laufe der Jahre aufnahm.¹⁵¹

Die „Affäre Kampl“ beziehungsweise „Gudenus-Kampl-Affäre“ wird in der „Kronenzeitung“ relativ wenig thematisiert. Aber wenn sie zur Sprache kommen, dann zumeist im Zusammenhang mit dem Problem, dass sich SPÖ und ÖVP nicht auf eine gemeinsame Lösung einigen können und es einige Zeit dauern wird, bis sich alle im Nationalrat vertretenen Parteien auf eine „Lex Kampl“ einigen werden.¹⁵²

Die Thematik der Entschädigungszahlungen an Opfer des Nationalsozialismus wird ebenso nur kurz angesprochen. Es wird darauf verwiesen, dass eine Auszahlung der Entschädigung erst dann erfolgt, wenn die so genannte Rechtssicherheit besteht, das heißt in den USA keine Klage mehr anhängig ist. Dieser Zustand trat Ende des Jahres schlussendlich auch ein. Sowohl Bundeskanzler Schüssel, der zum Zeitpunkt der Bekanntgabe noch auf Staatsbesuch in den USA war, als auch Nationalratspräsident Khol zeigten sich sehr erfreut über diese Entwicklung. Am deutlichsten wird dies meiner Meinung nach durch folgende Äußerung Khols am 10. Dezember 2005: „Wir setzen keinen Schlussstrich, sondern einen Schlussstein“.¹⁵³

¹⁵¹ Vgl. Dieter Kindermann, Signatarstaaten zollten Österreich großen Respekt, in: Kronenzeitung, 17.5.2005, S: 4 – 5.

¹⁵² Vgl. Dieter Kindermann, ÖVP zieht in Causa Kampl Notbremse!, in: Kronenzeitung, 4.6.2005, S. 2. oder: Peter Gnam, Abgeschoben..., in: Kronenzeitung, 8.6.2005, S. 3.

¹⁵³ Vgl. Dieter Kindermann, Erste Entschädigungen für die NS-Opfer noch heuer ausbezahlt, in: Kronenzeitung, 10.12.2005, S. 3. Vergleiche außerdem Kurt Seinitz, Rechtsfrieden: Jüdische Opfer können entschädigt werden, in: Kronenzeitung, 9.12.2005, S. 2

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass es insgesamt relativ schwierig ist, aus der Berichterstattung den politischen Diskurs herauszulesen. Analysiert man nur die „Kronenzeitung“, so ist es meiner Meinung nach eigentlich unmöglich einen politischen Diskurs zu erkennen und diesen dann auch beschreiben zu können. Es sind vereinzelt sozusagen „Blitzlichter“ zu erkennen, aber diese sind schwierig in einen größeren Zusammenhang zu setzen. Mit „Blitzlichter“ ist beispielsweise die Verurteilung der Äußerungen Gudenus gemeint, in der auf einen gemeinsamen Grundkonsens und ein „Nie-Wieder-Bekenntnis“ verwiesen wird.

Die Bildanalyse gestaltet sich ebenso nicht sonderlich leicht. Neben Portraitbildern und eines Fotos der Gedenkveranstaltung „Tag gegen Gewalt und Rassismus“ im Parlament vom 5. Mai 2005 finden sich vor allem bildliche Darstellungen zum Themenkomplex Staatsvertragsabschluss in den untersuchten Printausgaben. Häufig ist hierbei der Original-Staatsvertrag mit verschiedenen politischen Repräsentantinnen und Repräsentanten abgebildet. Gleichfalls finden sich Fotos der feiernden Bevölkerung in der Gartenanlage des Belvederes sowie der „Vier im Jeep“, verkörpert durch die Botschafter der vier Signatarstaaten, in den Ausgaben vom 13. Mai 2005 beziehungsweise 15. Mai 2005. Schlussendlich fiel die Auswahl des Bildes auf die berühmte „Balkonszene“ des Belvederes, weil hier 2005 versucht wurde die Szene von 1955 exakte zu kopieren. Damit meine ich, dass die politischen Repräsentanten der damaligen Signatarstaaten und die österreichische Außenministerin, der Bundespräsident, der Bundeskanzler und der Vizekanzler auf den Balkon traten und sich der Öffentlichkeit zeigten. Die „Balkonszene“ 1955 sowie der Ausspruch „Österreich ist frei!“ vom damaligen Außenminister Leopold Figl sind Synonyme für die Staatsvertragsunterzeichnung 1955 und bis heute Bestandteil der österreichischen Erinnerungskultur.

Die gegenüber gestellten Bilder zeigen beide einen Balkon mit einer größeren Zahl von Menschen. Auf dem linken Balkon sind insgesamt 10 Männer und keine einzige Frau zu sehen, gleichzeitig hält der in der Mitte stehende Mann ein Buch in der Hand, welches er vom Balkon zeigt. Auf dem rechten Balkon befinden sich hingegen insgesamt 8 Personen, wovon eine Person eine Frau ist. Diese ist auch deutlich durch ihre hellere Kleidung erkennbar. Des Weiteren klatschen bis auf eine Person alle in die Hände. Der nicht-klatschende Mann hat hingegen den Arm etwas vom Körper weg angehoben.

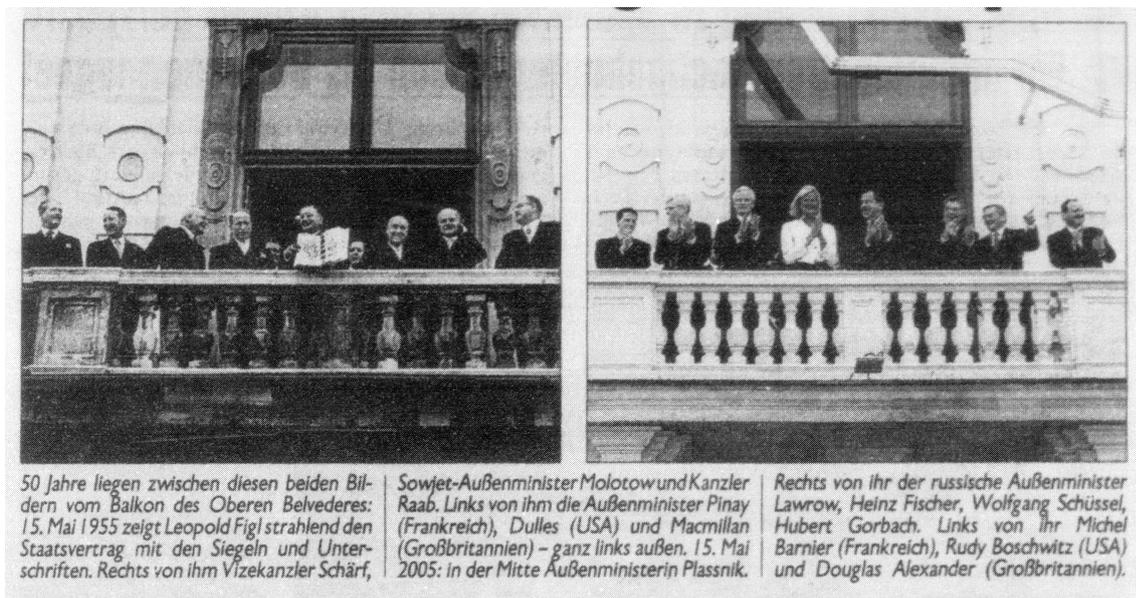


Abbildung 8: „Kronenzeitung“, 17. Mai 2005: Balkonszene 1955 versus 2005¹⁵⁴

Setzt man die beiden Bilder nun in einen Kontext, so weiß man, dass das linke Bild die berühmte Balkonszene des Jahres 1955 ist. Nach der Unterzeichnung des Staatsvertrages am 15. Mai 1955 betrat der damalige Außenminister Figl mit seinen Amtskollegen der Alliierten Mächte und Vizekanzler Schärff den Balkon des Oberen Belvederes in Wien. Figl zeigte den unterschriebenen Staatsvertrag mit samt seinen Siegeln der wartenden österreichischen Bevölkerung, die bekannterweise in Jubel ausbrach. Das rechte Foto, das Pendant sozusagen zum linken, stammt aus dem „Gedankenjahr“ 2005 während der Feierlichkeiten zum Staatsvertragsjubiläum und

¹⁵⁴ Dieter Kindermann, Signatarstaaten zollten Österreich großen Respekt, in: Kronenzeitung, 17.5.2005, S. 5.

zeigt die damalige Außenministerin Plassnik mit ihren Amtskollegen der ehemaligen Alliierten Mächte. Des Weiteren sind Bundespräsident, Bundeskanzler und Vizekanzler auf dem Balkon.

Dass die Jubiläumsfeierlichkeiten zur Unterzeichnung des Staatsvertrages an der gleichen Stelle stattfinden wie die damalige Staatsvertragsunterzeichnung soll meiner Meinung nach den identitätsstiftenden Charakter des Staatsvertrages unterstützen. So wurde von Seiten der politischen Elite bewusst der Ort des Geschehens ausgewählt und die Balkonszene in ähnlicher Weise wiederholt. So wie sich 1955 die damaligen Politiker der wartenden jubelnden Menge präsentierten wollte man das Ereignis 2005 wiederholen. Die Balkonszene des Jahres 1955 ist eine Momentaufnahme, die vermutlich die gesamte österreichische Bevölkerung, auch Personen die drei oder vier Jahrzehnte später geboren sind, kennt und bei jeder Gelegenheit tradiert wird. Der Tag der Unterzeichnung 1955 stellt in gewisser Weise einen Tag der Einheit und Gemeinsamkeit dar. Es liegt die Vermutung nahe, dass die Szene 2005 wiederholt wurde, um wieder ein gemeinsames Moment, ein gemeinsames Erlebnis zu konstruieren, eben ähnlich wie es 1955 war.

Im folgenden Abschnitt wird das Datenmaterial des „Kurier“ für den Untersuchungszeitraum analysiert.

6.2.) „Kurier“ 2005

Ein deutlicher Unterschied zum Datenmaterial betreffend die „Kronenzeitung“ ist die ungläubliche Fülle an Textbeiträgen, nämlich genau 102 relevante Beiträge¹⁵⁵ vor allem aus dem Ressort „Politik“, und ebenso nicht minder wenigen Bildbeiträgen, nämlich 61 Fotografien. Das unten abgebildete Diagramm zeigt, dass in der ersten Hälfte des Jahres, mit Ausnahme von Februar und März, eine vermehrte Textproduktion zu erkennen ist, und ähnlich wie in der „Kronenzeitung“ der Monat Mai den Höhepunkt bildet.

Der erste relevante Artikel stammt vom 4. Jänner 2005 und der letzte, in die Analyse miteinbezogene, Artikel stammt vom 14. Dezember 2005. Auch vom „Kurier“ wurde zum Gedenkjahr eine Sonderausgabe produziert. Diese Ausgabe wird nicht in die Analyse miteinbezogen. Inhaltlich konzentriert sich diese auf die drei großen Jubiläen des Jahres, Republikgründung, Staatsvertragsunterzeichnung und EU-Beitritt, welche von politischen Zeitzeugen kommentiert werden. In dieser Art der Darstellung lässt sich kein aktueller politischer Diskurs ablesen und daher klammere ich diese Sonderbeilage aus. Ebenso wurde die zweite Sonderbeilage zur Staatsvertragsausstellung im Belvedere in der Untersuchung nicht berücksichtigt. Diese Beilage kann als Werbung für diese Ausstellung angesehen werden.

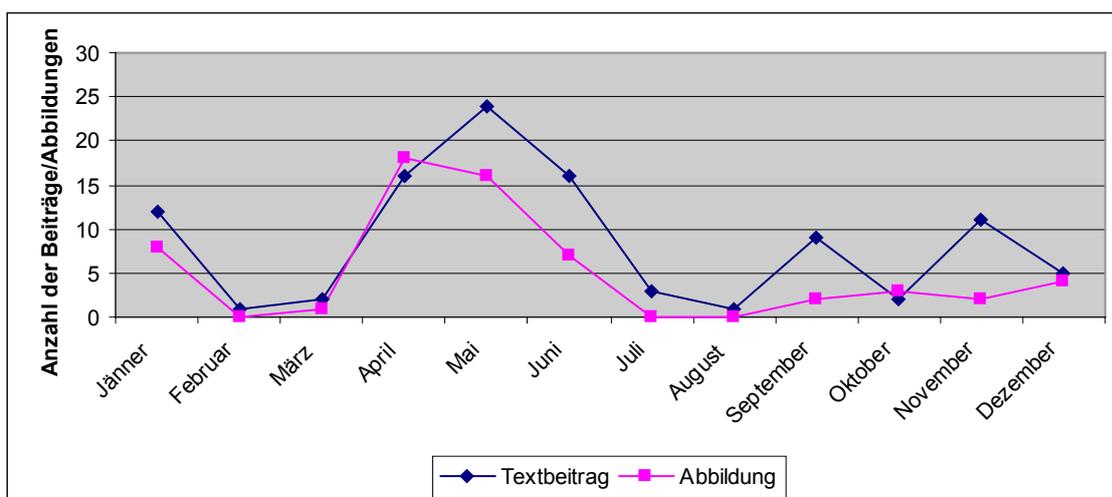


Abbildung 9: Datenmaterial „Kurier“ 2005

¹⁵⁵ Eine Auflistung sämtlicher Titel findet sich im Anhang.

Bereits der erste Artikel vom 4. Jänner 2005 lässt eine differenzierte Haltung zum Gedenkjahr erkennen. So lehnt in diesem Beitrag der Wiener Bürgermeister ein Jubiläumsjahr mit zuviel Spektakel ab. Unter Spektakel versteht er die geplanten Projekte „Inszenierung einer Bombennacht über Wien“ und die „Aushebung eines Massengrabes am Heldenplatz“. Gleichzeitig betonte er, dass für den Erfolg der Zweiten Republik keine politische Partei alleine verantwortlich ist und aus diesem Grund die Feierlichkeiten auch nicht „parteipolitisch vereinnahmt“ werden sollen. Außerdem bekräftigte er, dass die Kapitulation 1945 ein Freudentag sei und Bundeskanzler Schüssel dafür verantwortlich ist, ob auch der Koalitionspartner dies so sieht. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Wiener Bürgermeister seinen Kommentar zum Gedenkjahr eigentlich für eine politische Kritik an der ÖVP benützt.¹⁵⁶

Die Berichterstattung im Jänner ist vor allem von der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit des Bundes Sozialdemokratischer Akademiker (BSA) gekennzeichnet. In einer vom BSA in Auftrag gegebenen Studie wurde bekannt, dass dieser nach 1945 ohne Bedenken ehemalige Nationalsozialisten in ihre Reihen aufnahm und teilweise sogar von der Parteispitze dafür interveniert wurde. Als eine Art Trotzreaktion kann meiner Meinung nach der Austritt des ehemaligen Nationalratspräsidenten Gratz interpretiert werden, der nach Veröffentlichung der Studie sich vom BSA abwendete.¹⁵⁷

Im Vergleich zur Berichterstattung über die Auftaktveranstaltung zum Jubiläumsjahr in der „Kronenzeitung“ wird im Beitrag des „Kuriers“ deutlich, dass die Jahre seit der Gründung der Zweiten Republik teilweise unterschiedlich bewertet wurden, aber grundsätzlich darüber Einigkeit herrscht, dass aus der Vergangenheit etwas gelernt wurde. Von besonderem Interesse ist meiner Meinung nach der kleine Hinweis auf eine Art Schuldeingeständnis von Bundeskanzler Schüssel wenn er sagt „in den Jahren seit 1945 zwar manches versäumt worden sei, die Richtung aber stimme“. Diese Bemerkung kann dahingehend interpretiert werden, dass der Umgang mit der eigenen nationalsozialistischen Vergangenheit nicht immer korrekt war und dass viel zu spät erst die Frage der Entschädigung der Opfer von nationalsozialistischen Verbrechen

¹⁵⁶ Vgl. N.N., Häupl lehnt Spektakel und „parteipolitische Vereinnahmung“ ab, in: Kurier, 4.1.2005, S. 8.

¹⁵⁷ Vgl. Daniela Kittner, Braune Flecken: Austritte Prominenter aus dem BSA, in: Kurier, 21.1.2005, S. 3. Siehe außerdem Simon Kravagna, Ex-Nazis waren im SP-Vorstand, in Kurier, 15.1.2005, S. 2.

behandelt wurde. Dass man jetzt auf einem richtigen Weg sei, kann meiner Ansicht nach so verstanden werden, dass zum damaligen Zeitpunkt verschiedene Entschädigungsleistungen vereinbart waren und ein Teil auch bereits ausbezahlt wurde.¹⁵⁸

Ein eindeutiges Bekenntnis zu einem kritischen Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit beziehungsweise ein Eingestehen einer Mitverantwortung wird in den Äußerungen von Nationalratspräsident Khol im Rahmen des Symposiums „Widerstand in Österreich 1938 – 1945“ deutlich. Bei der gleichen Veranstaltung sprach sich der Bundespräsident auch für eine Anerkennung der Deserteure als eine späte Einsicht aus.¹⁵⁹

Für Aufsehen sorgte die Feststellung des FPÖ-EU-Abgeordneten Mölzer, der zwar die Ansicht teilt, dass auch Teile der österreichischen Bevölkerung an nationalsozialistischen Verbrechen aktiv beteiligt waren aber gleichzeitig betonte er, dass die heutige Republik Österreich keine Mitverantwortung trage. Bezeichnend ist, dass diese Äußerungen zum 60. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz erfolgten. Als Reaktion darauf bekannten sich sowohl Vizekanzler Gorbach als auch der Klubchef der FPÖ (Freiheitliche Partei Österreichs) Scheibner zur Mitverantwortung.¹⁶⁰ Diese Episode zeigt deutlich, dass es in der Republik Österreich zwar einen Grundkonsens über die nationalsozialistische Vergangenheit gibt, aber gleichzeitig auch Raum für verschiedene, teilweise auch fragwürdige Interpretationen ist.

Wie bereits gesagt stand das Staatsvertragsjubiläum im Mittelpunkt der Feierlichkeiten im Gedenkjahr 2005. Dies wird durch zwei großen Staatsvertragsausstellungen verdeutlicht. Bundeskanzler Schüssel zeigte sich besonders stolz darüber, dass der Original-Staatsvertrag erstmals für einen kurzen Zeitraum in Österreich ausgestellt werden konnte.

¹⁵⁸ Vgl. Magdalena Rauscher-Weber, Gaby Konrad, Ein Fest mit Trauerflor, in: Kurier, 15. Jänner 2005, S. 3.

¹⁵⁹ Vgl. Otto Klambauer, Späte Ehre für den Widerstand, in: Kurier, 20.1.2005, S. 2.

¹⁶⁰ Vgl. N.N., „Heutiges Österreich hat keine Mitverantwortung“, in: Kurier, 28.1.2005, S. 5. Und: N.N., Mölzers Geschichtsbild: Blaue distanzieren sich voneinander, in: Kurier, 29.1.2005, S. 2

Im April begann die „Affäre Kampl“, in der, wie bereits gesagt, Bundesrat Kampl Wehrmachtsdeserteure als „Kameradenmörder“ beschimpfte und gleichzeitig von „brutaler Naziverfolgung“ nach dem Zweiten Weltkrieg sprach. Zusammenfassend lässt sich über diese Causa sagen, dass Kampl eine Opfer-Täter-Umkehr versucht vorzunehmen, indem er Wehrmachtsdeserteure indirekt beschuldigt, für den Tod von Kameraden verantwortlich zu sein und gleichzeitig davon spricht, dass nach Ende des Zweiten Weltkrieges ungerechtfertigterweise Personen mit nationalsozialistischer Gesinnung verfolgt wurden. Die politischen Reaktionen waren sehr unterschiedlich: Das BZÖ (Bündnis Zukunft Österreich), dessen Mitglied Kampl war, versuchte die Aussagen zu relativieren indem auf persönliche Erfahrungen Kampls verwiesen wurde. Die ÖVP hingegen äußerte sich lange Zeit nur sehr marginal zur Problematik. Vor allem wurde von Seiten der Opposition kritisiert, dass Bundeskanzler Schüssel sich nicht sofort zu Wort meldete oder Schritte gegen Kampl unternahm, nachdem dieser neuer Vorsitzende des Bundesrates werden sollte, was schlussendlich durch die Anlassgesetzgebung „Lex Kampl“ verhindert wurde. Diese Gesetzesänderung wurde interessanterweise von der ÖVP initiiert, nachdem diese einige Zeit relativ zurückhaltend agiert hatte. Dass der Vorstoß hierfür von der ÖVP kam lässt sich meiner Meinung nach dadurch erklären, dass die Gefahr bestand, dass die Regierungspartei ihre Glaubwürdigkeit betreffend des Umgangs mit der nationalsozialistischen Vergangenheit verlieren würde. Da sie zwar vehement für die Einhaltung des Grundkonsenses der Zweiten Republik eintrat aber gleichzeitig sich nur sehr marginal zur Causa Kampl äußerte kann auch so interpretiert werden, dass Kampl Parteimitglied des Koalitionspartners war und man diesen anfangs nicht verstimmen wollte.¹⁶¹ Zusammenfassend lässt sich sagen, dass durch diese Causa deutlich geworden ist, dass eine einheitliche politische Beurteilung der nationalsozialistischen Vergangenheit auch am Beginn des 21. Jahrhunderts in Österreich Schwierigkeiten mit sich bringt.

¹⁶¹ Vergleiche hierfür die entsprechenden Beiträge in der Titelaufstellung im Anhang. Für eine detaillierte Analyse dieses Skandals siehe: Jakob Engel, Ruth Wodak, Kalkulierte Ambivalenz, „Störungen und das Gedankenjahr“: Die Causen Siegfried Kampl und John Gudenus, in: Rudolf de Cillia, Ruth Wodak (Hg.), Gedenken im „Gedankenjahr“. Zur diskursiven Konstruktion österreichischer Identitäten im Jubiläumsjahr 2005, Studienverlag Innsbruck 2009, S. 79 – 99.

Die „Affäre Kampl“ beziehungsweise die „Affäre Gudenus-Kampl“ überschattete auch die Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag der Republikgründung. Hier äußerte sich auch der Bundeskanzler deutlich indem er feststellte, dass Personen, die die Existenz von Gaskammern leugnen und/oder nationalsozialistische Verbrechen verharmlosen, nicht Teil des Institutionengefüges sein sollten. Ähnlich äußerte sich auch der Bundespräsident.¹⁶²

Die offiziellen Feierlichkeiten zum Staatsvertragsjubiläum waren von der Betonung der Wichtigkeit der Neutralität für die Republik Österreich gekennzeichnet. Hierbei wurde deutlich, dass die Neutralität bis heute eines der wichtigsten identitätsstiftenden Merkmale ist und eine Infragestellung dieser eigentlich nicht erwünscht ist. Genau eine solche Infragestellung äußerte aber Vizekanzler Gorbach als er davon sprach, dass eine Modifizierung dieser nötig sei. Diese Aussage löste zwar eine kurze Diskussion aus, jedoch war sich die politische Elite sehr schnell einig, dass der Vorschlag Gorbachs wenig sinnvoll ist.¹⁶³

Der Herbst 2005 war einerseits gekennzeichnet von der Bestürzung und Trauer über den Tod Simon Wiesenthals und andererseits zeichnete sich eine Lösung in der Frage der Entschädigungszahlungen ab. Diese symbolische Geste war jedoch davon abhängig, dass alle anhängigen Klagen vor Gericht in den USA fallen gelassen wurden. Erst dann war die so genannte Rechtssicherheit gegeben und es konnten Entschädigungszahlungen ausbezahlt werden. Der Beschluss des Nationalrates Vorauszahlungen zu leisten, da noch nicht alle Anträge für Entschädigungszahlungen bearbeitet sind, dies aber gleichzeitig die Voraussetzung für „echte“ Entschädigungszahlungen ist, zeigt meiner Meinung nach den Willen der Republik Österreich den Opfern von nationalsozialistischen Verbrechen zumindest symbolisch eine Entschädigung zu leisten. Ich bezeichne es als eine symbolische Geste weil ich der Ansicht bin, dass keine Entschädigungszahlungen, egal in welcher Höhe, das erfahrene Leid der Opfer nationalsozialistischer Verbrechen jemals mildern.

¹⁶² Vgl. Daniela Kittner, Ein „Tag der Freude“ mit dunklen Schatten, in: Kurier, 28.4.2005, S. 2.

¹⁶³ Vgl. Magdalena Rauscher-Weber, Nach der Staatsvertragsfeier neue Diskussion über Neutralität, in: Kurier, 17.5.2005, S. 2 – 3.

Von einer Bildanalyse wurde abgesehen, da einerseits der Grossteil der Abbildungen Portraitfotos der jeweils angesprochenen Politikerinnen oder Politiker sind und andererseits die restlichen Fotos auf Grund der Kopien zumeist von schlechterer Qualität sind.

Im nächsten Abschnitt wird das Datenmaterial der „Presse“ für den Untersuchungszeitraum analysiert. Eine Zusammenfassung und ein Vergleich der Ergebnisse der Analyse der Gedenkjahre 1988 und 2005 erfolgt im letzten Kapitel.

6.3.) „Die Presse“ 2005

Den Abschluss bildet nun die Berichterstattung in der „Presse“. Das Diagramm zeigt das Verhältnis zwischen Bildmaterial und Textmaterial, welches in etwa gleich ist, nämlich 67 zu 71. Die Textbeiträge der Wochenendbeilage „Spectrum“ habe ich aus meiner Analyse ausgeklammert, weil es sich hierbei vor allem um Schilderungen historischer Ereignisse oder die Kommentierung eines aktuellen Ereignisses handelt. Der erste relevante Artikel¹⁶⁴ ist vom 4. Jänner 2005 und der letzte Beitrag, ein Gastkommentar von Anton Pelinka, meiner Analyse stammt vom 27. Dezember 2005.

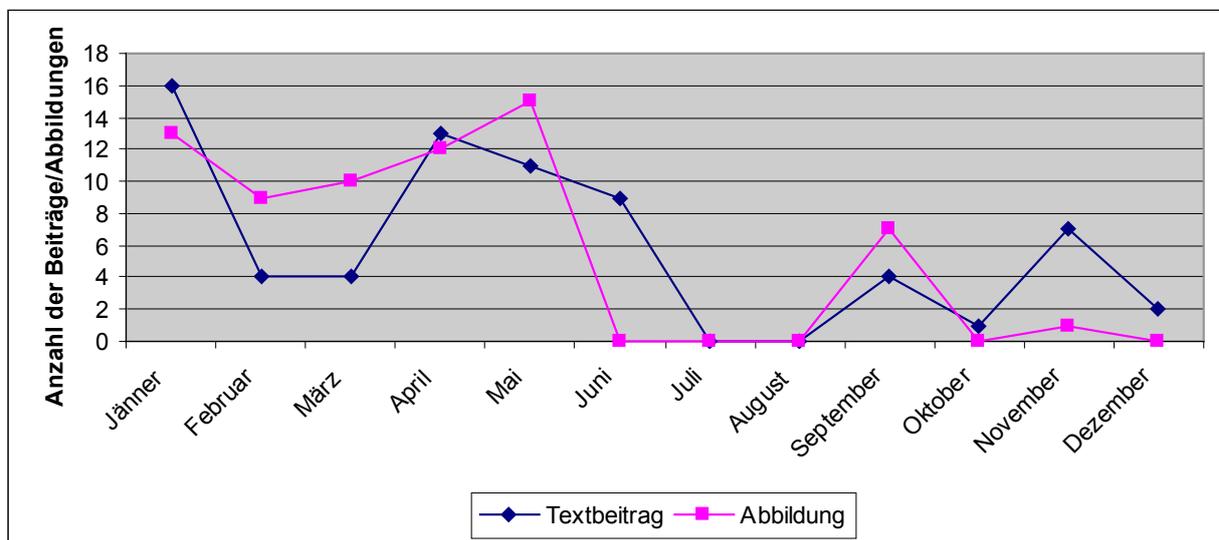


Abbildung 10: Datenmaterial „Die Presse“ 2005

Ähnlich wie der „Kurier“ beginnt auch „Die Presse“ ihre Berichterstattung über das Jubiläumsjahr mit dem Verweis des Wiener Bürgermeisters Häupl, dass das Gedenken nicht durch irgendeine Form der Parteipolitik vereinnahmt werden soll. Gleichzeitig betonte Häupl, dass im Zentrum der Veranstaltungen einerseits das Gedenken der Opfer des Nationalsozialismus und der Generation des Wiederaufbaus der Republik Österreich stehen und andererseits die Würdigung der Neutralität im Vordergrund stehen sollte.¹⁶⁵

¹⁶⁴ Eine Auflistung sämtlicher Artikel findet sich im Anhang.

¹⁶⁵ Vgl. Ernst Sittinger, Demokratiepaket als Wahlprogramm, in: Die Presse, 4.1.2005, S. 6.

Der Frage der so genannten „braunen Flecken“ in der SPÖ beziehungsweise im Bund Sozialdemokratischer Akademiker (BSA) widmet die Tageszeitung im Gegensatz zu den beiden anderen untersuchten Medien mehr Platz, da sie versuchte die Hintergründe der Integration von ehemaligen Nationalsozialisten nach 1945 in den BSA aufzuarbeiten.¹⁶⁶

Bereits im Jänner berichtet „Die Presse“ über die Schwierigkeiten beim Abschluss der Entschädigungszahlungen für Opfer nationalsozialistischer Verbrechen. Dabei stellt Rainer Nowak die gewagte These auf, dass die Regierung Schüssel I deswegen so ein großes Interesse an der Lösung der Entschädigungsfrage hatte um ein Gegenargument für die internationale Ablehnung dieser Koalition zu haben. Dieser Regierung gelang etwas, was alle Regierungen zuvor versäumt hatten. Es wurde sowohl die Frage der Entschädigung von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern als auch die Frage der allgemeinen Entschädigung von Opfern nationalsozialistischer Verbrechen gelöst. Für die Lösung der zweiten Frage wurde das so genannte Washingtoner Abkommen 2001 unterzeichnet, worin sich Österreich zu Entschädigungszahlungen verpflichtete und gleichzeitig die Zusicherung der Rechtssicherheit verankert wurde. Diese Rechtssicherheit war auch der Grund dafür, warum es bis Endes des Jahres 2005 dauern sollte bis Bundeskanzler Schüssel verkünden konnte, dass die Auszahlung von Entschädigungszahlungen endlich beginnen könne.¹⁶⁷ Die von Nowak aufgestellte These klingt bei näherer Betrachtung durchaus einleuchtend. So könnte argumentiert werden, dass gerade während der Regierungsbeteiligung von FPÖ beziehungsweise BZÖ versucht wurde, Fragen betreffend der nationalsozialistischen Vergangenheit zu klären, weil der Koalitionspartner immer wieder an den „rechten Rand“ gerückt wurde. Dieses Argument steht aber meiner Meinung nach im Widerspruch zu den Reaktionen der Österreichischen Volkspartei in der „Affäre Kampl“, welche später noch erläutert werden.

Die Berichterstattung über das Symposium „Österreichs Widerstand 1938 – 1945“ zeigt deutlich, dass es keinen Grundkonsens über die Rehabilitierung von Wehrmachtsdeserteuren gibt. So erklärte etwa die Justizsprecherin der FPÖ, Helene

¹⁶⁶ Vgl. zum Beispiel Rainer Nowak, Braune SPÖ-Flecken: Hilfe von oben, in: Die Presse, 14.1.2005, S. 4.

¹⁶⁷ Vgl. Rainer Nowak, NS-Opfer: Fehleinschätzung vor 4 Jahren in Washington, in: Die Presse, 17.1.2005, S. 2

Partik-Pablé, dass sie keinen Handlungsbedarf in dieser Frage mehr sehe und sie juristisch erledigt sei. Das genaue Gegenteil davon fordert Bundespräsident Fischer, der eine umfassende Rehabilitierung und die Aufhebung von NS-Militärjustizurteilen forderte. Irgendwo zwischen diesen zwei Extrempositionen steht die Österreichische Volkspartei, da sie sich nicht klar zum Thema Wehrmachtsdeserteure positioniert. Diese Frage sollte die Tagespolitik im Verlaufe des Jahres noch einige Male berühren.¹⁶⁸

Als besonders interessant in der Analyse erwiesen sich zwei Interviews, eines mit Bundespräsident Fischer¹⁶⁹ und eines mit Nationalratspräsident Khol.¹⁷⁰ Vergleicht man diese Interviews miteinander so werden unterschiedliche Vorstellungen und Interpretationsansätze der österreichischen Vergangenheit sichtbar. So ist für Fischer das wichtigste Datum im Gedenkjahr der „Geburtstag der Republik“, da ohne diesen Tag die folgenden Ereignisse wie Staatsvertrag oder EU-Beitritt nicht möglich gewesen wären. Khol hingegen empfindet den Jahrestag des EU-Beitritts als wichtigsten Tag, da dieses Ereignis ein Schritt in die Zukunft war. Beide kommen auch auf die Jahre 1933 bis 1938 zu sprechen und interpretieren die Ereignisse aus parteipolitischer Sichtweise unterschiedlich. Für Fischer liegt die Schwierigkeit im Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit vor allem in der Frage der Integration von ehemaligen Nationalsozialistinnen und Nationalsozialisten nach 1945. Khol betont wie wichtig die Aufarbeitung und Auseinandersetzung mit dieser Vergangenheit ist. So vergisst er auch nicht darauf zu verweisen, dass die ÖVP-FPÖ-Regierungskoalition sehr darum bemüht war, die „offenen Kapitel“, wie er es nennt, aufzuarbeiten. Als gemeinsame Conclusio dieser Interviews kann festgehalten werden, dass sowohl aus SPÖ- als auch aus ÖVP-Sicht der Grundkonsens des „Nie Wieder“ ebenso bedeutend ist wie eine immer wiederkehrende Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit.

¹⁶⁸ Vgl. N.N., „Demonstrativer Akt für NS-Deserteure“, in: Die Presse, 20.1.2005, S: 6.

¹⁶⁹ Vgl. Interview Michael Fleischhacker mit Heinz Fischer, in: Die Presse, Specturm, 12.2.2005, S. 1 – 2.

¹⁷⁰ Vgl. Interview Michael Fleischhacker mit Andreas Khol, in: Die Presse, Specturm, 5.3.2005, S. 1 – 2.

Ähnlich wie in der Berichterstattung des „Kuriers“ nimmt auch in der „Presse“ die „Affäre Kampl“ einen großen Raum ein. Interessant an dieser Causa ist meiner Meinung nach vor allem, dass sich sämtliche im Nationalrat vertretenen Parteien eigentlich zum Grundkonsens des „Nie Wieder“ der Zweiten Republik bekennen, aber gleichzeitig werden revisionistische Aussagen oder Diskriminierungen einzelner Opfergruppen von politischen Persönlichkeiten durchaus toleriert oder sogar akzeptiert. Speziell die Argumentationsweise des BZÖ in dieser Causa ist fragwürdig, so werden die Äußerungen Kampls dahingehend gerechtfertigt oder entschuldigt, dass diese durch seine eigenen, individuellen Erfahrungen nach dem Zweiten Weltkrieg geprägt sind. Dies ist eine Begründung, die meiner Meinung nach keine Rechtfertigung für die getätigten Aussagen darstellt, da eine Verharmlosung des Nationalsozialismus, in welcher Form auch immer, keinen Platz in einer ausgestalteten Demokratie haben sollte.

Ein weiteres Themenfeld, welches intensiv behandelt wird, ist der Bereich Entschädigung. So wird im Bericht über das 10-jährige Jubiläum des Nationalfonds das Aufbrechen der Opferthese von Vranitzky 1991 beziehungsweise 1993 unterstrichen. Mit einem Bekenntnis zur Mitverantwortung wurde der Weg, Entschädigungszahlungen als späte symbolische Geste zu initiieren, geebnet. Sowohl die Installierung des Nationalfonds, als auch die Einsetzung einer HistorikerInnenkommission sowie die ZwangsarbeiterInnenentschädigung und nicht zuletzt die Errichtung des Allgemeinen Entschädigungsfonds fallen in die Ära Bundeskanzler Schüssel. Rainer Nowak folgend ist dies eine Gemeinsamkeit von Vranitzky und Schüssel, beide waren Wegbereiter für einen veränderten Umgang mit den Opfern der nationalsozialistischen Verbrechen.¹⁷¹ Ohne dem Eingeständnis einer Mitschuld an diesen Verbrechen wäre es wahrscheinlich nicht zu Entschädigungszahlungen – egal in welcher Art und Weise – jemals gekommen. Nationalratspräsident Khol stellte bei der Gedenkveranstaltung gegen Gewalt und Rassismus im Parlament fest, dass es ein langer und mühsamer Weg zum Bekenntnis einer Mitschuld und Mitverantwortung an den Verbrechen des Nationalsozialismus war.¹⁷²

¹⁷¹ Vgl. Rainer Nowak, Späte NS-Entschädigung: Gesten mit Symbolkraft, in: Die Presse, 4.5.2005, S. 4.

¹⁷² Vgl. N.N., „Gewissenlose Verzögerung“ bei NS-Entschädigung, in: Die Presse, 6.5.2005, S. 2.

Der Tod Wiesenthals im September 2005 wurde auch von Österreichs politischer Elite kommentiert, wobei man hier zusammenfassen kann, dass sämtliche Vertreter der Parteien ihm Respekt zollten. Einzig Heinz-Christian Strache reagierte eher distanziert und betonte, dass es auch eine kritische Betrachtung der Arbeit Wiesenthals gebe.¹⁷³

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass durch die zumeist objektive Berichterstattung in der „Presse“ grundsätzlich das Nachzeichnen des politischen Diskurses möglich ist. Im Besonderen lässt sich der Diskurs während der Causa Kampl gut verfolgen.

Für die Bildanalyse wurde eine Fotografie vom 24. November 2005, die im Zusammenhang mit der Berichterstattung über die Entschädigungszahlungen steht, mit folgender Bildunterschrift verwendet: So begann´s: 2001 vereinbarten Bundeskanzler Schüssel und die USA (vertreten durch Vizefinanzminister Stuart Eizenstat) die Gründung des Allgemeinen Entschädigungsfonds. Viereinhalb Jahre später können nun die Auszahlungen beginnen.

Die Auswahl fiel auf dieses Bild, weil die restlichen bildlichen Darstellungen einerseits keine aktuellen Fotografien aus dem Jahr 2005 sondern aus den Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft sind und andererseits wieder sehr viele Portraitfotos verwendet wurden. Außerdem ist die Qualität der Abbildungen aufgrund des Abfotografierens aus der Printausgabe teilweise sehr schlecht. Das ausgewählte Foto kann als Symbol für den Beginn und das Ende der Debatte um Entschädigungsleistungen der Republik Österreich gesehen werden.

¹⁷³ Vgl. N.N., Österreich würdigt Wiesenthal: „Kämpfer gegen das Vergessen“, in: Die Presse, 21.9.2005, S. 1.



Abbildung 11: „Die Presse“, 24. November 2005: Bundeskanzler Schüssel mit US-Vizefinanzminister Eizenstat¹⁷⁴

Beschreibt man das Foto rein formal, so sind lediglich zwei Herren im Anzug zu erkennen, welche beide lächeln und sich die Händereichen.

Setzt man das Bildnis in einen Kontext, so weiß man mittels Bildunterschrift, dass die zwei Herren Bundeskanzler Wolfgang Schüssel und Vizefinanzminister der USA Stuart Eizenstat sind und sie sich die Hände reichten, weil ein Abkommen unterzeichnet wurde, welches die Entschädigungszahlungen Österreichs regelt.

¹⁷⁴ N.N., Grünes Licht für NS-Entschädigungen, in: Die Presse, 24.11.2005, S. 1.

Auf der Interpretationsebene ist in erster Linie interessant, dass dieses Foto, welches zu diesem Zeitpunkt bereits vier Jahre alt ist, für den aktuellen Bericht über die Erfüllung der Rechtssicherheit zwecks Beginn der Auszahlung von Entschädigungszahlungen, verwendet wird. Meiner Meinung nach wurde dieses Foto ausgewählt um innerhalb eines Beitrags Anfang und Ende dieser Debatte darzustellen. Mit dem Handschlag zwischen Schüssel und Eizenstat wurde das Washingtoner Abkommen, in welchem festgeschrieben wurde, dass die Voraussetzung für Entschädigungszahlungen die Rechtssicherheit ist, besiegelt. Im Artikel wird diese geforderte Rechtssicherheit nun als gegeben erklärt und somit der Start für die Auszahlungen gegeben. Somit signalisiert das Foto in doppelter Weise diesen Beginn.

Abschließend werden in der folgenden Conclusio die Ergebnisse der Analysen zusammengefasst und versucht die Forschungsfrage zu beantworten.

7.) Conclusio

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass in dieser Diplomarbeit versucht wurde, die Entwicklung des politischen Diskurses über den Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit in den Gedenkjahren 1988 und 2005 nachzuzeichnen und zu vergleichen. Es sollte deutlich werden, welche Veränderungen oder Kontinuitäten durch die mediale Berichterstattung in drei überregionalen österreichischen Tageszeitungen sichtbar werden.

Allgemein muss gesagt werden, dass der Umgang der Berichterstattung sehr unterschiedlich ist. So berichtet die Boulevardzeitung „Kronenzeitung“ einerseits zumeist sehr populistisch über die aktuellen politischen Ereignissen, dies lässt sich vor allem für das Jahr 1988 und die Causa Waldheim belegen, und andererseits wird im Jahr 2005 relativ wenig über die Gedenkveranstaltungen als solche berichtet.

1988 ist gekennzeichnet von der Gegenüberstellung von Bundespräsidenten Waldheim und Bundeskanzler Vranitzky. Beide verkörpern die gegenwärtige vergangenheitspolitische Situation. Waldheim steht für das Festhalten am „Opfermythos“ und einem nur sehr zögerlichen und minimalen Eingestehen, dass durchaus auch Teile der österreichischen Bevölkerung aktiv an den Verbrechen des Nationalsozialismus beteiligt waren. Vranitzky hingegen steht sozusagen für den neuen Weg, den Weg in die Zukunft. Der Bundeskanzler verweist ganz explizit auf die Mitschuld und Mittäterschaft von Mitgliedern der österreichischen Bevölkerung. Diese unterschiedlichen Haltungen zum Umgang mit diesem speziellen Zeitabschnitt der Vergangenheit sind ident mit dem politischen Diskurs, der im Begriff ist sich zu verändern. Man könnte auch überspitzt formulieren, Bundespräsident Waldheim steht für die alte Sicht auf die nationalsozialistische Vergangenheit und Bundeskanzler Vranitzky steht für die neue Sicht.

Vor allem die „Affäre Kampf“ wird im „Kurier“ und der „Presse“ sehr ausführlich behandelt, mit der Darstellung der unterschiedlichen Interpretations- und Verteidigungsstrategien, wodurch der politische Diskurs ablesbar wird. So lässt sich zusammenfassen, dass die Oppositionsparteien mit heftigen Widerstand und Rücktrittsforderungen auf die Äußerungen Kampfs reagieren. Für sie sind die Aussagen untragbar. Gleichzeitig wird vehement eine Reaktion des Bundeskanzlers eingefordert, welche er längere Zeit schuldig blieb. Diese scharfe Verurteilung von Seiten SPÖ und Grüne kann durchaus auch aus parteipolitischen Interessen und Kalkül erfolgt sein, jedoch ist meiner Meinung nach, wenn man das gesamte Gedenkjahr genauer untersucht, erkennbar, dass sich diese beiden Parteien eindeutig zur kritischen Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit bekennen und jegliche Verharmlosung und/oder Relativierung der Verbrechen des Nationalsozialismus ablehnen.

Interessant ist, dass im Gedenkjahr 2005 keine direkten Bezüge auf das Gedenkjahr 1988 hergestellt werden. Es wird öfter auf die „Waldheim-Affäre“ Bezug genommen und immer betont, dass die Folgen dieser ein Umdenken im Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit nach sich zog, dass es sehr langsam zu einem Aufbrechen des „Opfermythos“ kam. Jedoch wurde in keinster Weise erwähnt, dass 1988 ein Gedenkjahr stattgefunden hat, geschweige denn auf etwaige Folgen für das Gedenkjahr 2005.

Die Frage, warum sich der politische Diskurs zwischen den Gedenkjahren 1988 und 2005 verändert hat, ist meiner Meinung nach dadurch erklärbar, dass einerseits ein Generationswechsel stattgefunden hat, es steht nicht mehr nur die Kriegsgeneration im Fokus des politischen und öffentlichen Interesses. Andererseits wäre das sture Festhalten an der Opferthese heute auch aus wissenschaftlicher Sicht nicht mehr haltbar. Damit meine ich, dass sich seit Ende der 1980er Jahre die zeitgeschichtliche Forschung sehr intensiv mit der Zeit des Nationalsozialismus und dessen Verbrechen auseinandergesetzt hat und es heute genügend historische Dokumente gibt, die eine Beteiligung von Österreicherinnen oder Österreichern an nationalsozialistischen Verbrechen belegen, wodurch ein Leugnen dessen faktisch unmöglich wird.

Abschließend lässt sich sagen, dass eine Veränderung des politischen Diskurses in der medialen Berichterstattung der Jahre 1988 und 2005 durchaus erkennbar ist. Wurde 1988 noch eher zaghaft die Mitverantwortung an den nationalsozialistischen Verbrechen eingestanden, so steht 2005 ein Bekenntnis zur Verantwortung beziehungsweise Beteiligung an Verbrechen des Nationalsozialismus außer Streit. Es herrscht ein breiter Konsens darüber, dass sich die Ereignisse dieser Zeit unter keinen Umständen mehr wiederholen dürfen und alle, das heißt sowohl die politischen Akteurinnen und Akteure als auch die Bevölkerung Österreichs, einen Beitrag dazu leisten müssen. Die „Affäre Waldheim“ markiert eine Art Wendepunkt in der Erinnerungskultur. Während dieser Debatte trafen erstmals zwei völlig entgegengesetzte Vorstellungen bezüglich des Nationalsozialismus aufeinander. Auf der einen Seite jene, die in der Tradition des so genannten „Opfermythos“ standen und diesen mit wenigen Ausnahmen auch nicht hinterfragten. Und auf der anderen Seite jene, die diesen Mythos aufbrechen wollten und darauf aufmerksam machten, dass es innerhalb der österreichischen Bevölkerung nicht nur Opfer gab sondern durchaus auch Personen, die sich aktiv an nationalsozialistischen Verbrechen beteiligten. Man kann durchaus sagen, dass heute die Opferthese und Täterthese ineinander verschmolzen sind. So wird heute immer noch darauf verwiesen, dass das Land Österreich Opfer der militärischen Aggression ist aber eben gleichzeitig auch eine Verantwortung und Mitschuld für die begangenen nationalsozialistischen Verbrechen trägt.

8.) Quellen/Literaturverzeichnis

- Assmann Jan, Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen, C.H.Beck Verlag München ⁵2005.
- Assmann Jan, Kollektives Gedächtnis und kulturelle Identität, in: Jan Assmann, Tonio Hölscher (Hg.), Kultur und Gedächtnis, Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main 1988 (Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft; 724), S. 9 – 19.
- Ausstellungskatalog „Wien 1938“, herausgegeben vom Historischen Museum der Stadt Wien, Österreichischer Bundesverlag Wien 1988.
- Ausstellungskatalog „Zeitgeist wider den Zeitgeist“, herausgegeben von Hochschule für angewandte Kunst in Wien, Wien 1987.
- Axer Christine, Die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit. Deutschland und Österreich im Vergleich und im Spiegel der französischen Öffentlichkeit, Böhlau Verlag Köln/Weimar/Wien 2011.
- Bock Petra, Wolfrum Edgar, Einleitung, in: Petra Bock, Edgar Wolfrum (Hg.), Umkämpfte Vergangenheit. Geschichtsbilder, Erinnerung und Vergangenheitspolitik im internationalen Vergleich, Vandenhoeck & Ruprecht Göttingen 1999, S. 7 – 14.
- Brix Emil, Bruckmüller Ernst, Stekl Hannes, Memoria Austriae, Oldenbourg Verlag 2004/2005 (3 Bände).
- Bruck Peter A., Stocker Günther, Die ganz normale Vielfältigkeit des Lesens. Zur Rezeption von Boulevardzeitungen, LIT Verlag 2002 (2. überarbeitete Auflage) (Medien & Kommunikation; 23), S. 28 – 31.
- Cornelißen Christoph, Erinnerungskulturen, Version: 1.0 in: Docupedia-Zeitgeschichte, 11.2.2010, S. 1 -2, <http://docupedia.de/zg/Erinnerungskulturen> (Stand: 19.12.2011).
- Cornelißen Christoph, Was heißt Erinnerungskultur? Begriff – Methoden – Perspektiven, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, Friedrich Verlag 2003/10 (54. Jahrgang), S. 548 – 563.
- de Cillia Rudolf, Wodak Ruth (Hg.), Gedenken im „Gedankenjahr“. Zur diskursiven Konstruktion österreichischer Identitäten im Jubiläumsjahr 2005, Studienverlag Innsbruck 2009.
- de Cillia Rudolf, Wodak Ruth, Theoretische und methodische Grundlagen: Der diskurshistorische Ansatz, in: Rudolf de Cillia, Ruth Wodak (Hg.), Gedenken im

„Gedankenjahr“. Zur diskursiven Konstruktion österreichischer Identitäten im Jubiläumsjahr 2005, Studienverlag Innsbruck 2009, S. 13 – 28.

Die Presse: Blattlinie : <http://diepresse.com/unternehmen/613276/Die-PresseBlattlinie> (Stand: 19.12.2011).

Diekmannshenke Hajo, „Schlagbilder“. Diskursanalyse politischer Schlüsselbilder, in: Hajo Diekmannshenke, Michael Klemm, Hartmut Stöckl (Hg.), Bildlinguistik. Theorien – Methoden – Fallbeispiele, Erich Schmidt Verlag Berlin 2011 (Philologische Studien und Quellen; 24), S. 161 – 184.

Eilders Christiane, Massen als Produzent öffentlicher Meinung – Pressekommentare als Manifestation der politischen Akteursrolle, in: Barbara Pfetsch, Silke Adam (Hg.), Massenmedien als politische Akteure. Konzepte und Analysen, VS Verlag für Sozialwissenschaften Wiesbaden 2008, S. 27 – 51.

Engel Jakob, Wodak Ruth, Kalkulierte Ambivalenz, „Störungen und das Gedankenjahr“: Die Causen Siegfried Kampl und John Gudenus, in: Rudolf de Cillia, Ruth Wodak (Hg.), Gedenken im „Gedankenjahr“. Zur diskursiven Konstruktion österreichischer Identitäten im Jubiläumsjahr 2005, Studienverlag Innsbruck 2009, S. 79 – 99.

Erl Astrid, Kollektives Gedächtnis und Erinnerungskulturen. Eine Einführung, Metzler Verlag Stuttgart 2005.

Frei Norbert, Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, C.H.Beck Verlag München ²1996.

Gardavsky Elisabeth, Wir der KURIER – unser Leitbild, <http://kurier.at/services/diezeitung/2052061-wir-der-kurier-unser-leitbild.php> (Stand: 19.12.2011).

Göllner Siegfried, Die politischen Diskurse zu „Entnazifizierung“, „Causa Waldheim“ und „EU-Sanktionen“. Opfernarrative und Geschichtsbilder in Nationalratsdebatten, Kovač Verlag Hamburg 2009.

Halbwachs Maurice, Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen, Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main ²2006 (Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft; 538) (Lizenzausgabe des Luchterhand Verlages Berlin/Neuwied 1966).

Heer Hannes, Wodak Ruth, Kollektives Gedächtnis. Vergangenheitspolitik. Nationales Narrativ, in: Hannes Heer, Walter Manoschek, Alexander Pollak, Ruth Wodak (Hg.), Wie Geschichte gemacht wird. Zur Konstruktion von Erinnerungen an Wehrmacht und Zweiten Weltkrieg, Czernin Verlag Wien 2003, S. 12 – 23.

Homepage der Historikerkommission:

http://www.historikerkommission.gv.at/deutsch_home.html (Stand: 19.12.2011).

Homepage des Nationalfonds und Allgemeinen Entschädigungsfonds,
<http://de.nationalfonds.org/sites/dynamicad99.html?rub=60> (Stand: 19.12.2011).

Homepage des Nationalfonds und Allgemeinen Entschädigungsfonds,
<http://de.nationalfonds.org/sites/dynamic87bb.html?rub=61> (Stand: 19.12.2011.).

Homepage des Versöhnungsfonds: <http://www.versoehnungsfonds.at/> (Stand: 19.12.2011).

Jäger Siegfried, Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung, UNRAST Verlag Münster 2009 (5., gegenüber der 2., überarbeiteten und erweiterten (1999), unveränderte Auflage) (Edition DISS; 3).

Jäger Siegfried, Zimmermann Jens (Hg.), Lexikon Kritische Diskursanalyse. Eine Werkzeugkiste, UNRAST Verlag Münster 2010 (Edition DISS; 26).

Keller Reiner (Hg.), Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, VS Verlag für Sozialwissenschaften Wiesbaden ³2001 bzw. ⁴2010 (2 Bände).

Kernegger Bibiana, Der österreichische National-Mythos Staatsvertrag – das kollektive Gedächtnis in ‚Krone‘, ‚Presse‘ und ‚Standard‘ und die Spur der Medien, Diplomarbeit Universität Wien 2009.

Kroh Jens, Transnationale Erinnerung. Der Holocaust im Fokus geschichtspolitischer Initiativen, Campus Verlag Frankfurt am Main 2006.

Leggewie Claus, Meyer Erik, „Ein Ort, an den man gerne geht“. Das Holocaust-Mahnmal und die deutsche Geschichtspolitik nach 1989, Carl Hanser Verlag München/Wien 2005.

Manoschek Walter, Geldmacher Thomas, Vergangenheitspolitik, in: Herbert Dachs, Peter Gerlich, Herbert Gottweis et. al. (Hg.), Politik in Österreich. Das Handbuch, MANZ'sche Verlagsbuchhandlung Wien 2006, S. 577 – 593.

Mattl Siegfried, Vergangenheitspolitik und Geschichtsrevisionismus – Februaraufstand 1934, Dollfuß-Mord und Austrofaschismus, in: Florian Wenninger, Paul Dvořak, Katharina Kuffner (Hg.), Geschichte macht Herrschaft. Zur Politik mit dem Vergangenen, Braumüller Wien 2007 (Studien zur politischen Wirklichkeit; 19), S. 215 – 226.

Nora Pierre, Les lieux de mémoire, Gallimard Paris 1984/1986/1992 (3 Bände).

- Panofsky Erwin, Einführung, in: Erwin Panofsky, Studien zur Ikonologie. Humanistische Themen in der Kunst der Renaissance, DuMont Buchverlag Köln 1980 (DuMont – Dokumente), S. 30 – 61.
- Panofsky Erwin, Ikonographie & Ikonologie. Bildinterpretation nach dem Dreistufenmodell, DuMont Literatur und Kunst Verlag Köln 2006.
- Plasser Fritz, Ullrich Peter A., Öffentliche Aufmerksamkeit in der Mediendemokratie, in: Fritz Plasser (Hg.), Politische Kommunikation in Österreich. Ein praxisnahes Handbuch, Facultas WUV Verlag Wien 2004 (Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung; 29), S. 37 – 99.
- Reisigl Martin, Projektbericht: Der Wiener Ansatz der Kritischen Diskursanalyse, in: Forum Qualitative Sozialforschung, Volume 8/No. 2 (Mai 2007), <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs0702P75> (Stand: 19. 12. 2011).
- Renger Rudi, Populärer Journalismus. Nachrichten zwischen Fakten und Fiktion, Studienverlag Innsbruck/Wien/München 2000 (Beiträge zur Medien- und Kommunikationsgesellschaft; 7).
- Sachs-Hombach Klaus (Hg.), Bildwissenschaft. Disziplinen, Themen, Methoden, Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main 2005 (Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft; 1741).
- Sandner Günther, Hegemonie und Erinnerung: Zur Konzeption von Geschichts- und Vergangenheitspolitik, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP), Facultas WUV Verlag Wien 2001/1 (30. Jahrgang), S. 5 – 17.
- Schulz Winfried, Politische Kommunikation. Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung. VS Verlag für Sozialwissenschaften Wiesbaden 2008 (2. vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage).
- Schwellung Birgit (Hg.), Politikwissenschaft als Kulturwissenschaft. Theorien, Methoden, Problemstellungen, VS Verlag für Sozialwissenschaften Wiesbaden 2004.
- Seethaler Josef, Österreichische Tageszeitungen – über 100 Jahre alt, Arbeitsberichte der Kommission für historische Pressedokumentation, 2. überarbeitete Version, Wien 2005.
- Stenographisches Protokoll: 720. Sitzung des Bundesrates der Republik Österreich: Donnerstag 14. April 2005, S. 124 – 125, http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/BR/BRSITZ/BRSITZ_00720/fname_044485.pdf (Stand: 19.12.2011).

- Tóth Barbara, Czernin Hubertus (Hg.), 1986. Das Jahr, das Österreich veränderte, Czernin Verlag Wien 2006.
- Tóth Barbara, Streit ums Copyright, in: Der Standard, 19.1.2005, S. 7.
- Uhl Heidemarie, Das „erste Opfer“. Der österreichische Opfermythos und seine Transformationen in der Zweiten Republik, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP), Facultas WUV Verlag Wien 2001/1 (30. Jahrgang), S. 19 – 34.
- Uhl Heidemarie, Zwischen Versöhnung und Verstörung. Eine Kontroverse um Österreichs historische Identität fünfzig Jahre nach dem „Anschluß“, Böhlau Verlag Wien/Köln/Weimar 1992 (Böhlaus Zeitgeschichtliche Bibliothek; 17).
- Verband Österreichischer Zeitungen, Stichwort: „Kronen Zeitung“, <http://www.voez.at/l8m90w118> (Stand: 19.12.2011).
- Welzer Harald (Hg.), Das soziale Gedächtnis. Geschichte, Erinnerung, Tradierung, Hamburger Edition Hamburg 2001.
- Wodak Ruth, de Cillia Rudolf et. al. (Hg.), Zur diskursiven Konstruktion nationaler Identität, Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main 1998 (Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft; 1349).
- Wodak Ruth, Menz Florian et.al. (Hg.), Die Sprachen der Vergangenheiten. Öffentliches Gedenken in österreichischen und deutschen Medien, Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main 1994 (Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft; 1133).
- Wodak Ruth, Politikwissenschaft und Diskursanalyse: Diskurs in/der Politik, in: Andrei Markovits (Hg.), Demokratie. Modus und Telos, Böhlau Verlag Wien 2001, S. 75 – 99.
- Wodak Ruth: „Perpetuum rechter Rhetorik“. APA – Interview vom 24.9.2010 von Christian Müller, <http://science.orf.at/stories/1663264/> (Stand: 19.12.2011).
- Wohnout Helmut, Haider Hans (Hg.), 2005 – Ein Gedankenjahr. Gedanken, Termine, Bücher, 1945 – 1955 – 1995 – 2005, Bundeskanzleramt Bundespressdienst Wien 2006.
- Wohnout Helmut, Haider Hans (Hg.), Österreich 2005 – ein Gedankenjahr. 1995, 1955, 1945, Bundeskanzleramt Bundespressdienst Wien 2005.

8.1.) Gesetzesblätter

Bundesgesetz über den Fonds für freiwillige Leistungen der Republik Österreich an ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeiter des nationalsozialistischen Regimes (Versöhnungsfonds-Gesetz), Nr. 74, in: Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich, Jg. 2000, Teil 1, 8. August 2000.

Bundesgesetz über den Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus, Nr. 432, in: Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich, Jg. 1995, 136. Stück, 30. Juni 1995, S. 6257 – 6259.

Bundesgesetz über die Errichtung eines Allgemeinen Entschädigungsfonds für Opfer des Nationalsozialismus und über die Restitutionsmaßnahmen (Entschädigungsfondsgesetz) sowie zur Änderung des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes und Opferfürsorgegesetzes, Nr. 12, in: Bundesgesetzblatt der Republik Österreich, Jg. 2001, Teil 1, 28. Februar 2001.

Bundesgesetz vom 4. Juli 1947 über die Fürsorge für die Opfer des Kampfes um ein freies, demokratisches Österreich und die Opfer politischer Verfolgung (Opferfürsorgegesetz), Nr. 183, in: Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich, Jg. 1947, 39. Stück, 1. September 1947, S. 821 – 826.

Bundesgesetz, mit dem das Staatsbürgerschaftsgesetz 1985 geändert wird (StbG-Novelle 1993), Nr. 521, in: Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich, Jg. 1993, 190. Stück, 30. Juli 1993.

Bundesgesetz, mit dem ein Bundesgesetz über die Anerkennung der Leistungen im österreichischen Widerstand sowie zur abschließenden Beseitigung nationalsozialistischer Unrechtsakte erlassen, das Opferfürsorgegesetz geändert und ein Bundesgesetz, mit dem aus Anlass des 60. Jahrestages der Befreiung Österreichs von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft eine einmalige Zuwendung (Befreiungs-Erinnerungszuwendung) für Widerstandskämpfer und Opfer der politischen Verfolgung sowie deren Hinterbliebene geschaffen wird (Anerkennungsgesetz 2005), Nr. 86, in: Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich, Jg. 2005, Teil 1, 10. August 2005.

Bundesgesetz, mit dem eine einmalige Zuwendung für Frauen als Anerkennung für ihre besonderen Leistungen beim Wiederaufbau der Republik Österreich geschaffen wird, Nr. 89, in: Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich, Jg. 2005, Teil 1, 10. August 2005.

Bundesverfassungsgesetz vom 14. März 1957, womit Bestimmungen des Nationalsozialistengesetzes, BGBl. Nr. 25/1947, abgeändert oder aufgehoben werden (NS-Amnestie 1957), Nr. 82, in: Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich, Jg. 1957, 24. Stück, 29. März 1957, S. 607 – 616.

Bundesverfassungsgesetz vom 6. Februar 1947 über die Behandlung von Nationalsozialisten (Nationalsozialistengesetz), Nr. 25, in: Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich, Jg. 1947, 8. Stück, 17. Februar 1947.

Proklamation über die Selbständigkeit Österreichs, Nr. 1, in: Staatsgesetzblatt für die Republik Österreich, Jg. 1945, 1. Stück, 1. Mai 1945, S. 1 – 2.

Verfassungsgesetz vom 26. Juni 1945 über Kriegsverbrechen und andere nationalsozialistische Untaten (Kriegsverbrechergesetz), Nr. 32, in: Staatsgesetzblatt für die Republik Österreich, Jg. 1945, 10. Stück, 28. Juni 1945, S. 55 – 57.

Verfassungsgesetz vom 8. Mai 1945 über das Verbot der NSDAP (Verbotsgesetz), Nr. 18, in: Staatsgesetzblatt für die Republik Österreich, Jg. 1945, 4. Stück, 6. Juni 1945, S. 19 – 22.

9.) Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Dreistufiges Interpretationsschema nach Erwin Panofsky.....	22
Abbildung 2: Datenmaterial „Kronenzeitung“ 1988.....	46
Abbildung 3: Datenmaterial „Kurier“ 1988.....	52
Abbildung 4: „Kurier“ 14. Februar 1988: Bundespräsident Waldheim mit Vizekanzler Mock.....	59
Abbildung 5: „Kurier“ 15. Februar 1988: Treffen Bundespräsident Waldheim mit Bundeskanzler Vranitzky	61
Abbildung 6: Datenmaterial „Die Presse“ 1988	63
Abbildung 7: „Kronenzeitung“ 2005	73
Abbildung 8: „Kronenzeitung“, 17. Mai 2005: Balkonszene 1955 versus 2005	78
Abbildung 9: Datenmaterial „Kurier“ 2005	80
Abbildung 10: Datenmaterial „Die Presse“ 2005	86
Abbildung 11: „Die Presse“, 24. November 2005: Bundeskanzler Schüssel mit US- Vizefinanzminister Eizenstat.....	91

10.) Anhang

10.1.) „Kronenzeitung“ 1988: Textbeiträge

- Kindermann Dieter, Übt mehr Toleranz und glaubt an Österreich!, 2.1.1988, S. 2 – 3.
N.N., Waldheim: Keiner hat uns vor Hitlers Aggression geschützt, 13.1.1988, S. 2.
N.N., Vranitzky: Waldheim ist erster Adressat für Historikerbericht, 17.1.1988, S. 2.
N.N., Kirchschräger gegen Rücktritt Waldheims, 22.1.1988, S. 2.
Gnam Peter, Deutscher Militärgeschichtler: Keine persönliche Schuld Dr. Waldheims, 28.1.1988, S. 3.
N.N., Neues Waldheim-„Dokument“: Historiker prüft Echtheit, 1.2.1988, S. 2.
Seinitz Kurt, US-„Watchlist“-Minister Meese: Krumme Geschäfte mit Israel?, 2.2.1988, S. 2.
Gnam Peter, Waldheim-Jäger liefern jetzt ein Rückzugsgefecht, 4.2.1988, S. 3.
Gnam Peter, Mehrheit gegen Waldheim-Rücktritt, 5.2.1988, S. 3.
Seinitz Kurt, Leutnant Waldheim übt Kritik an Balkangreuel, 6.2.1988, S. 2.
Gnam Peter, Sozialisten wollen Bundespräsident Waldheim weiter schmoren lassen!, 6.2.1988, S. 3.
Seinitz Kurt, Waldheim-Dokument ist eine Fälschung!, 7.2.1988, S. 2 – 3.
N.N., Neue Störmanöver im Ausland, um Waldheim schmoren zu lassen, 8.2.1988, S. 2.
Gnam Peter, Historiker beenden Fall Waldheim!, 8.2.1988, S. 3.
Seinitz Kurt, „Bronfmans Hetzkampagne ist eine Beleidigung aller Österreicher!“, 9.2.1988, S. 2.
Gnam Peter, Die Historikerkommission entdeckte keine persönliche Schuld Waldheims, 9.2.1988, S. 3.
N.N., „Österreichs Opfer-Lüge ist aufgefallen“, 10.2.1988, S. 2.
Gnam Peter, Das angeblich belastende Dokument erst im Jahr 1949 (!) fabriziert, 10.2.1988, S. 3.
Gnam Peter, Wieviel die Historiker kassierten, 11.2.1988, S. 3.
Gnam Peter, Gerichte ermitteln gegen Fälscher, 12.2.1988, S. 3.
N.N., Neuer Wirbel im Fall Waldheim, 13.2.1988, S. 2.
Kindermann Dieter, Dramatik vor Waldheims TV-Rede: Diskussion um Rücktrittsforderung!, 14.2.1988, S. 3.
Kindermann Dieter, Vranitzky drohte jetzt mit seinem Rücktritt, 15.2.1988, S. 2 – 3.
Kindermann Dieter, Waldheim: Endlich Schritte gegen seine Verleumder!, 16.2.1988, S. 2 – 3.
Kindermann Dieter, Jetzt klagt Waldheim das deutsche Magazin „Spiegel“, 17.2.1988, S. 3.
Kindermann Dieter, Trotz allen Appellen zur Vernunft: Waldheim-Debatte eskaliert weiter!, 18.2.1988, S. 2.
Kindermann Dieter, Jetzt soll das Volk über Waldheim entscheiden, 21.2.1988, S. 2 – 3.
Kindermann Dieter, Volksentscheid: Waldheim jetzt am Zug!, 22.2.1988, S. 2 – 3.
Gnam Peter, Niemand wagt eine Prognose über Waldheim-Volksabstimmung!, 24.2.1988, S. 3.
Kindermann Dieter, Waldheim: Nicht abhängig von politischen Parteien, 25.2.1988, S. 2.
Kindermann Dieter, Waldheim redet nicht bei Staatsakt, hält aber eine Fernseh-Ansprache!, 26.2.1988, S. 3.
Gnam Peter, Anti-Waldheim-Kurs im Fernsehen?, 10.3.1988, S. 3.

Hauenstein Christian, Hunderttausende Menschen werden an Gedenkfeiern teilnehmen!, 10.3.1988, S. 8.

Gnam Peter, „Lawine des Leidens losgetreten!“, 11.3.1988, S. 3.

Melchart Erwin, Als es Österreich nicht mehr gab!, 11.3.1988, S. 17.

N.N., Das Gedenken Österreichs an den März 1938, 12.3.1988, S. 3.

N.N., Nie wieder jemand bedrohen, nur weil er „anders“ ist!, 13.3.1988, S. 2.

Kindermann Dieter, Subventionen für Anti-Waldheim-Aktionen!, 27.3.1988, S. 2 – 3.

Strasser Peter, Albertinaplatz: Hrdlicka-Denkmal stört letzte Ruhe der Bombenopfer, 8.5.1988, S. 13.

N.N., Skandale gefährden Demokratie, Freiheit und Unabhängigkeit!, 15.5.1988, S. 2.

N.N., Gedenken an den Staatsvertrag, 16.5.1988, S. 2.

N.N., TV-Tribunal mit „Freispruch“ für Waldheim: „Hoffe, daß nun Ruhe ist, 7.6.1988, S. 2.

N.N., Friedmann : Wiens Juden sollten sich hinter Waldheim stellen!, 13.7.1988, S. 4.

Kindermann Dieter, Große Mehrheit sprach sich gegen Denkmal auf Albertina-Platz aus!, 17.7.1988, S. 3.

Strasser Peter, „Mahnmal kommt auf Wiens Albertinaplatz!“, 27.7.1988, S. 2.

Kindermann Dieter, Es darf Konfrontationen, aber keinen Haß geben, 28.7.1988, S. 2.

N.N., Albertinaplatz: Bauverbot ist laut Tuppy aufrecht!, 28.7.1988, S. 2.

Longin Helga, Mahnmal auf Wiens Albertinaplatz kostet 10,7 Millionen Schilling!, 3.8.1988, S. 2.

Kindermann Dieter, Riesenwirbel um Österreich – Beschimpfung!, 9.10.1988, S. 2 – 3.

Kindermann Dieter, Kreisky zu Skandalstück: „Das darf man sich nicht gefallen lassen!“, 10.10.1988, S. 3.

N.N., Waldheim-Appell: Habt mehr Vertrauen in unsere Republik, 27.10.1988, S. 2.

N.N., Kurt Waldheim, Bundespräsident, versicherte gestern, die Republik Österreich könne Ihren 70. Geburtstag mit „stolzem Bewußtsein“ feiern, 13.11.1988, S. 3.

10.2.) „Kurier“ 1988: Textbeiträge

N.N., „Verbrechen der Nazis führten in den Abgrund“, 2.1.1988, S. 2.

N.N., Gedenken an 1938: Offen darüber reden und aus Vergangenheit lernen, 5.1.1988, S. 2.

Mörth Margarita, Waldheim-Kommission: Bericht an Regierung kommt am 2. Februar, 5.1.1988, S. 2.

Frasl Erwin J., Nun beginnt Debatte um das Jahr 1938, 5.1.1988, S. 2.

Mörth Margarita, Die Vergangenheit ehrlich bewältigen!, 7.1.1988, S. 2.

N.N., Parteien: Hochspannung wegen März-Gedenkfeiern, 13.1.1988, S. 2.

Kittner Daniela, Krejci: Im Gedenkjahr brauchen wir Visionen, 23.1.1988, S. 2.

N.N., Einigung über Ehrengabe für die Opfer der NS-Zeit, 28.1.1988, S. 2.

Mörth Margarita, Historiker befragen Waldheim als Zeugen, 29.1.1988, S. 2.

N.N., Waldheim-Dokument ist aus Archiv verschwunden, 2.2.1988, S. 2.

Mörth Margarita, Historiker: Bericht der Kommission kurz verzögert, 3.2.1988, S. 2.

Rauscher Hans, Bundespräsident verwundert über Dokumenten-Spiel, 4.2.1988, S. 2.

Mörth Margarita, Waldheim: Montag kommt Schlußbericht, 5.2.1988, S. 2.

N.N., Hinweise auf Fälschung häufen sich, 7.2.1988, S. 2.

N.N., Waldheim-Gegner bleiben Beweise weiter schuldig, 8.2.1988, S. 2.

N.N., Bericht: Waldheim hat „vergessen und verharmlos“, 9.2.1988, S. 2.

Rauscher Hans, Weiterbleiben und weiterleiden, 9.2.1988, S. 2.

N.N., Waldheim: Bericht bestätigt, was ich sagte, 9.2.1988, S. 3.
 N.N., Messerschmidt: Frage des Mitwissens ist klar dokumentiert, 9.2.1988, S. 3.
 Frasl Erwin J., Wenn Rücktritte – dann kollektiv, 10.2.1988, S. 2.
 N.N., Waldheim sprengte fast die Koalition, 10.2.1988, S. 2.
 N.N., Illustrierte „Stern“ ließ das Telegramm aus Jugoslawien prüfen, 10.2.1988, S. 2.
 N.N., Das sagte die Auslandspresse, 10.2.1988, S. 3.
 N.N., Der Bericht, 10.2.1988, S. 3.
 N.N., Angst vor dem „Platzen“ der Märzgedenken, 11.2.1988, S. 2.
 Seidl Conrad, ÖGB-Chef mahnt die Koalition zu sachlicher Arbeit, 11.2.1988, S.2.
 N.N., Waldheims Vergessen: Protokoll des Gesprächs mit der Kommission, 11.2.1988, S. 3.
 N.N., Mock: „Nicht wie ’38 Druck nachgeben“, 12.2.1988, S. 2.
 Wachter Hubert, Hintergründe einer ausweglosen Situation, 12.2.1988, S. 2.
 Kittner Daniela, Gratz für Neuwahlen, falls Waldheim geht, 12.2.1988, S. 3.
 Seidl Conrad, Empörung über Grubers Schelte für Historiker, 13.2.1988, S. 2.
 N.N., Geschäftsführer Marboe: Die VP darf sich jetzt auf keinen Fall einbetonieren!, 13.2.1988, S. 3.
 Rauscher Hans, Der Versuch zu verstehen, 14.2.1988, S. 2.
 Wachter Hubert, Hintergründe dieser Waldheim-Woche, 14.2.1988, S. 2.
 Rauscher Hans, Mock: „Zusätzliche Aufgaben für den Bundespräsidenten“, 14.2.1988, S. 2.
 Rauscher Hans, Der Bundespräsident zur Frage: Wie soll es weitergehen?, 14.2.1988, S. 3.
 Rauscher Hans, Vranitzkys großer Hasard, 15.2.1988, S. 2.
 N.N., „Bundespräsident muß sich Vorwürfen stellen“, 15.2.1988, S. 2.
 N.N., Waldheim: „Konstruktives Verhältnis zum Kanzler“, 15.2.1988, S. 2.
 N.N., Waldheim: Nicht der Verleumdung weichen, 16.2.1988, S. 2.
 Frasl Erwin J., Waldheim-Rede: Wenig Hoffnung, 16.2.1988, S. 2.
 N.N., Waldheim-Rede polarisiert Koalition noch weiter, 16.2.1988, S. 2.
 Rauscher Hans, An Waldheim zerbricht die Koalition und mehr, 17.2.1988, S. 2.
 N.N., Die Märzgedenken drohen doch zu platzen, 17.2.1988, S. 2.
 Pauli Ruth, Waldheim-Debatte: Schatten, 18.2.1988, S. 2.
 N.N., Salzburger Volkspartei: Protest gegen die Waldheim-Parteilinie, 19.2.1988, S. 2.
 N.N., SPÖ verstärkt nun den Druck auf Waldheim, 19.2.1988, S. 2.
 N.N., Bergmann: Regierung soll regieren lernen, 20.2.1988, S. 2.
 N.N., Kukacka: In VP lebhaftere Waldheim-Diskussion, 20.2.1988, S.2.
 Frasl Erwin J., Mock-Los hängt nicht von Waldheim ab, 21.2.1988, S.2 – 3.
 Wachter Hubert, Die Hoffnungen und Ängste des Alfred D., 21.2.1988, S.2.
 Frasl Erwin J., Waldheim: Vizekanzler kritisiert SP-Attacken, 22.2.1988, S.2.
 Pauli Ruth, Legationsrats bittere Kunde für Waldheim, 22.2.1988, S. 2.
 N.N., Parteien rücken von gemeinsamen Gedenkfeiern ab, 22.2.1988, S.2.
 N.N., SP: Gemeinsam neuen Kandidaten suchen, 23.2.1988, S. 2.
 Kittner Daniela, Lacina: Kein Neubeginn mit Waldheim, 24.2.1988, S. 2.
 N.N., Bei Gedenkfeiern doch noch Kompromiß möglich, 25.2.1988, S.2.
 N.N., Waldheim: „Mir tun die Mißverständnisse leid“, 26.2.1988, S.2.
 N.N., Waldheims Appell im TV kam bei vielen Politikern an, 27.2.1988, S. 2.
 N.N., Sinowatz will gehen, wenn Waldheim geht, 28.2.1988, S. 2.
 N.N., Vranitzky: Volkspartei ist für uns keine moralische Instanz!, 28.2.1988, S. 2.
 N.N., Mock: Sozialisten sollen ihre eigenen Affären bereinigen!, 28.2.1988, S. 2.
 Kittner Daniela, Kukacka: Waldheim ist Gefahr für die Koalition, 28.2.1988, S. 2.

Mörth Margarita, Kittner Daniela, Vranitzky: Der Ball ist bei Waldheim selbst, 2.3.1988, S. 2.

Galoppi Stefan, Mock: Österreich hat fünf Jahre Widerstand geleistet, 3.3.1988, S. 2.

N.N., Waldheim: Für moralische Erneuerung, 11.3.1988, S. 2.

N.N., Zilk: Abscheu vor den Nazis einte politische Gegner, 11.3.1988, S. 2.

Mock Alois, Warum ich an Österreich glaube, 11.3.1988, S. 7.

N.N., SP und VP einig: Unsere Tragödie begann 1933, 12.3.1988, S.2.

N.N., Unterschiedliches Politikverständnis, 12.3.1988, S. 2.

N.N., Viele Bemühungen, aus der Geschichte für das Heute Lehren zu ziehen, 12.3.1988, S. 3.

Mörth Margarita, Graf erwartet klare EG-Stellungnahme zu Bronfman-Attacke, 13.3.1988, S. 2.

Seidl Conrad, Die „Nie wieder“ – Rufe richteten sich auch an Waldheim, 13.3.1988, S. 2.

Mörth Margarita, Tanenbaum bedauert Bronfmans Angriffe, 14.3.1988, S. 2.

Frasl Erwin J., Vergangenheit als Brücke zur Zukunft, 14.3.1988, S. 2.

N.N., Waldheim: Hinter Skandalen steht oft Freiheits-Mißbrauch, 15.5.1988, S. 2.

N.N., Vranitzky: 1938 mahnt uns zu ständiger Wachsamkeit, 16.5.1988, S. 2.

Kittner Daniela, Kotanko Christoph, Waldheim: In der Burg kein Platz für „Heldenplatz“, 11.10.1988, S. 2.

Kittner Daniela, Kotanko Christoph, VP-Mock will Bernhard „Heldenplatz“ privatisieren, 12.10.1988, S. 2.

N.N., Gegen „Heldenplatz“-Kritiker formiert sich breite Abwehrfront, 13.10.1988, S. 2.

N.N., Vranitzky warnt vor „geniertem Wegsehen“, 1.11.1988, S. 2.

N.N., Waldheim: Über den Pogrom dürfen wir nicht schweigen, 9.11.1988, S. 1.

N.N., Vranitzky: Verneigen wir uns vor den Opfern, 9.11.1988, S. 2.

N.N., Gedenken von Novemberpogrom, 10.11.1988, S. 5.

N.N., Waldheim ruft alle Österreicher zu stolzem Selbstbewusstsein auf, 13.11.1988, S. 1.

10.3) „Die Presse“ 1988: Textbeiträge

Unterberger Andreas, März-Gedenken wirft schon lange Schatten. Veranstaltungsreigen nicht ohne Probleme, 2./3.1.1988, S. 1. und S. 4.

N.N., Vier Parteienakademien mit einem Ziel: 1938 soll gemeinsam analysiert werden, 5./6.1.1938, S. 4.

N.N., Waldheim: Die Welt trug 1938 Mitverantwortung, 13.1.1988, S.1.

Chorherr Thomas, Falsche Daten, falsche Fakten, 14.1.1988, S. 3.

N.N., Parteien weiter uneins über 1938-Gedenken, 15.1.1988, S. 1.

N.N., Gelehrtenstreit über die Erste Republik. Wer war im März 1938 Opfer, wer Täter? 16./17.1.1988, S. 4.

N.N., Streit um „Ehrengabe“: Paul Grozs findet das Gesetz beschämend, 21.1.1988, S. 1.

N.N., März 1938: Bundesheer nicht einsatzfähig. Wäre ein Schießbefehl befolgt worden?, 21.1.1988, S. 1.

Lenhardt Dieter, Unverständnis und der März '38, 22.1.1988, S. 3.

N.N., März-Gedenken nun fix. Staatsakt mit Waldheim, 23./24.1.1988, S. 1.

N.N., Keine Antwort auf Historiker-Appell. SP schießt gegen Schlußbericht quer, 6./7.2.1988, S. 1 – 2.

N.N., Historikerbericht löste schwere Koalitionskrise aus. Waldheim wollte Regierung zur Ablehnung bewegen, 10.2.1988, S. 1.

Chorherr Thomas, Der Schauprozeß, 10.2.1988, S. 1.

N.N., Reaktionen auf den Bericht der Historikerkommission und Meldungen zum „Fall Waldheim“, 10.2.1988, S. 2.

Unterberger Andreas, „Mehr als nur ein Kanzleioffizier, 10.2.1988, S. 3.

N.N., Simon Wiesenthal fordert den Rücktritt Waldheims, die SPÖ spricht von „Konsequenzen“, 10.2.1988, S. 4.

Hemberger Marie-Theres, Scheidl Hans Wener, Koller Andreas, Schwarz Andreas, Unterberger Andreas: Stunden, in denen die Welt auf Wien blickte. Das internationale Medienspektakel am Ballhausplatz, 10.2.1988, S. 4.

N.N., Fall Waldheim: Die Parteien zögern „Rücktritt allein seine Entscheidung“, 11.2.1988, S. 4.

N.N., Fischer: Suche nach einem „dritten Weg“, 12.2.1988, S. 1 und S. 4.

N.N., Waldheim wendet sich an das Volk „Rücktritt würde Lage nur verschärfen“, 12.2.1988, S. 1 und S. 4.

Gwozdz Zdzislaw P. Telegramm: Auch Belgrad spricht von Fälschung, 12.2.1988, S. 1.

N.N., Klestil dementiert Wallachs Vorwürfe, 12.2.1988, S. 2.

Lenhardt Dieter, „Neues Amtsverständnis“ Waldheims: Mock zu Gesprächen mit der SP bereit, 13./14.2.1988, S. 1.

N.N., Wirbel um Gruber-Äußerung. Vranitzky, Mock bedauern, 13/14.2.1988, S. 1 und S. 4.

Kadi Manfred, Wie Bruno B. die Steyrer zu Tränen rührte. Von dem „Mann, der uns nicht gut tun kann“, 13./14.2.1988, S. 4.

N.N., Nervosität vor Waldheims TV-Rede. Nun droht Vranitzky mit Rücktritt, 15.2.1988, S. 1 und S. 4.

N.N., Gedenkjahr: VP-Appell zum „Miteinander“, 15.2.1988, S. 4.

N.N., Waldheim appelliert an Österreicher. „Ein Staatsoberhaupt darf nicht weichen“, 16.2.1988, S. 1.

N.N., Historiker Kurz legt dem Präsidenten den Rücktritt nahe, 16.2.1988, S. 1.

N.N., SP-Vizechef Gratz spricht von Neuwahlen. Mock: Vranitzky sollte „vorsichtig“ sein, 16.2.1988, S. 4.

N.N., „Eine Rede ist nicht genug, diese gar nicht“. Des Kanzlers Forderungen an Kurt Waldheim, 17.2.1988, S. 4.

N.N., VP-Generalsekretär Kukacka bestätigt Überlegungen zu Neuwahlen, 17.2.1988, S. 4.

Saltz Hilde, „Der entfesselte Haß will nicht lassen“, 18.2.1988, S. 3.

N.N., Keller: Waldheim-Debatte ohne Ende. Rufe nach Besinnung auf Gemeinsames, 18.2.1988, S. 4.

N.N., Koalition bleibt bei „März-Vereinbarung“, 18.2.1988, S. 4.

N.N., Haider beschuldigt Sozialisten: Wollen Staatskrise, 18.2.1988, S. 4.

N.N., Mock appelliert an „alle Demokraten“: Waldheims Entscheidung respektieren, 19.2.1988, S. 1.

N.N., Israels Parlament attackiert Österreich, 19.2.1988, S. 2.

N.N., Streit Volkspartei – ORF eskaliert. Mock sagt „Pressestunde“ ab, 20./21.2.1988, S. 1.

N.N., Israels Regierung distanziert sich. Waldheim-Resolution mit nur acht Stimmen, 20./21.2.1988, S. 2.

N.N., Wie lange die VP Kurt Waldheim stützt: „Jedenfalls nicht bis zur Selbstaufgabe“, 20./21.2.1988, S. 4.

N.N., Sozialisten lehnen „politische Aufrechnungen“ ab, 20./21.2.1988, S. 4.

N.N., März-Veranstaltungen problematisch. Immer mehr Politiker für Absage, 22.2.1988, S. 1.

N.N., Ratlosigkeit um Staatsakt am 11.März. Demonstrationen: VP mißtraut Blecha, 23.2.1988, S. 4.

N.N., Staatsakt am 11. März fraglich. Kuratorium berät morgen nochmals, 24.2.1988, S. 1.

N.N., Busek für Absage der März-Gedenken. „Können uns Verlogenheit nicht leisten“, 24.2.1988, S. 4.

N.N., Staatsakt am 11. März. Dallinger: „Gehe nicht“, 25.2.1988, S. 4.

N.N., Waldheim sagt Rede bei Staatsakt ab. Dafür Fernsehansprache am 10. März, 26.2.1988, S. 1.

N.N., Kukacka will Historikerkommission für SP-Politiker, 26.2.1988, S. 1.

N.N., Kirchschrägers Appell: Auch Gefallener gedenken, 29.2.1988, S. 5.

N.N., Wien 1938er Gedenken voraussichtlich ohne Waldheim. Heftige Attacken Graffs gegen Historiker Messerschmidt, 1.3.1988, S. 4.

N.N., Wiener März-Gedenken: Einigung Zilks und Buseks, 2.3.1988, S. 4.

Lenhardt Dieter, Der „Anschluß“ und das Jahr 2023, 3.3.1988, S. 3.

N.N., Keine Demonstration vor Hofburg. Waldheim-Beleidigung wird angezeigt, 5./6.3.1988, S. 4.

N.N., Bronfman bei EG-Kommissar: Aktion gegen Österreich, 9.3.1988, S. 1.

Bischof Burkhard, Mock in Polen: Treffen mit Kardinal und Kranzniederlegungen, 9.3.1988, S. 1 und S. 2.

N.N., Kein Kundgebungsverbot am 11. März. Waldheim-Gegner vor der Hofburg, 10.3.1988, S. 4.

N.N., Waldheim will versöhnen. Entschuldigung und Mahnung, 11.3.1988, S. 1.

Plechl Pia Marie, Sie gaben das Leben für ihr Land, 11.3.1988, S. 3.

N.N., Zilk: „Kein Platz für Antisemitismus“. Parteilichkeit bei Wiener Gedenktakt, 11.3.1988, S. 4.

N.N., Viele Mahnungen in den Ländern. Ratzenböck: Grausame Verwechslung, 11.3.1988, S. 4.

N.N., 1933 – 38: Uneinige SPÖ. Warum Kreisky radikal denkt, 11.3.1988, S. 4.

N.N., Scharfe VP-Kritik am ORF. Redakteursrat wehrt sich, 11.3.1988, S. 4.

N.N., Offizielles „Anschluß“-Gedenken verlief würdig: Vranitzky: „Grundkonsens heute außer Frage“, 12./13.3.1988, S. 1 und S. 4.

Scheidl Hans Werner, Der Rest war Schweigen, 12./13.3.1988, S. 3.

N.N., Bundesländer gedachten des 11. März. Überall der Wunsch nach mehr Toleranz, 12./13.3.1988, S. 4.

N.N., Kardinal König warnt vor „Mißbrauch der Geschichte“, 14.3.1988, S. 1.

N.N., Benyas wilde historische Jagd, 14.3.1988, S. 5.

N.N., „1000 Jahre mit Österreich verbunden und entzweit“, 14.3.1988, S. 5.

N.N., Ehrengabe für NS-Opfer beschlossen. Massive Attacken von den Grünen, 24.3.1988, S. 4.

N.N., SP Wien: 12 Anträge zu Waldheim-Rücktritt, 21.4.1988, S. 4.

N.N., Letzte Gratz-Rede als Wiens SP-Chef. Waldheim-Anträge noch abgeschwächt, 23./24.4.1988, S. 4.

N.N., Heftige Diskussionen nach „Waldheim-Tribunal“, 7.6.1988, S. 1.

Hill Roland, TV-Monsterspektakel endete mit Freispruch „Kein Beweis, reine Vermutung“, 7.6.1988, S. 2.

N.N., Zieht Waldheim Klage gegen Bronfman zurück?, 1.7.1988, S. 1 und S. 4.

N.N., Rückzieher, 2./3.7.1988, S. 4.

N.N., Streit um Hrdlicka-Denkmal. Keller tritt gegen Tuppy an, 9./10.7.1988, S. 4.

- N.N., Hrdlicka-Denkmal: Tuppy nun im Kreuzfeuer, 12.7.1988, S. 4.
- N.N., Kanzler warnt vor Denkmal-Streit „Image Österreichs könnte leiden“, 13.7.1988, S. 4.
- N.N., Denkmal-Streit: Tuppy weist Keller zurecht. FPÖ will Volksbefragung über Standort, 14.7.1988, S. 4.
- N.N., Denkmal-Streit: Auch Graff für Morzinplatz, 15.7.1988, S. 1.
- N.N., Stadträtin Pasterk: Hrdlicka-Denkmal steht nichts mehr im Wege, 20.7.1988, S. 4.
- N.N., Konflikt um das Hrdlicka-Denkmal. Warten auf eine Stellungnahme Zilks, 21.7.1988, S. 4.
- Saltz Hilde, Waldheim ist kein Thema mehr, 23./24.7.1988, S. 3.
- N.N., Denkmal-Streit: Zilk will heute entscheiden, 26.7.1988, S. 4.
- N.N., Zilk: Hrdlicka-Denkmal kommt vor die Albertina, 27.7.1988, S. 1 und S. 4.
- N.N., Mock für „andere Kulturpolitik“. Voll hinter Tuppy und Kukacka, 28.7.1988, S. 1.
- N.N., Waldheim kritisiert Stil der politischen Konfrontation, 28. 7. 1988, S. 1.
- N.N., Kultusgemeinde über den Denkmalstreit. Wollen Österreicher gemahnt werden?, 28.7.1988, S. 4.
- N.N., Mock zum „Bedenkjahr“: „Das Land zeigte Reife“, 28.7.1988, S. 4.
- N.N., Graf: „Gegenwärtig“ kein Einspruch gegen Denkmal, 29.7.1988, S. 1 und S. 4.
- N.N., Graf legt sich nun endgültig fest „Kein Einspruch gegen Hrdlicka“, 5.8.1988, S. 4.
- N.N., „Kein Protestschrei von Irgendwem“ Novemberpogrom 1938, Antisemitismus 1988, 8.9.1988, S. 5.
- N.N., Waldheim strikt gegen Rütteln an Neutralität, 27.10.1988, S. 1 und S. 5.
- N.N., Judenpogrom ‚38: Vranitzky erinnert und warnt, 2.11.1988, S. 5.
- N.N., Waldheim zu Judenpogrom: „Nicht darüber schweigen!“, 9.11.1988, S. 1 und S. 5.
- N.N., Pogromgedenken: Lehren für das heutige Österreich, 10.11.1988, S. 5.

10.4.) „Kronenzeitung“ 2005: Textbeiträge

- Kindermann Dieter, Österreich, ein Staat, den jetzt alle wollen, 15.1.2005, S. 2.
- Kindermann Dieter, Die Tollkühnheit, sich gegen das NS-Mordregime zu stellen, 20.1.2005, S. 4.
- Kindermann Dieter, KZ Auschwitz – wie unfassbar grausam Menschen sein können, 25.1.2005, S. 2.
- N.N., Original-Staatsvertrag wieder in Wien, 15.4.2005.
- Gnam Peter, Hauptsache, lustig, 20.4.2005, S. 9.
- N.N., Bundesrat Kampl, 20.4.2005, S. 8.
- N.N., Die Wiedergeburt der Republik, 27.4.2005, S. 1.
- N.N., Viele starben im Kampf für Österreichs Unabhängigkeit, 27.4.2005, S. 4.
- N.N., Die Wiedergeburt Österreichs: Bei Festakt Empörung über Bundesrat, 28.4.2005, S. 3.
- N.N., Endlich erster Rücktritt erfolgt!, 29.4.2005, S. 3.
- Kindermann Dieter, Gedenken an Opfer des Holocaust, Absage an Gewalt und Rassismus, 5.5.2005, S. 2 – 3.
- Kindermann Dieter, Das neue Österreich, 8.5.2005, S. 26 – 27 (Krone Bunt).
- N.N., Kühe im Garten des Belvedere, 10.5.2005, S. 1.
- N.N., Der Staatsvertrag kehrte zurück ins Belvedere, 11.5.2005, S. 3.
- Seinitz Kurt, Janitschek Hans, USA brüskieren die Österreicher!, 12.5.2005, S. 4.
- Dichand Hans, Gedanken zum Gedenkjahr, 12.5.2005, S. 12.
- N.N., Der „weiße Botschafter“ zu Besuch in Washington, 13.5.2005, S. 1

Kindermann Dieter, Notizen aus dem Belvedere, 13.5.2005, S. 2.
 Seinitz Kurt, „Großer Beitrag der USA für ein freies Österreich“, 13.5.2005, S. 2.
 Janitschek Hans, Die Lipizzaner auf dem Times Square, 13.5.2005, S. 11.
 Kindermann Dieter, Notizen aus dem Belvedere, 14.5.2005, S. 2.
 Kindermann Dieter, Plädoyers für Österreichs Neutralität, 15.5.2005, S. 2 – 3.
 Vettermann Doris, Ganzes Land feiert Staatsvertrag, 15.5.2005, S. 15.
 N.N., Tausende jubeln vor dem Belvedere, 17.5.2005, S. 1.
 Kindermann Dieter, „Keine Feinde, viele Freunde!“, 17.5.2005, S. 3.
 Kindermann Dieter, Notizen aus dem Belvedere, 17.5.2005, S. 4.
 Kindermann Dieter, Signatarstaaten zollten Österreich großen Respekt, 17.5.2005, S. 4
 – 5.
 Vettermann Doris, Perry Mark, 50 Jahre Staatsvertrag: so feierte ganz Österreichs,
 17.5.2005, S. 6 – 7.
 N.N., Wie die Trümmerfrauen zu ihren 300 Euro kommen!, 20.5.2005, S. 4.
 Androsch Hannes, Österreich zukunftsreich?, 21.5.2005, S. 6.
 Kindermann Dieter, Völlig „inakzeptable Aussagen“ zweier Politiker scharf verurteilt,
 26.5.2005, S. 2.
 N.N., Leeres Plenum?, 31.5.2005, S. 5.
 N.N., Trümmerfrauen, 3.6.2005, S. 2.
 Kindermann Dieter, ÖVP zieht in Causa Kampl Notbremse!, 4.6.2005, S. 2.
 N.N., Geburtstagfest im Schloss Schönbrunn, 5.6.2005, S. 5.
 Gnam Peter, Bundesrat kostet 4 Millionen Euro, 8.6.2005, S. 3.
 N.N., Fall Kampl: Lösung?, 9.6.2005, S. 2.
 N.N., Bund stellt Ankäufe des Jahres 1955 aus, 18.6.2005, S. 7.
 N.N., Ärger um Bundesrat, 22.6.2005, S. 3.
 N.N., Doppelbödig ..., 24.6.2005, S. 3.
 N.N., Watschentanz, 27.6.2005, S. 2.
 N.N., Staatsanwaltschaft greift jetzt nach Bundesrat Gudenus, 30.6.2005, S. 4.
 Kindermann Dieter, Simon Wiesenthal kämpfte bis zuletzt gegen das Vergessen!,
 21.9.2005, S. 4.
 Kindermann Dieter, Abschied von Simon Wiesenthal, 22.9.2005, S. 3.
 N.N., Wahre Geschichte der „Vier im Jeep“, 27.9.2005, S. 1.
 Kindermann Dieter, Das Bundesheer feiert mit Parade am Ring seinen 50. Geburtstag,
 13.10.2005, S. 4.
 Kindermann Dieter, Neutralität unverzichtbar, 26.10.2005, S. 5.
 Kindermann Dieter, Entschädigungszahlungen für NS-Opfer werden vorgezogen,
 17.11.2005, S. 3.
 Seinitz Kurt, Schüssel bei Putin: Staatsvertrag im Kreml noch einmal gefeiert!,
 3.12.2005, S. 2 – 3.
 Seinitz Kurt, Rechtsfrieden: Jüdische Opfer können entschädigt werden, 9.12.2005, S. 2
 – 3.
 Kindermann Dieter, Erste Entschädigungen für die NS-Opfer noch heuer ausbezahlt,
 10.12.2005, S. 3.

10.5.) „Kurier“ 2005: Textbeiträge

- N.N., Häupl lehnt Spektakel und „parteiliche Vereinnahmung“ ab, 4.1.2005, S. 8.
Holzer Elisabeth, Verhaltener Start ins Jubeljahr, 11.1.2005, S. 6.
Kopeinig Margaretha, Demut statt Polit-Show, 15.1.2005, S. 2.
Kravagna Simon, Ex-Nazis waren im SP-Vorstand, 15.1.2005, S. 2.
Rauscher-Weber Magdalena, Konrad Gaby, Ein Fest mit Trauerflor, 15.1.2005, S. 3.
Klambauer Otto, Späte Ehre für den Widerstand, 20.1.2005, S. 2.
Kittner Daniela, Braune Flecken: Austritte Prominenter aus dem BSA, 21.1.2005, S. 3.
Anzenberger Andreas, „Es kann nicht nur Happenings geben“, 22.1.2005, S. 9.
N.N., In der ÖVP wird brauner Staub aufgewirbelt, 23.1.2005, S. 1.
N.N., BSA-Aufarbeitung ist für Blecha „einseitig“, 24.1.2005, S. 2.
N.N., „Heutiges Österreich hat keine Mitverantwortung“, 28.1.2005, S. 5.
N.N., Mölzers Geschichtsbild: Blaue distanzieren sich voneinander, 29.1.2005, S. 2.
N.N., „Das ist unzulässige Vermischung“, 8.2.2005, S. 2.
Stelzel-Pröll Claudia, Rietveld Josef, Zwei Reiter hinter Ziegelwänden, 13.3.2005, S. 10.
N.N., Das Original des Staatsvertrages kommt nach Österreich, 15.3.2005, S. 2.
Rietveld Josef, Tag der Erinnerung an Opfer und Helden, 1.4.2005, S. 11.
N.N., Aufarbeitung der NS-Zeit: „Es fehlt der Mut“, 5.4.2005, S. 11.
Anzenberger Andreas, Rietveld Josef, „Ahnung vom Schrecken der NS-Zeit“, 7.4.2005, S. 10.
Anzenberger Andreas, Keine Ehrengräber für Alt-Nazis, 8.4.2005, S. 10.
Wolf Johannes, Teufl Ingrid, Kern Maria, Der Staatsvertrag auf Staatsbesuch, 15.4.2005, S. 9.
Teufl Ingrid, Der Lange Weg zum Staatsvertrag, 16.4.2005, S. 5.
Zornig Gabi, Und ewig lockt das Gestrige, 20.4.2005, S. 3.
Zornig Gabi, Brauner Sager belastet ÖVP-BZÖ, 20.4.2005, S. 8.
Böhmer Christian, „Noch Zeit zum Nachdenken“, 23.4.2005, S. 2.
Kotanko Christoph, Feiern ohne Formeln, 27.4.2005, S. 2.
Kopeinig Margaretha, „Langer Schatten“, 27.4.2005, S. 3.
Kopeinig Margaretha, Demokratie kennt keine Hängematte, 28.4.2005, S. 2.
Kittner Daniela, Ein „Tag der Freude“ mit dunklen Schatten, 28.4.2005, S. 2 – 3.
N.N., Empörung über zwei Bundesräte wächst, 28.4.2005, S. 2.
Payrleitner Alfred, Das Gedenkjahr ernst nehmen!, 29.4.2005, S. 2.
Rauscher-Weber Magdalena, Rückzugsgefechte im Bundesrat, 29.4.2005, S. 3.
N.N., Ein Orden für Eizenstat, 4.5.2005, S. 3.
Kotanko Christoph, Geschichte, Gedächtnis und Verstand, 8.5.2005, S. 2.
Böhmer Christian, 100.000 Kerzen für mehr als 100.000 Opfer, 8.5.2005, S. 3.
Payrleitner Alfred, Jetzt nach vorne schauen!, 9.5.2005, S. 2.
Böhmer Christian, Einlass der Menschlichkeit, 9.5.2005, S. 3.
Hauft Uta, Belvedere, Beweidet, 10.5.2005, S. 10.
Hauft Uta, Teufl Ingrid, Der Staatsvertrag reist im Silberkoffer nach Wien, 11.5.2005, S. 12.
N.N., Opferfürsorgegesetz wird novelliert, 13.5.2005, S. 2.
Rabl Peter, Viel gerühmt – aber auch zukunftsreich?, 15.5.2005, S. 2.
Kittner Daniela, Erinnerungen an den Tag als Österreich frei wurde, 15.5.2005, S. 2 – 3.
N.N., Schüssels tonlose Staatsvertragsrede, 15.5.2005, S. 2.
Payrleitner Alfred, Ein gelungenes Fest, 17.5.2005, S. 2.
Rauscher-Weber Magdalena, Nach der Staatsvertragsfeier neue Diskussion über Neutralität, 17.5.2005, S. 2 – 3.
N.N., NS-Opfer: Aufnahme von Homosexuellen, 17.5.2005, S. 2.

Rohrer Anneliese, Und jetzt noch eine gewisse Grandezza, 18.5.2005, S. 2.

N.N., Paket für Opfer des Nationalsozialismus, 19.5.2005, S. 2.

N.N., NS-Opfer: Kohl will Vier-Parteien-Einigung, 20.5.2005, S. 2.

N.N., Bundesrat: Wirbel bei Abstimmung über EU-Verfassung, 26.5.2005, S. 2.

N.N., Kultusgemeinde und Republik sind sich einig, 26.5.2005, S. 2.

Zornig Gabi, „Eine jahrzehntelange Tradition“, 28.5.2005, S. 2.

N.N., Causa Kampl: Bundesrat will nicht zur FPÖ zurückkehren, 28.5.2005, S. 2.

N.N., Causa Kampl: Haider stärkt BZÖ-Bundesrat den Rücken, 29.5.2005, S. 4.

Böhmer Christian, Kampl will doch Bundesrat bleiben, 30.5.2005, S. 5.

Böhmer Christian, Auch Kirchen kritisieren Kampl, 31.5.2005, S. 6.

N.N., Kampl bleibt: Er widerruft mit einem Schreiben den Rücktritt, 2.6.2005, S. 2.

Kopeinig Margaretha, Ein Fluch auf dem Gedenkjahr, 3.6.2005, S: 2.

N.N., Freunschlag entschuldig sich, 3.6.2005, S. 3.

N.N., Kampls Chancen schwinden, 4.6.2005, S. 7.

N.N., Kampl will weiter den Vorsitz im Bundesrat, 5.6.2005, S. 2.

N.N., Causa Kampl: SPÖ lehnt Gesetzesvorschlag der ÖVP ab, 7.6.2005, S. 2.

N.N., Im Fall Kampl wird die Zeit knapp, 8.6.2005, S. 2.

Zornig Gabi, Schulterchluss gegen Kampl, 9.6.2005, S. 2.

Payrleitner Alfred, Der Bundesrat als Stammtisch?, 9.6.2005, S. 2.

N.N., Hohe Auszeichnung für Simon Wiesenthal, 10.6.2005, S. 3.

Schwarz Andreas, Unverbesserlich, unappetitlich, 14.6.2005, S. 2.

Zornig Gabi, Gudenus soll Immunität verlieren, 14.6.2005, S. 2.

N.N., Causa Gudenus: Strache ist für Auslieferung, 20.6.2005, S. 2.

N.N., Neuer Gudenus-Eklat: KZ-Häftlinge sähen besser aus als er, 22.6.2005, S. 2.

N.N., „Trümmerfrauen“ erhalten 300 € zum Dank, 24.6.2005, S. 3.

N.N., Mitterer: Gudenus und Kampl sollen verzichten, 30.6.2005, S. 2.

N.N., NS-Opfer: Grüne wollen Gesetz nicht zustimmen, 5.7.2005, S. 2.

N.N., NS-Entschädigung: IKG zieht Anträge zurück, 9.7.2005, S. 7.

N.N., Gaskammern: Gudenus wird einvernommen, 25.7.2005, S. 2.

N.N., NS-Entschädigung: Lösung in Sicht, 29.8.2005, S. 2.

N.N., Kärnten: Wirbel um NS-Vergleich, 4.9.2005, S. 2.

N.N., Keine Entschuldigung wegen NS-Vergleichs, 6.9.2005, S. 2.

N.N., Entschädigung: Ende der Sammelklage naht, 12.9.2005, S. 2.

Rohrer Anneliese, Der Zeitzeuge und seine Erben, 21.9.2005, S. 2.

Kotanko Christoph, Kittner Daniela, Klambauer Otto, Kravagna Simon, Das „Sprachrohr“ der ermordeten Juden ist verstummt, 21.9.2005, S. 2 – 3.

Böhmer Christian, Zornig Gabi, Ein schlichter Abschied, 22.9.2005, S. 3.

Kittner Daniela, Der „Wolfgang-Schüssel-Zukunftsfonds“, 22.9.2005, S. 3.

N.N., Weiter warten auf NS-Entschädigung, 23.9.2005, S. 2.

Jessen Norbert, Abschied von Simon Wiesenthal, 24.9.2005, S. 2.

Rohrer Anneliese, Was vom Tage übrig blieb, 26.10.2005, S. 2.

N.N., Reden, 27.10.2005, S. 3.

N.N., SP-Gedenkmarsch, 2.11.2005, S. 2.

N.N., Vranitzky von jüdischer Hilfsorganisation geehrt, 11.11.2005, S. 2.

Rauscher-Weber Magdalena, NS-Entschädigung: Die Auszahlung kann bald beginnen, 11.11.2005, S. 2.

Zornig Gabi, Gestohlenes Leben, 16.11.2005, S. 3.

Payrleitner Alfred, Bilanz nach zwei Generationen, 17.11.2005, S. 2.

Rauscher-Weber Magdalena, NS-Entschädigung: Parlament ermöglicht Vorauszahlung, 17.11.2005, S. 2.

N.N., Muzicant: Durchbruch bei NS-Entschädigungen, 18.11.2005, S. 2.

N.N., NS-Entschädigung vor Abschluss, 24.11.2005, S. 2.
 Rauscher-Weber Magdalena, NS-Entschädigung: Bitte warten, 25.11.2005, S. 2.
 Schwarz Andreas, Aufarbeitung mit Schönheitsfehlern, 25.11.2005, S. 2.
 N.N., Keine Generalamnestie im Jubiläumsjahr, 29.11.2005, S. 2.
 Klingl Livia, Neue Qualität der Zusammenarbeit, 3.12.2005, S. 6.
 Rauscher-Weber Magdalena, NS-Opfer: Geld zu Weihnachten, 10.12.2005, S. 2.
 N.N., NS-Entschädigung: Rechtssicherheit offiziell, 14.12.2005, S. 2.
 N.N., Aus Versöhnungsfonds wird Zukunftsfonds, 25.12.2005, S. 2.
 Schwarz Andreas, Vom Gedenkjahr zu den Mozartkugeln, 30.12.2005, S. 2.

10.6.) „Die Presse“ 2005: Textbeiträge

Sittinger Ernst, Demokratiepaket als Wahlprogramm, 4.1.2005, S. 6.
 Lackner Erna, Auf ein großzügiges Jahr 2005, 5.1.2005, S. 32.
 Scheidl Hans Werner, Codewort „60 – 50 – 10“, 7.1.2005, S. 8.
 Scheidl Hans Werner, Warum Österreich „trotzdem“ feiern sollte, 10.1.2005, S. 2.
 N.N., Braune Flecken in SPÖ: Job-Interventionen für Nazis von höchster Stelle, 14.1.2005, S. 1.
 Nowak Rainer, Braune SPÖ-Flecken: Hilfe von oben, 14.1.2005, S. 4.
 Nowak Rainer, Das Mittel gegen rot-braune Flecken, 14.1.2005, S. 1.
 N.N., „Ein Staat, den alle wollen“, 15.1.2005, S. 9.
 Nowak Rainer, NS-Entschädigung: Die Opfer müssen noch immer warten, 17.1.2005, S. 1.
 Nowak Rainer, NS-Opfer: Fehleinschätzung vor 4 Jahren in Washington, 17.1.2005, S. 2.
 N.N., „Demonstrativer Akt für NS-Deserteure“, 20.1.2005, S. 6.
 N.N., Gratz tritt aus dem BSA aus, 21.1.2005, S. 8.
 N.N., Austritt von Gratz: Muzicant gratuliert BSA, 22.1.2005, S. 4.
 Nowak Rainer, Vergangenheitsbewältigung? Wir waren schon weiter, 26.1.2005, S. 2.
 N.N., Alliierte in der U-Bahn, Kühe vor dem Belvedere, 28.1.2005, S. 5.
 N.N., „Moralische Verantwortung für das Leid“, 28.1.2005, S. 9.
 Scheidl Hans Werner, Eine turbulente Geschichte, 25.2.2005, S. 35.
 Nowak Rainer, Wien plant Ausstellung über Homosexuelle, 28.2.2005, S. 10.
 Prüller Michael, Ge-denken, nicht Ge-beschuldigen, 12.2.2005, S. 2.
 Interview Michael Fleischhacker mit Heinz Fischer, 12.2.2005, S. 1 – 2 (Spectrum).
 Mayr Christian, Mailath: Schriftzug auf Flakturm wird erneuert, 3.3.2005, S. 11.
 Nowak Rainer, In die Länge gezogen, 5.3.2005, S. 36.
 Interview Michael Fleischhacker mit Andreas Khol, 5.3.2005, S. 1 – 2 (Spectrum).
 N.N., „Feige“ Deserteure oder NS-Gegner?, 21.3.2005, S. 1.
 N.N., Acht Ehrengräber aufgehoben, 8.4.2005, S. 14.
 N.N., Vizekanzler Gorbach deckt BZÖ-„Sager“ zur NS-Zeit, 20.4.2005, S. 10.
 N.N., Kampl: SP fordert Reaktion Schüssels, 22.4.2005, S. 2.
 Benedikt Robert, Kampl: Haider sieht keinen Zeitdruck, 26.4.2005, S. 2.
 N.N., „Sieg über Hitler, nicht Niederlage“, 27.4.2005, S. 3.
 N.N., Wirbel nach Gaskammer-Aussage, 27.4.2005, S. 5.
 Fleischhacker Michael, Die Bequemlichkeit der Unbequemen, 27.4.2005, S. 31.
 N.N., Kein Platz für „Holocaust-Leugner“, 28.4.2005, S. 3.
 N.N., „Mehr als unglücklich“, 28.4.2005, S. 3.
 N.N., Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Gudenus, 28.4.2005, S. 3.

N.N., Kampl tritt als Bundesrat zurück, 29.4.2005, S. 3.
 Simon Anne-Cartherine, Späte Geste – für viele Opfer zu spät, 29.4.2005, S. 4.
 N.N., FPÖ für Gudenus-Rücktritt, 30.4.2005, S. 5.
 N.N., Minister bestürzt über Gudenus, 3.5.2005, S. 4.
 Benedikt Robert, „Staatsvertrag legt uns Verpflichtung auf“, 4.5.2005, S. 2.
 Nowak Rainer, Späte NS-Entschädigung: Gesten mit Symbolkraft, 4.5.2005, S. 4.
 N.N., „Gewissenlose Verzögerung“ bei NS-Entschädigung, 6.5.2005, S. 2.
 N.N., 300 Euro für jede Trümmerfrau, 14.5.2005, S. 5.
 Fleischhacker Michael, Hier gilt nur der Hass als Liebe, 14.5.2005, S. 47.
 N.N., Sperrige Pflichtübung, reichlich unterkühlt, 17.5.2005, S. 2.
 N.N., Neutralität: Wirbel um eine Gorbach-Idee, 17.5.2005, S. 3.
 N.N., Kampl überlegt Rücktritt vom Rücktritt, 27.5.2005, S. 2.
 N.N., Empörung über Kampl, 30.5.2005, S. 4.
 N.N., Alle wollen Kampl verhindern, 31.5.2005, S. 5.
 Benedikt Robert, Proteste gegen Freunschlag, 2.6.2005, S. 5.
 Benedikt Robert, „Ein Fehler – es tut mir Leid“, 3.6.2005, S. 3.
 N.N., Wegen Kampl wird jetzt die Verfassung geändert, 4.6.2005, S. 3.
 N.N., Gudenus bleibt straffrei, 7.6.2005, S. 3.
 N.N., Ausschuss ohne Einigung auf „Lex Kampl“, 8.6.2005, S. 4.
 N.N., Alle zufrieden mit „Anlassgesetzgebung“, 10.6.2005, S. 2.
 N.N., Gericht fordert Gudenus-Auslieferung, 14.6.2005, S. 3.
 N.N., Kein neues Verbotsgesetz, 18.6.2005, S. 4.
 N.N., Lex Kampl beschlossen, 24.6.2005, S. 5.
 N.N., NS-Vergleich schlägt Wellen, 6.9.2005, S. 3.
 N.N., Österreich würdigt Wiesenthal: „Kämpfer gegen das Vergessen“, 21.9.2005, S. 1.
 Scheidl Hans Werner, Nowak Rainer, Der letzte Altösterreicher, 21.9.2005, S. 2.
 Pink Oliver, „Ein ganz Großer dieser Welt“, 22.9.2005, S. 4.
 N.N., „Der Kern dieser Neutralität bleibt“, 27.10.2005, S. 2.
 N.N., Neues Mini-Museum über NS-Zeit, 9.11.2005, S. 13.
 N.N., „Danke für Einsatz“, 11.11.2005, S. 4.
 N.N., Entschädigung für NS-Opfer noch heuer?, 12.11.2005, S. 4.
 N.N., NS-Entschädigungen werden vorgezogen, 17.11.2005, S. 6.
 N.N., Grünes Licht für NS-Entschädigung, 24.11.2005, S. 1.
 N.N., Allerletztes Warten auf US-Gericht, 25.11.2005, S. 2.
 Scheidl Hans Werner, Fällig nach 60 Jahren: Die Schuld wird getilgt, 25.11.2005, S. 39.
 Pelinka Anton, Gedanken zum Gedenken, 27.12.2005, S. 22.
 Chorgherr Thomas, Merkwürdiges Gedankenjahr, 27.12.2005, S. 8.

Abstract

Die vorliegende Diplomarbeit hat die Analyse der Veränderung des politischen Diskurses der Gedenkjahre 1988 und 2005 in Österreich im Vergleich zum Inhalt. Die Forschungsfrage lautet: Welche Veränderungen des politischen Diskurses des Nationalsozialismus lassen sich in der medialen Berichterstattung der Jahre 1988 und 2005 erkennen?

Ausgehend von einem kurzen Abriss der Entwicklung betreffend des Umganges der Republik Österreich mit der nationalsozialistischen Vergangenheit seit 1945 und einigen Kommentaren zur Begriffsproblematik im Themenfeld „Gedächtnispolitik“ wird versucht die Frage zu beantworten. Quellenmaterial sind alle Ausgaben der Kalenderjahre 1988 und 2005 von „Kronenzeitung“, „Kurier“ und „Die Presse“. Mittels Kritischer Diskursanalyse nach Siegfried Jäger werden relevante Textbeiträge und anhand des Dreistufenmodells nach Erwin Panofsky relevante Bildbeiträge untersucht.

Die Analyse zeigt deutlich eine Veränderung des politischen Diskurses. 1988 beginnt im Zuge der „Waldheim-Affäre“ ein Aufbrechen des bis dorthin gültigen „Opfermythos“. Vor allem Bundeskanzler Vranitzky bekennt sich offen und explizit zur Mitschuld beziehungsweise Mitverantwortung der österreichischen Bevölkerung an nationalsozialistischen Verbrechen. Auch Bundespräsident Waldheim und Vizekanzler Mock gestehen eine Mitverantwortung ein, jedoch betont vor allem Waldheim ausdrücklich, dass Österreich ein Opfer war. Es lässt sich somit sagen, dass 1988 ein Wandel im Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit begonnen hat, wobei „Opferthese“ und „Mitverantwortungsthese“ nebeneinander stehen. Für 2005 ist festzuhalten, dass die „Mitverantwortungsthese“ grundsätzlich politischer Konsens ist, jedoch vereinzelt von Politikern bei Äußerungen in Zweifel gezogen wird. Dies kommt vor allem in den Affären der Bundesräte Kampl und Gudenus zum Ausdruck.

This diploma thesis is an analysis of the change in the political discourse of the memorial years 1988 and 2005 in Austria in comparison as content. The research question is: What changes in the political discourse of national socialism can be identified in the media reporting in the years 1988 and 2005?

Starting with a brief outline of the development on the handling of the national socialistic past of the republic of Austria since 1945 and some comments on the definition problems in the field of "politics of memory" it will be attempt to answer the research question. Sources are all newspaper editions of the calendar years 1988 and 2005 of the newspapers "Kronen Zeitung", "Kurier" and "Die Presse". By means of critical discourse analysis are examined according to Siegfried Jäger relevant texts and using the three-stage model to Erwin Panofsky relevant image contributions.

The analysis clearly shows a change in the political discourse. 1988 begins in the wake of the "Waldheim affair" a change of the, until then valid, "victim myth". Especially the federal chancellor Vranitzky openly and explicitly committed the complicity respectively the shared responsibility of the austrian public for the national socialistic crimes. Also the federal president Waldheim and the vice chancellor Mock admit a shared responsibility, but Waldheim explicitly emphasized that Austria was a victim. Therefore it can be said that in 1988 a change has begun in dealing with the national socialistic past, where the "victim thesis" and the "responsibility thesis" stand side by side. For 2005 it should be noted that the "responsibility thesis" in principle is of political consensus, but occasionally in some statements by politicians has been doubted. This is mainly expressed in the affairs of the federal councils Kampl and Gudenus.

Curriculum Vitae

24. Jänner 1985	in Wien geboren
1991 – 1995	Volksschule der Erzdiözese Wien mit Öffentlichkeitsrecht, Judenplatz 6, 1010 Wien
1995 – 2004	Bundesgymnasium und WK. Bundesrealgymnasium Wien II, Kleine Sperlgasse 2c, 1020 Wien
8. Juni 2004	Matura
2004 – 2009	Diplomstudium Geschichte an der Universität Wien
2005 - 2012	Diplomstudium Politikwissenschaft an der Universität Wien
Seit 2011	Masterstudium Austrian Studies an der Universität Wien

Mitwirkung an der Ausstellung und Katalogbeitrag: „Waffentreue. Die 12. Isonzoschlacht 1917“ im Österreichischen Staatsarchiv vom 23. Oktober 2007 bis 1. Februar 2008.